

Korrigierte Version
(Abbildung 6 auf Seite 665 und Tabellen 681 bis 683)

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2019

644 Editorial von Claus Michelsen et al.

Fundament der deutschen Wirtschaft bröckelt – Zeit für ein Wachstumsprogramm



646 Bericht von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Malte Rieth und Thore Schlaak

Weltwirtschaft und Euroraum: Unsicherheiten lasten auf Außenhandel und Industrie



656 Bericht von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

Deutsche Wirtschaft: Eine Rezession ist noch keine Krise

678 Anhang Hauptaggregate der Sektoren und VGR-Tabellen

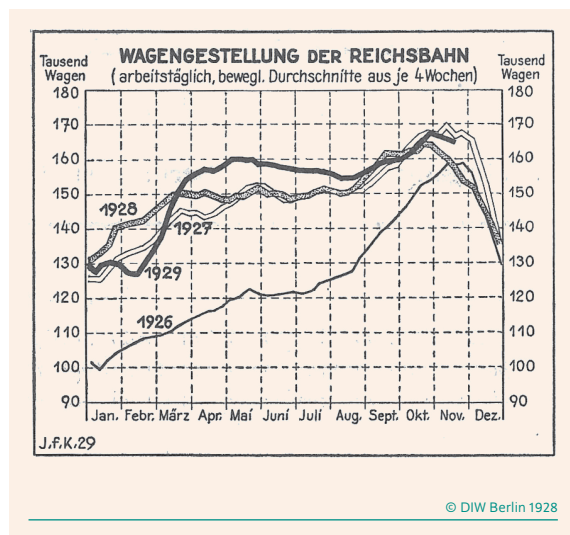
684 Interview mit Claus Michelsen

688 Kommentar von Dorothea Schäfer

Facebook-Währung Libra: Nur ein genialer Marketingtrick?



Die Herbsttransporte



Erhöhte Wagengestellung – Stagnierende Umsätze

Die Wagengestellung der Reichsbahn hat sich in den letzten Wochen etwas über Vorjahreshöhe gehalten. Dies ist jedoch zu einem großen Teil die Folge der hohen Kohletransporte. Schaltet man die Kohletransporte aus, so zeigt sich, daß die Eisenbahntransporte der übrigen Güter gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen, zeitweise sogar zurückgegangen sind. Im bisherigen Verlauf des Jahres erreichen sie jedenfalls nicht den Umfang von 1928. Die Umsatzminderung, die sich hier in den Wintermonaten (Januar bis März 1929) ergeben hatte, ist demnach nicht voll aufgeholt worden.

Bei der konjunkturellen Beurteilung der Wagengestellungszahlen ist im übrigen zu berücksichtigen, daß der Anteil der Kohle an der Wagengestellung der Reichsbahn groer ist, als es der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Kohlebergbaus (Stein- und Braunkohle einschl. Koks und Briketts) an der industriellen Wertschöpfung beträgt nach Zahlen von 1925 zwischen 5 und 10 v.H., während der Anteil der Kohlenwagen an den gesamten Wagenstellungen sich im Durchschnitt der letzten Jahre auf 20 bis 25 v. H. belief. Daraus ergibt sich, daß die Stütze, die die Konjunkturlage gegenwärtig durch den Kohlenbergbau erfährt, nicht so groß ist, wie die Steigerung der Transportumstze durch den erhöhten Kohlenversand vermuten lässt.

Aus dem Wochenbericht Nr. 37 vom 11. Dezember 1929

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200

86. Jahrgang 11. September 2019

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter

AUF EINEN BLICK

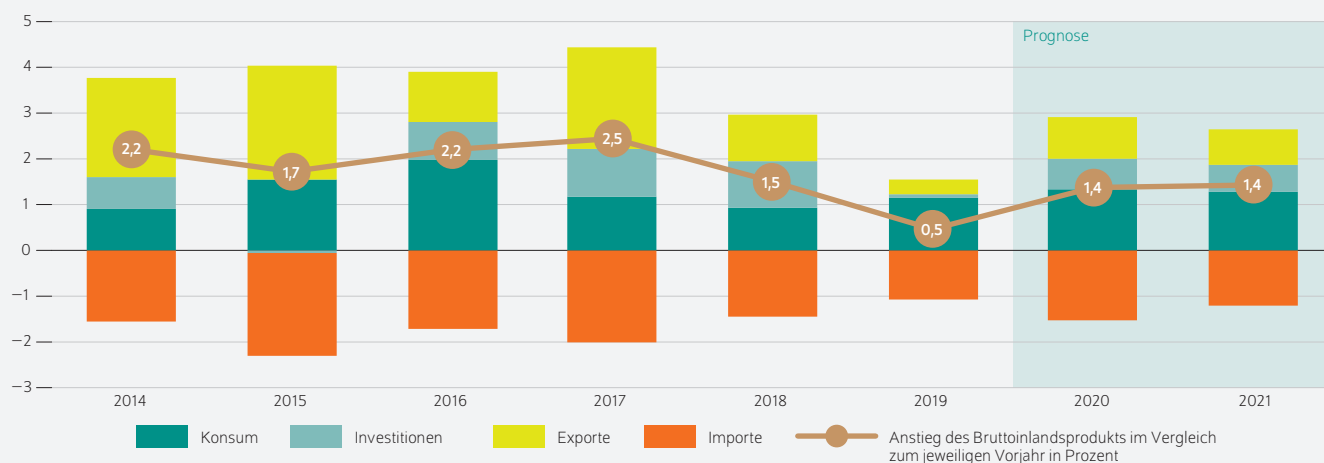
Fundament der deutschen Wirtschaft bröckelt – Zeit für ein Wachstumsprogramm

Von Claus Michelsen et al.

- Schwacher Außenhandel belastet exportorientierte deutsche Wirtschaft: DIW Berlin prognostiziert BIP-Wachstum von 0,5 Prozent in diesem und 1,4 Prozent in den beiden kommenden Jahren
- Global belasten Brexit, US-chinesische Handelsstreitigkeiten und Iran-Konflikt die Konjunktur; weltweites Wachstum wird bei nur noch 3,7 Prozent in diesem Jahr liegen
- In Deutschland verhindern kräftige finanzpolitische Impulse und günstige Arbeitsmarktentwicklung, dass Wirtschaft in ernsthaftere Krise rutscht
- Hohe Überschüsse der Haushalte schmelzen ab: öffentliche Haushalte mit voraussichtlich 47 Milliarden Euro in diesem Jahr und 40 Milliarden im kommenden Jahr im Plus
- Langfristig ist eine Investitionsagenda notwendig, um Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten und Unternehmen zu Investitionen zu bewegen

Finanzpolitische Impulse und gute Beschäftigungsentwicklung stützen Konsum und damit deutsche Wirtschaft

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



ZITAT

„Deutschland befindet sich zwar in einer technischen Rezession. Aber dank des kräftigen Konsums und der guten Arbeitsmarktlage wird sich diese kurzfristig nicht zu einer Krise auswachsen. Um langfristig die Wirtschaft zu stabilisieren, ist eine an der Stärkung des Potentialwachstums ausgerichtete Politik nötig, die Unternehmen zu Investitionen anregt und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhöht.“ — Claus Michelsen —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Fundament der deutschen Wirtschaft bröckelt – Zeit für ein Wachstumsprogramm

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Marius Clemens, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin, Malte Rieth und Thore Schlaak

Deutschlands wirtschaftliches Fundament bröckelt bedenklich. Die Produktionsleistung der auf den Export spezialisierten Industrie sinkt seit nunmehr einem Jahr deutlich. Es fehlt vor allem die Nachfrage aus dem europäischen Ausland – allen voran aus dem Vereinigten Königreich und Italien. Die Exporte nach Fernost halten sich trotz des immer weiter eskalierenden Handelskonflikts zwischen Washington und Peking recht stabil. Dass Deutschland nicht schon zum Jahreswechsel 2018/2019 in eine Rezession abgeglitten ist, liegt an der kräftigen Binnennachfrage: Dank der Finanzspritze für die privaten Haushalte zu Jahresbeginn – beispielsweise mit der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung oder der Erhöhung des Kindergelds – weiteten diese ihren Konsum kräftig aus. Auch die Unternehmen investierten im ersten Vierteljahr rege in den Ausbau ihrer Produktionskapazitäten, und die Bauwirtschaft vermeldete erneut einen Rekord bei den Auftragsbeständen. Allein deshalb rechnet das DIW Berlin in diesem Jahr überhaupt noch mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent. In den kommenden beiden Jahren dürften sich – vorausgesetzt die erheblichen politischen Risiken materialisieren sich nicht – die Wachstumsraten mit jeweils 1,4 Prozent in etwa in der Größenordnung des Trendwachstums bewegen.

Das Fundament des Wachstums hierzulande hat aber deutliche Risse bekommen. Es bröckelt vor allen Dingen deshalb, weil die wirtschaftspolitischen Risiken erheblich sind. Neben dem immer weiter eskalierenden Handelskonflikt zwischen den USA und China sind es aber vor allem die Probleme vor der eigenen Haustür, die auf der Konjunktur lasten. Der Handel mit dem Vereinigten Königreich ist bereits deutlich schwächer, auch die Exporte nach Irland sind im vergangenen halben Jahr stark gesunken. Bei einem No-Deal-Brexit droht im kommenden Jahr sogar ein Wachstumseinbruch in der Größenordnung von 1,1 Prozentpunkten im Vereinigten

Königreich, 0,2 Prozentpunkten im Euroraum und 0,4 Prozentpunkten in Deutschland. Die Wirtschaftskrise in Italien und die schwierige Regierungskonstellation in Rom tun ihr Übriges.

Diese Unsicherheiten und Konflikte lasten auf der globalen Investitionsgüternachfrage und treffen damit Deutschland besonders hart. Auch hierzulande scheinen die UnternehmerInnen die Zuversicht zu verlieren: Im zweiten Quartal brachen die privaten Investitionen in neue Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge regelrecht ein. Auch die bis in das Frühjahr äußerst positive Dynamik sinkender Arbeitslosenzahlen und der kontinuierliche Aufbau regulärer Beschäftigung sind nahezu zum Erliegen gekommen. Dauerhaft scheint sich die Binnenkonjunktur nicht von der Industrie- und Exportschwäche abkoppeln zu können. Wahrscheinlich ist daher, dass die deutsche Wirtschaft in den Sommermonaten in eine Rezession abgeglitten sein dürfte.

Dass die Krise nicht größere Ausmaße annimmt, ist der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik der großen Koalition geschuldet. Diese hat zu ihrer Halbzeit bereits zahlreiche Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, von denen einige deutliche konjunkturelle Impulse in diesem Sommer setzen und andere jeweils zum Jahreswechsel 2019/2020 und 2020/2021 wirksam werden. Dazu zählen beispielsweise die beschlossenen Rentenerhöhungen, die Erhöhung des Kindergelds oder die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Insgesamt münden die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen in zusätzlichen Impulsen von gut 15 Milliarden im Jahr 2019, zehn Milliarden im Jahr 2020 und fast 17 Milliarden Euro im Jahr 2021. Für Investitionen, wie beispielsweise den Ausbau des Breitbandnetzes, den Digitalpakt Schule oder den Ausbau des Deutsche-Bahn-Netzes, stehen in den Jahren 2019,

2020 und 2021 zusätzlich 2,6 Milliarden, 2,1 Milliarden und 2,5 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr bereit. Unter dem Strich schiebt der Bund damit das Wachstum in Deutschland um 0,3 Prozentpunkte pro Jahr an.

Damit hat der Bund sein finanzpolitisches Pulver allerdings fast schon verschossen. Denn dauerhaft ist ein strukturell ausgeglichener Haushalt das erklärte Ziel der Regierung. Die Prioritäten lagen dabei zunächst auf Maßnahmen, die vor allem den Konsum stützen. Zu kurz kam eine Politik, die auf eine Stärkung des Produktionspotentials ausgerichtet war. Erst in jüngerer Zeit wurden die öffentlichen Investitionen deutlich gesteigert und Gesetze beschlossen, die beispielsweise Investitionen in Forschung und Entwicklung begünstigen. Eine stärker am Potentialwachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik ist jedoch in mehrerlei Hinsicht dringend notwendig. Aus konjunktureller Sicht helfen die bereits beschlossenen Maßnahmen kurzfristig, um die Nachfrage zu stützen. Allerdings mangelt es bei den Unternehmen aufgrund der vielen Unwägbarkeiten an Zuversicht, was sich bereits jetzt in geringeren Investitionen niederschlägt. Eine Investitionsagenda zur langfristigen Modernisierung des Standorts würde zum einen die Zukunftsperspektiven der Unternehmen stärken und deren Investitionsneigung

unmittelbar erhöhen. Dies ist zum anderen auch in Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dringend notwendig. In zentralen Bereichen wie der Digitalisierung, der Infrastruktur oder der Bildung hat Deutschland gegenüber anderen Standorten deutlich an Boden verloren. Darüber hinaus sind Investitionen sinnvoll, die den sozialen Zusammenhalt stärken. Neben der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit sollte unser Geschäftsmodell hin zu mehr inklusivem Wachstum verändert werden. Dies erfordert beispielsweise Investitionen in den Wohnungsbau oder einen besseren Zugang zu digitalen Dienstleistungen in ländlichen Räumen.

Derzeit ist die Gelegenheit günstig, diese Nachteile aufzuholen. Der Bund kann sich langfristig zu negativen Zinsen verschulden. Einer umfänglicheren Schuldenfinanzierung steht allerdings das Dogma eines ausgeglichenen Haushalts entgegen. Die schwarze Null ist für sich genommen aber keine sinnvolle Wirtschaftspolitik. Von ihr abzurücken wäre jedoch nur ein erster Schritt. Angesichts der Größe der Herausforderungen und der historisch niedrigen Finanzierungskosten wäre auch eine Überprüfung der Regeln der Schuldenbremse angezeigt, um das Fundament der deutschen Wirtschaft nachhaltig stärken zu können.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Weltwirtschaft und Euroraum: Unsicherheiten lasten auf Außenhandel und Industrie

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Stefan Gebauer, Malte Rieth und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die hauptsächlich von den USA ausgehenden Handelskonflikte und die Unsicherheit über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union belasten die weltweite Konjunktur. Der globale Handel und die Investitionstätigkeit, und somit vielerorts auch die Industrieproduktion, sind die Leidtragenden, während der Konsum in vielen Ländern die Wirtschaft noch stützt. Das DIW Berlin erwartet für dieses Jahr ein Wachstum von 3,7 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und etwas weniger für die beiden Folgejahre. Die Risiken für die Weltkonjunktur sind hoch. Die Handelskonflikte könnten noch weiter eskalieren und sich auf die Europäische Union ausdehnen, zudem steht ein ungeordneter Brexit im Raum.

Die Weltwirtschaft behielt im zweiten Quartal 2019 ihr Expansionstempo noch bei (Abbildung 1). In mehreren asiatischen Ländern wurde die Produktion merklich ausgedehnt, während die Konjunktur in den westlichen Volkswirtschaften bereits an Schwung verlor. Im Vereinigten Königreich und in Deutschland schrumpfte die Wirtschaftsleistung sogar. In den USA und im Euroraum expandierte der Konsum dynamisch, während die Investitionstätigkeit gering war.

Der Ausblick hat sich eingetrübt. Die globalen Handelskonflikte – vor allem von den USA ausgehend, aber auch zwischen asiatischen Ländern – sowie die politischen Unsicherheiten in Europa lasten auf dem Außenhandel und den Investitionen. Die Industrieproduktion läuft vielerorts schleppend oder ist bereits zurückgegangen. Die Vorlaufindikatoren deuten zudem auf eine weitere Schwächephase in der zweiten Jahreshälfte hin. Im Dienstleistungsbereich trübt sich die Stimmung ein, ist aber noch gut. Die Arbeitsnachfrage ist zumeist hoch und die Lohnentwicklung spiegelt das wider. Zusammen mit zuletzt wieder gesunkenen Energiepreisen und insgesamt stabilen finanziellen Rahmenbedingungen dürfte dies die Konsumentinnen und Konsumenten noch bei Kauflaune halten.

Hinzu kommen mannigfaltige stimulierende wirtschaftspolitische Maßnahmen: Die Leitzinsen wurden in den USA im Juli um einen Viertelprozentpunkt gesenkt und für dieses Jahr wird ein weiterer Lockerungsschritt unterstellt. Die Europäische Zentralbank hat vor dem Hintergrund einer weiterhin sehr geringen Inflation ihre Bereitschaft, die Konjunktur zu stützen, signalisiert. Daher wird hier mit keiner Zinserhöhung vor Ende des Jahres 2021 gerechnet. Auch die finanzpolitische Ausrichtung ist global expansiv. Sowohl in China als auch in einer Reihe von europäischen Ländern, zum Beispiel in Frankreich und Spanien, stehen Mehrausgaben bevor.

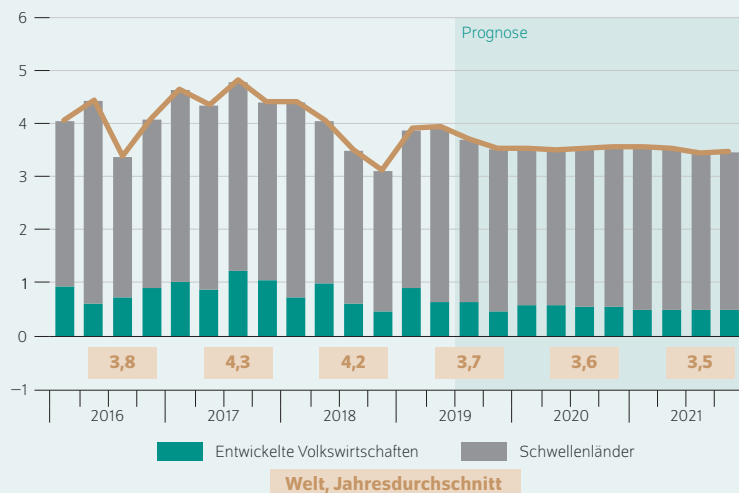
Alles in allem dürfte die Verlangsamung der globalen Konjunktur daher nur graduell sein. Vor allem die Investitionsgüternachfrage verläuft schleppend, während der Konsum weiterhin stützt. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer weit fortgeschrittenen Phase des Konjunkturzyklus. Für dieses Jahr wird eine Ausdehnung der Weltproduktion um

3,7 Prozent erwartet, nach 4,2 Prozent im Vorjahr. In den beiden Folgejahren ist mit etwas weniger zu rechnen (Tabelle). Das DIW Berlin hat seine Prognose damit im Vergleich zum Sommer leicht herabgesetzt.

Die Risiken sind größer als in vergangenen Prognosen. Hauptgrund ist die mittlerweile hohe Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit. Hier wird unterstellt, dass es nicht zu einem solchen kommt. Sollte dies dennoch der Fall sein, dürfte das Wachstum vor allem in Europa deutlich niedriger ausfallen als prognostiziert. Im Euroraum würde das Wachstum in den beiden kommenden Jahren jeweils 0,2 Prozentpunkte weniger betragen (Kasten). Hinsichtlich der weltweiten Handelskonflikte wird keine Entspannung erwartet. Es besteht vor allem das Risiko, dass Europa direkt mit US-Zöllen belegt wird. Eine weitere Eskalation der Handelskonflikte und ein harter Brexit würden den ohnehin schwachen Weltmarkt sowie die geringe Investitionstätigkeit der Unternehmen zusätzlich belasten. Die politischen Unsicherheiten in Italien sind am aktuellen Rand zurückgegangen, während der Konflikt zwischen den USA und dem Iran zu einer Blockade wichtiger Transportwege führen und die Energiepreise merklich erhöhen könnte. Dies würde die Kaufkraft der Haushalte schwächen und eine der letzten verbleibenden Säulen der Weltkonjunktur zum Wanken bringen.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts Jeweils zum Vorquartal, in Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Das globale Wirtschaftswachstum schwächt sich ab.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft In Prozent

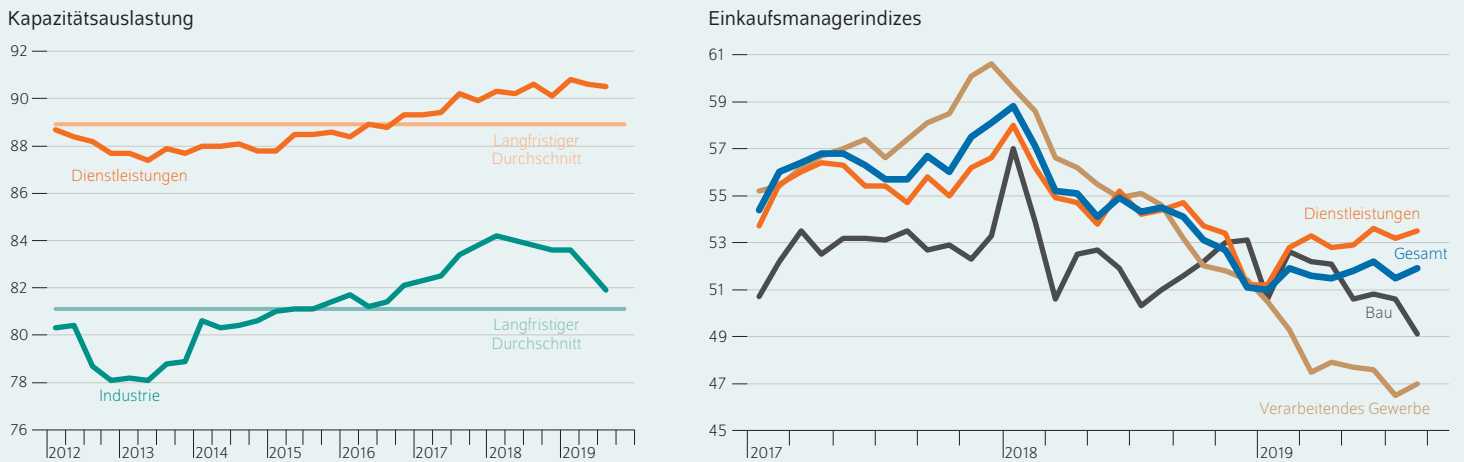
	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
Euroraum	1,7	1,0	1,2	1,4	1,8	1,3	1,5	1,5	8,2	7,7	7,5	7,5
ohne Deutschland	1,7	1,2	1,3	1,4	1,8	1,3	1,4	1,4	10,4	9,8	9,7	9,7
Frankreich	1,7	1,3	1,4	1,4	1,8	1,3	1,5	1,4	9,1	8,5	8,2	8,1
Italien	0,7	0,1	0,5	0,9	1,2	0,9	1,1	1,3	10,6	10,5	10,5	10,6
Spanien	2,6	2,2	1,8	1,8	1,7	1,1	1,5	1,6	15,3	14,1	13,9	13,8
Niederlande	2,5	1,8	1,6	1,7	1,6	2,4	1,5	1,6	3,9	3,4	3,6	3,7
Vereinigtes Königreich	1,4	1,2	1,2	1,7	2,4	1,9	2,0	2,1	4,2	4,0	4,1	4,2
USA	2,9	2,3	1,8	1,5	2,4	1,8	2,1	1,9	3,9	3,7	3,5	3,5
Japan	0,8	1,1	0,5	0,8	0,8	0,8	1,1	0,9	2,5	2,4	2,3	2,3
Südkorea	2,7	2,0	2,4	2,0	1,5	0,9	2,6	2,7	3,8	3,5	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	4,5	4,0	3,4	3,5	2,2	2,9	3,0	3,0	3,7	3,5	3,5	3,5
Türkei	2,7	0,0	2,5	2,6	16,4	17,8	17,3	15,6	11,0	13,7	13,5	13,5
Russland	2,0	1,4	1,9	1,8	2,7	4,7	4,0	4,1	4,8	4,5	4,3	4,3
China	6,5	6,2	5,8	5,7	1,6	2,2	2,1	2,2	3,9	3,7	3,8	3,8
Indien	7,4	6,6	6,4	6,1	3,9	5,5	6,1	6,1				
Brasilien	1,1	0,4	0,9	1,3	3,7	4,7	6,5	7,0	12,3	9,2	6,2	4,0
Mexiko	2,0	0,8	1,4	1,1	4,9	4,2	3,2	3,2	3,3	4,5	4,8	4,8
Entwickelte Volkswirtschaften	2,2	1,7	1,5	1,4	2,0	1,6	1,9	1,7	4,8	4,5	4,4	4,4
Schwellenländer	5,5	4,9	4,9	4,8	3,2	4,1	4,4	4,5	5,0	4,8	4,6	4,4
Welt	4,2	3,7	3,6	3,5	2,7	3,1	3,4	3,4	4,9	4,7	4,5	4,4

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Abbildung 2

Kapazitätsauslastung und Einkaufsmanagerindizes im Euroraum In Prozent (links), Index (rechts)



Quelle: Eurostat; Markit.

© DIW Berlin 2019

Die schwache globale Nachfrage belastet vor allem das exportabhängige verarbeitende Gewerbe im Euroraum.

USA: Eskalation des Handelskonflikts dämpft das Wachstum

Die US-Wirtschaft ist im zweiten Quartal des laufenden Jahres um annualisiert 2,0 Prozent gewachsen; im ersten Quartal hatte die Wachstumsrate noch 3,1 Prozent betragen. Während der private Konsum kräftig zugelegt hat, haben sich die Unternehmensinvestitionen verringert. Der Außenhandel hat einen negativen Beitrag zum Wachstum geleistet – die Exporte sind zurückgegangen, während die Importe stagnierten.

In der zweiten Jahreshälfte dürften sich die Unternehmen mit Investitionen zurückhalten; darauf deutet auch der im August merkbare Rückgang des ISM-Einkaufsmanagerindexes hin. Vor allem die Eskalation im Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China belastet die Wachstumserwartungen und erhöht die Unsicherheit;¹ eine baldige Einigung ist unwahrscheinlich.² Vor diesem Hintergrund dürfte sich der Arbeitsmarkt weniger dynamisch entwickeln als in den vergangenen Jahren. Von Mai bis Juli

¹ Nachdem sich im Laufe des Frühjahrs 2019 die Positionen der beiden Regierungen zunächst angenähert hatten, kam es im Mai zu einer Eskalation im Handelskonflikt. So wurden die US-Sonderzölle auf diverse Importe aus China, deren Wert sich im Jahr 2017 auf rund 250 Milliarden US-Dollar belaufen hat, von zehn auf 25 Prozent angehoben. Im August wurde angekündigt, dass diese Zollsätze ab dem 1. Oktober auf 30 Prozent erhöht werden. Zudem werden seit dem 1. September Sonderzölle von 15 Prozent auf diverse weitere Produkte – insbesondere Konsumgüter – erhoben und ab dem 15. Dezember wird eine Reihe anderer Produkte betroffen sein. China hat seinerseits zum 1. September Zölle auf verschiedene amerikanische Produkte erhöht und eine andere Erhöhungswelle folgt zum 15. Dezember – betroffen sind insbesondere Fahrzeuge und Fahrzeugteile. Belastet wird die Beziehung zwischen den beiden Ländern zudem durch amerikanische Sanktionen gegen den chinesischen Technologiekonzern Huawei, die mit Sicherheitsbedenken begründet werden.

² Im Handelsstreit mit Japan deutet sich hingegen eine Einigung an. Gegenüber der Europäischen Union hält die US-Regierung die Drohung aufrecht, Sonderzölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile zu erheben.

wurden durchschnittlich aber immer noch 140 000 neue Stellen geschaffen. Dies stützt vorerst die verfügbaren Einkommen und den privaten Konsum. Angesichts niedriger Wachstumsaussichten und einer geringen Inflation hat die US-Notenbank ihre Leitzinsen Ende Juli um einen Viertelprozentpunkt reduziert. Es ist damit zu rechnen, dass die Leitzinsen im laufenden Jahr und im restlichen Prognosezeitraum weiter verringert werden. Auch die Finanzpolitik dürfte expansiv ausgerichtet sein; im Zuge der im August erfolgten Anhebung der Schuldenobergrenze haben sich die politischen Parteien auf eine Erhöhung der Ausgaben auf Bundesebene verständigt. Alles in allem wird die US-Wirtschaft im Jahr 2019 wohl um 2,3 Prozent zulegen. In den Jahren 2020 und 2021 dürften die Wachstumsraten bei 1,8 und 1,5 Prozent liegen.

Japan: Privater Verbrauch trägt die Konjunktur

Nach einem schwungvollen Jahresauftakt verlor die japanische Konjunktur zuletzt etwas an Dynamik. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im zweiten Quartal dieses Jahres immer noch um 0,4 Prozent. Dabei belastete ein negativer Außenhandelsbeitrag – vor allem aufgrund von rückläufigen Ausfuhren – das Wachstum. Getragen wurde die Expansion von der heimischen Nachfrage. So stützte der private Verbrauch, insbesondere der Kauf von langlebigen Gütern, die Konjunktur. Dabei erklärt sich der Zuwachs des Konsums zum Teil durch Sondereffekte.³

³ Zum einen dürfte es zu vorgezogenem Konsum aufgrund der im Oktober anstehenden Mehrwertsteuererhöhung gekommen sein und zum anderen dürfte der zehntägigen Sonderurlaub nach der Krönung des neuen Kaisers den Konsum angeregt haben.

Obgleich ein Teil dieser Effekte im laufenden Quartal den Konsum weiterhin begünstigen werden, dürfte der private Verbrauch im weiteren Prognosezeitraum leicht an Dynamik verlieren. Hierauf deutet auch die fallende Konsumtenuversicht hin. Eine weiterhin schwache Auslandsnachfrage aufgrund einer nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik und eine weitere Eskalation von Handelskonflikten dürften den Außenhandel belasten.⁴ Zudem werden die damit verbundenen Unsicherheiten die Investitionstätigkeit wohl leicht dämpfen. Insgesamt wird die konjunkturelle Entwicklung in Japan im Prognosezeitraum vor allem durch die Binnennachfrage getragen werden, die durch eine weiterhin expansiv ausgerichtete Geldpolitik begünstigt wird. So dürfte das Wachstum im laufenden Jahr bei 1,1 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,5 Prozent liegen. Infolge einer allmählich anziehenden weltwirtschaftlichen Dynamik wird die Expansion im Jahr 2021 wohl bei 0,8 Prozent liegen.

China: Handelskonflikt mit den USA hinterlässt Spuren

Die Produktion in China ist im zweiten Quartal um 1,6 Prozent gestiegen, nach 1,4 Prozent im Vorquartal. Getragen wurde das Wachstum vor allem von der inländischen Nachfrage. Dabei stützten die Investitionen die Konjunktur etwas mehr als noch zu Beginn des Jahres. Hingegen reduzierte sich der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte. Dies ist vor allem auf eine nachlassende Dynamik der Ausfuhren zurückzuführen.

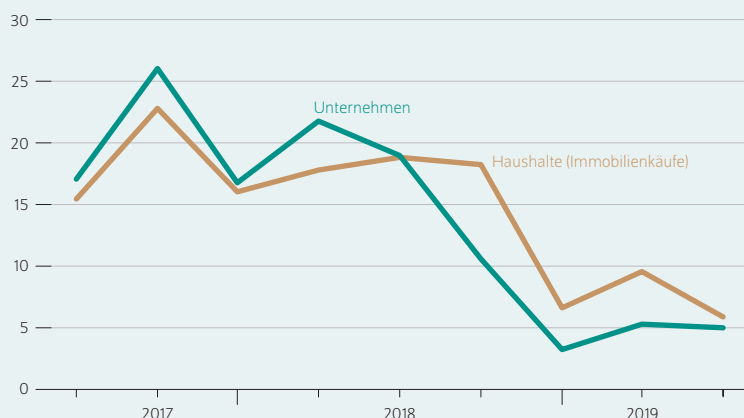
Auch im Prognosezeitraum dürfte die ausländische Nachfrage nach chinesischen Waren und Dienstleistungen zunächst weiter an Fahrt verlieren. Die jüngste Eskalation des Handelsstreits mit den USA und die beschlossenen Ausweitungen protektionistischer Maßnahmen dürften die Exporte vor allem in diesem und im kommenden Jahr belasten.⁵ Die Stimmung in den Unternehmen, insbesondere des verarbeitenden Gewerbes, trübte sich zuletzt ein. Trotzdem dürfte die Expansion nur graduell an Tempo verlieren, da umfangreiche finanzpolitische Maßnahmen wie Steuer- und Abgabensenkungen, aber auch Infrastrukturinvestitionen, die binnenwirtschaftliche Nachfrage wohl stützen werden. Hierauf deutet eine weiterhin stabile Konsumentenuversicht hin. Insgesamt wird die Produktion in diesem Jahr wohl um 6,2 Prozent steigen und somit genau der Zielmarke der Regierung entsprechen. Im Jahr 2020 wird die Expansion voraussichtlich 5,8 Prozent betragen und im Jahr 2021 bei 5,7 Prozent liegen.

⁴ Diese umfassen nicht nur den Handelsstreit zwischen China und den USA, sondern auch ein mögliches Scheitern der Handelsgespräche zwischen Japan und den USA sowie die Ausweitung von Handels- hemmnissen auf den Güter- und Dienstleistungsverkehr zwischen Japan und Südkorea.

⁵ Siehe Fußnote 1.

Abbildung 3

Nettonachfrage¹ nach Krediten an Banken im Euroraum In Prozentpunkte



¹ Bezeichnet die Differenz zwischen dem Anteil der Banken, bei denen in den letzten drei Monaten ein Anstieg der Kreditnachfrage (also des Bedarfs an Bankkrediten) zu verzeichnen war, und dem Anteil der Banken, bei denen ein Rückgang zu verzeichnen war.

Quelle: Europäische Zentralbank (ECB Lending Survey).

© DIW Berlin 2019

Die von Banken erwartete Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte hat sich seit Jahresbeginn stabilisiert.

Euroraum: Schwache Exporte belasten die Konjunktur

Nach einem soliden Wachstum zu Jahresbeginn verlangsamte sich die Expansion im Euroraum im zweiten Quartal dieses Jahres, das Bruttoinlandsprodukt stieg um 0,2 Prozent. Vor allem die heimische Nachfrage stützte hierbei die Konjunktur, gleichzeitig wirkte eine schwache Entwicklung der Exporte dämpfend.

Auch im Prognosezeitraum ist mit einer verhaltenen Auslandsnachfrage zu rechnen. Anhaltende Handelskonflikte, vor allem die jüngste Verschärfung des Handelsstreits zwischen China und den USA,⁶ dürften den Außenhandel dämpfen. Wie sich bereits in den vorangegangenen Quartalen abzeichnete, wird die nachlassende globale Nachfrage nach industriellen Gütern und Vorleistungen wohl die Exporte vor allem des verarbeitenden Gewerbes belasten. Hierauf deutet auch eine divergierende Entwicklung der Einkaufsmangerindizes und der Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie im Vergleich zum eher binnenmarktorientierten Dienstleistungssektor hin (Abbildung 2). In diesem und im nächsten Jahr dürften die Ausfuhren das Wachstum daher kaum stützen. Unter der Annahme eines geordneten Brexit mit anschließender Übergangsphase⁷ und keiner Ausdehnung des Handelskonflikts auf die EU, wird

⁶ Siehe Fußnote 1.

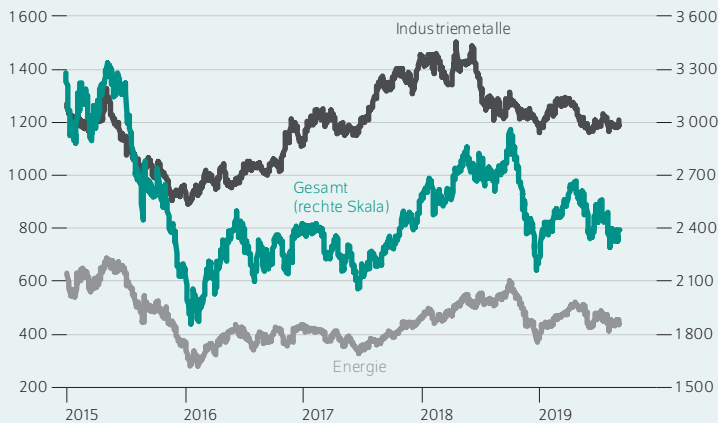
⁷ In dieser Prognose wird unterstellt, dass die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum unverändert bleiben. Das ist sowohl mit dem Szenario eines geordneten Brexit als auch mit einer Verschiebung des Austritts vereinbar. Ein Brexit ohne Abkommen stellt ein substantielles Abwärtsrisiko für die Prognose dar. Vgl. Kasten.

Abbildung 4

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld

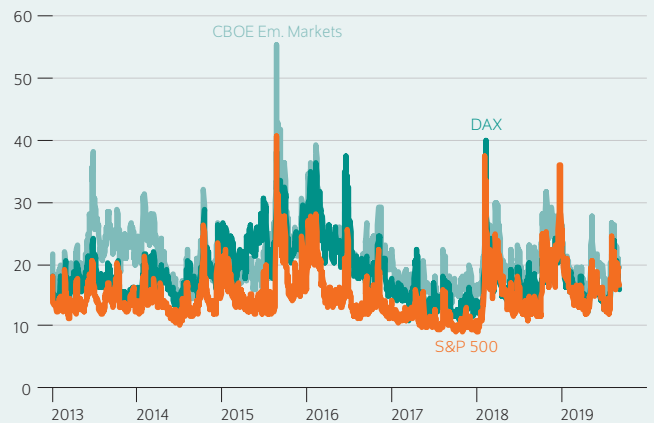
1. Rohstoffe

S&P Goldman Sachs Commodity Index, Total Return in US-Dollar



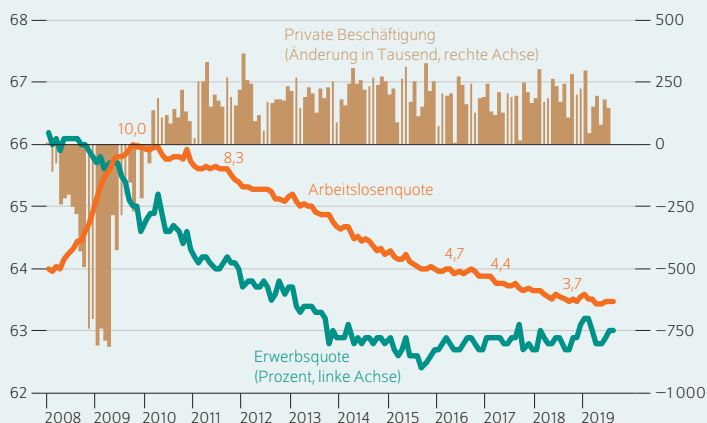
2. Implizite Volatilität

Schwankungen der Indizes in Punkten



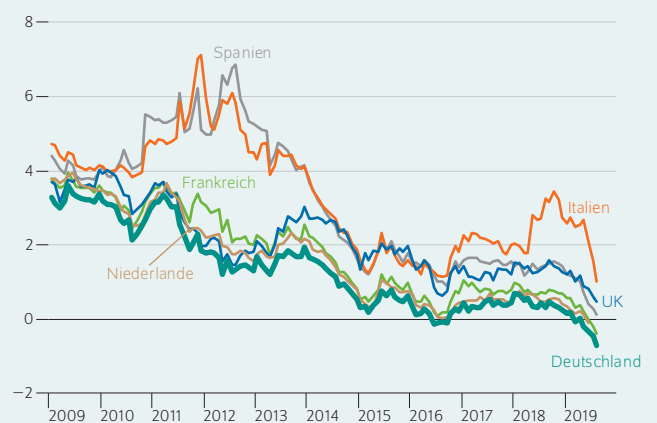
3. Arbeitsmarktsituation in den USA

Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt



4. Rendite von zehnjährigen Anleihen in Europa

In Prozent



Anmerkung: Letzte Beobachtungen: August 2019 (Abbildungsteile 3 und 4); 5. September 2019 (Abbildungsteil 1); 6. September 2019 (Abbildungsteil 2).

Quellen: Bloomberg; Bureau of Labor Statistics; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

die Auslandsnachfrage zum Ende des Prognosehorizonts wohl wieder anziehen, sodass vom Außenhandel dann wieder stärkere Wachstumsimpulse zu erwarten sind.

Eine schwache Entwicklung der Ausfuhren dürfte auch die Investitionstätigkeit belasten, zumal sich die Unternehmen auch aufgrund erhöhter Unsicherheit über künftige Handelsbeziehungen zurückhalten. Daneben ist in einigen Ländern die politische Lage instabil. Die Regierungsbildung in Spanien gestaltet sich schwierig,⁸ und die neue italienische Regierung muss ihre Handlungsfähigkeit, etwa mit Blick auf den finanzpolitischen Kurs, noch unter Beweis stellen. Weiterhin gute Finanzierungsbedingungen dürften

die Investitionstätigkeit hingegen etwas begünstigen. Die von Banken erwartete Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte ist seit Jahresbeginn stabil (Abbildung 3). Positive Impulse werden wohl ebenfalls von der leicht expansiv ausgerichteten Finanzpolitik ausgehen, sodass im Prognosezeitraum insgesamt mit einem moderaten Wachstumsbeitrag der Investitionen zu rechnen ist, wenngleich dieser schwächer als im vergangenen Jahr ausfallen dürfte.

Die leicht expansive finanzpolitische Ausrichtung wird wohl auch dem privaten Verbrauch zuträglich sein. So dürfte in Frankreich die für kommendes Jahr angekündigte Anpassung der Renten und Pensionen unter 2000 Euro sowie die endgültige Aufhebung der ursprünglich für 2020 und 2021 geplanten Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Energieerzeugnisse den Konsum stützen. Trotz anhaltender Regierungskrise in Spanien werden dort in diesem Jahr wohl

⁸ Nach den Wahlen im April scheiterte bislang eine Regierungsbildung bei zwei von drei möglichen Parlamentsabstimmungen. Eine Regierungsbildung ist noch zum 23. September dieses Jahres möglich, ansonsten müssten Neuwahlen ausgerufen werden.

expansive Impulse von der Finanzpolitik ausgehen. So dürfte die Erhöhung des Mindestlohns den privaten Verbrauch in diesem und teilweise im nächsten Jahr stützen.⁹ In Italien werden die zu Jahresbeginn eingeführten Sozialleistungen wie etwa das Bürgergeld sowohl die verfügbaren Einkommen als auch den Konsum der privaten Haushalte moderat begünstigen.

Neben der Finanzpolitik wird wohl die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt den privaten Konsum stützen. Die vorerst weiterhin – wenngleich weniger stark als zuvor – rückläufige Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden Engpässe beim Arbeitsangebot dürften die Nominallöhne zunächst weiter steigen lassen. Zusammen mit den zuletzt gefallen Ölpreisen und einem anhaltend niedrigen Außenwert des Euro wird dies die real verfügbaren Einkommen und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte in diesem und im nächsten Jahr stärken. Zuwächse der Nominallöhne dürften die Teuerungsrate der Konsumgüter allmählich erhöhen, was den privaten Verbrauch zum Ende des Prognosehorizonts wohl leicht dämpfen wird.

Vor allem aufgrund der verhaltenen Preisentwicklung im Euroraum ist davon auszugehen, dass die Europäische Zentralbank ihre geldpolitische Ausrichtung durch weitere expansive Maßnahmen anpassen wird. Obgleich die Währungshüter bislang ihren geldpolitischen Kurs beibehielten, kündigten sie an, expansive Maßnahmen vorzubereiten, die bei einer weiterhin schwachen Entwicklung der Inflation zum Einsatz kommen könnten. Die Erwartungen an den Finanzmärkten über den Zeitpunkt einer ersten Zinsanhebung der EZB haben sich in das Jahr 2021 verschoben. Alles in allem wird für diese Prognose daher unterstellt, dass die erste Zinsanhebung Ende 2021 erfolgt. Bisher wurde eine schrittweise Erhöhung der Leitzinsen ab der ersten Jahreshälfte 2020 angenommen.

Insgesamt wird das Wachstum im Euroraum in diesem Jahr bei 1,0 Prozent, im nächsten Jahr bei 1,2 Prozent und in 2021 bei 1,4 Prozent liegen.

Vereinigtes Königreich: Brexit-Unsicherheit belastet den Arbeitsmarkt

Die britische Wirtschaft ist im zweiten Quartal um 0,2 Prozent geschrumpft. Das liegt vor allem daran, dass die Unternehmen im ersten Quartal ihre Lagerbestände merklich ausgedehnt hatten, um mögliche Lieferengpässe im Falle eines ungeregelten EU-Austritts Ende März zu überbrücken. Im zweiten Quartal blieb dieser Effekt aus. Rückläufige öffentliche und unternehmerische Investitionen belasteten die Produktion zudem, wohingegen der private und öffentliche Konsum sowie der Außenhandel die Konjunktur leicht stützten.

Die Unsicherheit über die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU wird hoch bleiben (Kasten). Unternehmen und Haushalte dürften sich daher mit Ausgaben und Investitionen vorerst zurückhalten, worauf Rückgänge bei den Einkaufsmanagerindizes sowie der Zuversicht von Unternehmen und VerbraucherInnen hindeuten. Auch am Arbeitsmarkt wird sich die Brexit-Unsicherheit wohl zunehmend bemerkbar machen, in aktuellen Umfragen zeichnet sich ein Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften der Unternehmen in den kommenden Quartalen bereits ab. Die noch robuste Lohnentwicklung dürfte die real verfügbaren Einkommen zwar stützen, sich bei gleichzeitig nur moderaten Produktivitätszuwächsen allerdings allmählich – ebenso wie die zuletzt stetige Abwertung des Pfund – in einer höheren Inflation niederschlagen. Gegen Ende des Prognosezeitraums dürfte sich bei nachlassender politischer Unsicherheit der Außenhandel etwas erholen und wieder stärker zum Wachstum beitragen. Dieses dürfte in diesem und im kommenden Jahr 1,2 Prozent betragen, im Jahr 2021 dürfte die britische Wirtschaft mit 1,7 Prozent wieder kräftiger wachsen.

Mittel- und Osteuropa: Schwache Absatzmärkte

Das Wachstum in den mittelosteuropäischen Ländern der Europäischen Union hat nach einem starken Auftaktquartal im zweiten Quartal 2019 nachgelassen. Der private Konsum ist bei guter Beschäftigungslage und steigenden Einkommen weiterhin die Stütze der Konjunktur. Die Teuerungsraten sind im Jahresverlauf gestiegen, entwickelten sich bei gegenläufigen Effekten von niedrigeren Ölpreisen und den in einigen Ländern höheren Nahrungsmittelpreisen indes zuletzt uneinheitlich. Die Zentralbanken ließen die Leitzinsen noch unverändert.

Zur Jahresmitte wurden Rückgänge in der Industrieproduktion und in einigen Ländern auch im Baugewerbe gemeldet. Die Einkaufsmanagerindizes für Polen und insbesondere für Tschechien liegen weiterhin unter der Expansionschwelle, auch wenn sie zuletzt leicht gestiegen sind. Die Auftragseingänge sind rückläufig, insbesondere im Auslandsgeschäft. Dies dürfte in Tschechien zu Problemen im Automobilsektor beitragen. Nachdem die Konjunktur in der Region längere Zeit robust war, wirkt sich die wirtschaftliche Schwäche westeuropäischer Handelspartner nun auf einige mittelosteuropäische Länder aus. Zudem wird das Engagement in den mittelosteuropäischen Ländern – wie dies auch in anderen Schwellenländern derzeit der Fall ist – offenbar mit höherer Unsicherheit verbunden. Der polnische Złoty, der ungarische Forint und die tschechische Krone sind auch deshalb unter Abwertungsdruck geraten. Im Prognosezeitraum dürfte sich das Wachstum etwas abkühlen und in den Jahren 2020 und 2021 jeweils 3,4 und 3,5 Prozent betragen.

Russland: Kaum Impulse für mehr Wachstum

Das russische Bruttoinlandsprodukt ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im ersten Halbjahr 2019 um 0,7 Prozent gestiegen. Nur geringe Impulse kamen von den Investitionen

⁹ Die seit der ersten Jahreshälfte beauftragte Interimsregierung agiert zwar auf Grundlage des Haushaltsplans von 2018, allerdings mit Ausnahme derjenigen Haushaltsposten, die im letzten Jahr beschlossen wurden. Diese umfassen neben der Mindestloohnerhöhung beispielsweise auch die Wiedereinstellung des Arbeitslosengeldes für ArbeitnehmerInnen ab 52 Jahre sowie die schrittweise Verlängerung der Elternzeit in diesem und nächstem Jahr.

Kasten

Folgen eines harten Brexit

Ob es zu einem geordneten oder ungeordneten (harten) Brexit kommt und wie sich die künftigen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union gestalten, ist weiterhin unklar (Abbildung 1). Der hier vorgestellten Prognose liegt im Basisszenario die Annahme unveränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen bis zum Ende des Prognosezeitraums zugrunde. Diese Annahme ist sowohl mit dem Szenario eines geregelten Austritts zum 31. Oktober, als auch mit dem Fall einer erneuten Verschiebung des Austrittstermins vereinbar. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit, also eines Austritts des Vereinigten Königreichs ohne Abkommen, unter der seit Juni neu aufgestellten britischen Regierung deutlich gestiegen. Es wird daher untersucht, wie stark die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum von einem harten Brexit betroffen wäre.

Was bisher geschah und warum ein harter Brexit wahrscheinlicher wird

Nachdem die britische Bevölkerung in einem Referendum am 23. Juni 2016 für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union gestimmt hat, wurde der Austrittsprozess mit der Berufung auf Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union am 29. März 2017 formal eingeleitet. Der EU-Austritt sollte planmäßig zwei Jahre später, am 29. März 2019, erfolgen. Vor dem Hintergrund schwieriger Verhandlungen über ein Austrittsabkommen zwischen der britischen Regierung und der EU gewährte der Europäische Rat der britischen Regierung eine erste Verschiebung des Austrittsdatums, gefolgt von einer weiteren bis spätestens 31. Oktober 2019.

Nachdem der Entwurf des ausgehandelten Austrittsvertrags mehrmals vom britischen Parlament abgelehnt wurde, trat die britische Premierministerin Theresa May – die für das Abkommen geworben hatte – im Juni 2019 zurück. Nachfolger wurde der konservative Politiker Boris Johnson. Johnson besteht auf Nachverhandlungen des Austrittsabkommens, die europäischen Partner lehnen dies aber weitestgehend ab. Johnson hat angekündigt, die EU auch ohne Abkommen am 31. Oktober verlassen zu wollen.

Wesentlicher Zankapfel zwischen London und der EU ist die Regelung zur Grenze zwischen dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland und der Republik Irland, einem Mitglied der EU.¹ Der britische Premierminister will einerseits die von der EU als Bedingung erachtete Backstop-Lösung streichen, gleichzei-

tig aber am Austrittstermin Ende Oktober festhalten. Da bislang aus EU-Sicht keine akzeptable Alternative zur Backstop-Lösung vorgelegt wurde, scheint der Spielraum für neuerliche Verhandlungen begrenzt und ein harter Brexit zunehmend wahrscheinlicher. Somit sind derzeit drei Varianten für den weiteren Verlauf des Brexit-Prozesses möglich, wobei die Auswirkungen der ersten beiden – ein geregelter Austritt zum 31. Oktober oder eine erneute Verschiebung – für die Prognose ähnlich wären.

Szenario 1: Geregelter Austritt zum 31. Oktober oder erneute Verschiebung (unveränderte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen)

Wenn die britische Regierung die bestehende Backstop-Regelung akzeptiert und diese im Parlament verabschiedet wird, oder wenn eine für beide Verhandlungsseiten akzeptable Alternative gefunden wird, könnten sich beide Verhandlungsseiten bis Ende Oktober auf ein Austrittsabkommen einigen. In diesem Fall würde das Vereinigte Königreich die EU wie geplant am 31. Oktober verlassen. Danach würde eine auf mindestens zwei Jahre angelegte Übergangsphase beginnen, während der die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Wirtschaftsräumen ausgehandelt werden. In dieser Zeit wäre das Vereinigte Königreich weiterhin Mitglied des europäischen Binnenmarktes und der EU-Zollunion.

Der Austrittstermin könnte auch erneut verschoben werden. Diese Variante gilt derzeit als wahrscheinlich, da der in den vergangenen Tagen vom Parlament eingebrachte und vom Oberhaus bestätigte Gesetzentwurf vorsieht, eine Verschiebung des Austrittstermins gegenüber der EU zu beantragen, sofern bis zum 19. Oktober keine Einigung über ein Austrittsabkommen erzielt wird. Die EU-Verhandlungsseite hat bereits signalisiert, einer neuerlichen Verschiebung, möglicherweise bis Januar 2020, unter Bedingungen zuzustimmen. Zwar scheint die britische Regierung weiterhin einen Austritt Ende Oktober in jedem Fall durchsetzen zu wollen, wofür wohl eine Rücknahme des beschlossenen Anti-No-Deal-Gesetzes nötig wäre. Hierfür zeichnet sich derzeit im britischen Parlament jedoch keine Mehrheit ab, und auch die Entscheidung des Unterhauses gegen Neuwahlen vor Ende Oktober dürfte dieses Vorhaben deutlich erschweren.

Wird das Anti-No-Deal-Gesetzes nicht zurückgenommen und der Austritt verschoben, bleiben die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU bis mindestens Ende 2020 weitgehend unverändert. Allerdings bestünden weiterhin erhebliche Unsicherheiten über die künftigen Beziehungen in der Wirtschafts-, Sicherheits-, Regulierungs-, Forschungs-, Migrations- und Klimapolitik. Die Verhandlungsparteien haben vorsorglich angekündigt, die geplante Übergangsphase bis zum tatsächlichen Austritt notfalls über 2020 hinaus verlängern zu wollen. Beide Möglichkeiten – Einigung und Verschiebung – sind daher mit der dieser Prognose zugrundeliegenden technischen Annahme unveränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen bis zum Ende des Prognosezeitraums vereinbar.

¹ Der ausgehandelte Austrittsvertrag sieht hierbei eine „Backstop“-Lösung vor, nach welcher das Vereinigte Königreich auch nach Ablauf einer mindestens zweijährigen Übergangsphase so lange Mitglied der EU-Zollunion bleiben soll, bis eine permanente Lösung für eine „weiche“ innerirische Grenze ohne Kontrollen von Personen und Waren gefunden ist. Da der Backstop zeitlich unbefristet wäre und nicht einseitig aufgekündigt werden könnte, befürchten EU-GegnerInnen im Vereinigten Königreich, auf diese Weise auf unbegrenzte Zeit an den europäischen Binnenmarkt gebunden zu bleiben. Daneben würden für Nordirland weiterhin die Regeln des EU-Binnenmarkts gelten, sodass notwendige Grenzkontrollen nicht auf der irischen Insel, sondern zwischen Nordirland und dem Rest des Vereinigten Königreichs durchgeführt werden müssten.

Szenario 2: Ungeordneter Brexit

Wenn das Vereinigte Königreich ohne Abkommen austritt, hätten weder der Austrittsvertrag noch die beiliegende politische Erklärung über die zukünftigen Beziehungen Bestand. In diesem Fall würden unmittelbar die grundlegenden Zollregelungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Kraft treten, sodass Zölle auf einen Großteil der zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gehandelten Waren und Dienstleistungen fällig würden. Daneben müssten Grenzkontrollen durchgeführt werden, die den Handel zwischen beiden Wirtschaftsräumen erheblich belasten würden. Eine wahrscheinlich kräftige Abwertung des britischen Pfund dürfte die Einfuhrpreise im Vereinigten Königreich dann erhöhen. Zwar würde der niedrigere Außenwert der Währung die Preise für britische Exporte im Ausland verringern, die Nachfrage hiernach dürfte aufgrund der hohen Unsicherheit mit Blick auf die Handelsbeziehungen und der anfallenden Zölle jedoch ebenfalls einbrechen. Auch die Investitionstätigkeit im Vereinigten Königreich dürfte unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen werden, da sowohl heimische als auch ausländische Investoren sich von dem Land abwenden dürften. Eine Rezession wäre kaum zu vermeiden. Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt sowie eine im Zuge der Abwertung deutlich steigende Inflation dürften die real verfügbaren Einkommen sinken lassen. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass ein Großteil der sinkenden Einkommen in die weiterhin historisch niedrige Ersparnisbildung fließen würde. Allerdings dürften seitens der EU und der britischen Regierung bereits angekündigte kurzfristige Notfallmaßnahmen² die größten Verwerfungen etwas eindämmen, sofern sie von beiden Seiten umgesetzt werden. Auch seitens der britischen Geld- und Finanzpolitik sind expansive Maßnahmen zu erwarten, um die Folgen eines harten Brexit abzufedern. Die Kapazitäten der britischen Notenbank für expansive geldpolitische Impulse sind jedoch aufgrund ihres auf Preisstabilität ausgerichteten Mandats begrenzt, gerade wenn die Inflation im Zuge eines harten Brexit stark steigt.

Auswirkungen eines harten Brexits auf die Konjunktur im Euroraum

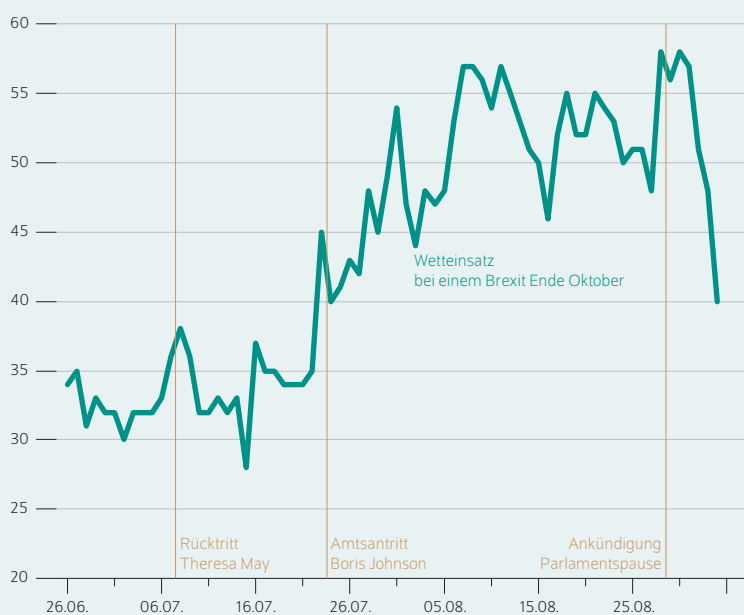
Methodologie

Die folgende Analyse berechnet die Abweichungen von der Basisprognose im Falle eines ungeordneten Austritts. Hierfür werden für Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande länderspezifische vektorautoregressive (VAR) Modelle geschätzt. Die Variablen für jedes Land umfassen Eurostat-Daten zum realen Bruttoinlandsprodukt, zu Konsumentenpreisen und zur Arbeitslosenquote, Daten der EU-Kommission zum nominalen effektiven Wechselkurs des Euro gegenüber 42 Handelspartnern sowie einen Index der

² So könnten einige Regulierungen mit Blick auf das Handels-, Finanz- und Transportwesen so lange weiterhin auf EU-Grundlage basieren, bis nationale Regelungen im Vereinigten Königreich verabschiedet sind. Bilaterale Handelsvereinbarungen, die eine kurzfristige Aussetzung von Zöllen garantieren sollen, wären denkbar. Auch der Aufenthaltsstatus von EU-Bürgerinnen und Bürgern könnte bis zur Verständigung auf langfristige Regelungen beibehalten werden.

Abbildung 1

Wetteinsätze für einen Brexit zum 31. Oktober 2019 In US-Dollar Cent (Doppelauktionsverfahren)



Quelle: PredicTIT

© DIW Berlin 2019

Ein harter Brexit gilt derzeit als eines der wahrscheinlichen Szenarien.

bilateralen realen Warenexporte in das Vereinigte Königreich und die Warenexporte in den Rest der Welt.³ Zudem enthält das Modell noch einen kurzfristigen Zins, welcher bis Ende des Jahres 2008 dem Eonia-Zinssatz der Europäischen Zentralbank entspricht und ab Jahresbeginn 2009 dem Schattzinssatz nach der Methodik von Wu und Xia (2017).⁴ Für die Schätzung werden bis auf die Arbeitslosenquote und den Zinssatz alle Variablen durch den natürlichen Logarithmus linearisiert. Das Modell wird mit Daten für den Zeitraum vom ersten Quartal 1997 bis zum zweiten Quartal 2019 geschätzt und beinhaltet fünf verzögerte Werte der jeweiligen Variablen.

Mittels der geschätzten Modelle werden zwei bedingte Prognosen erstellt. Hierzu werden zwei hypothetische Zeitreihen für britische Importe aus einer Szenarioanalyse des National Institute of Economic and Social Research (NIESR) verwendet. Die dort analysierten Szenarien entsprechen den oben genannten Szenarien 1 und 2. In der Studie wird unterstellt, dass in Szenario 2 die britischen Importe

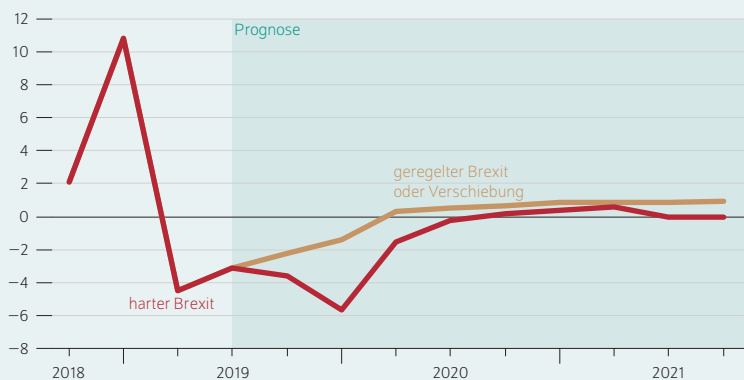
³ Preisbereinigt werden die nominalen Warenexportreihen mit dem länderspezifischen Warenexportdeflator. Die Warenexportreihen sowie die entsprechenden Deflatoren sind folgenden Datenbanken entnommen: Destatis, French National Institute of Statistics and Economic Studies, Coeweb, Spanish Ministry of Economy and Business, Statistics Netherlands.

⁴ Vgl. Jing Cynthia Wu und Fan Dora Xia (2017): Time-varying lower bound of interest rates in Europe. Chicago Booth Research Paper 17-06.

Abbildung 2

Hypothetische Verläufe der britischen Importe

Veränderung zum Vorquartal in Prozent



Quelle: NIESR.

© DIW Berlin 2019

Im Falle eines unregelmäßigen Brexits würden die britischen Importe vor allem im kommenden Jahr einbrechen.

te um 7,4 Prozent im Jahr 2020 und um 2,9 Prozent im Jahr 2021 im Vergleich Szenario 1 sinken (Abbildung 2). Die Szenarioanalyse des NIESR wurde mit Hilfe des dort entwickelten NiGEM-Modells durchgeführt. Hierbei wurden eine Reihe von kurzfristigen Notfallmaßnahmen sowie expansive Impulse der Geld- und Finanzpolitik im Vereinigten Königreich berücksichtigt,⁵ die die Folgen eines harten Brexits abfedern sollen.

Die britischen Importe in Szenario 1 und 2 von NIESR werden verwendet, um die Konjunkturverläufe der anderen Länder mittels der VAR-Modelle zu prognostizieren. Dafür werden für jedes Land zwei Prognosen für alle Modellvariablen bedingt auf die beiden britischen Importreihen erstellt, die jeweils mit dem Exportanteil in das Vereinigte Königreich skaliert werden. Zudem wird unterstellt, dass die skalierten Exportverläufe mit Sicherheit bekannt sind. Die Differenz der Variablenverläufe zwischen beiden bedingten Prognosen kann dann für jedes Land als Veränderung der DIW-Basisprognose im Falle eines harten Brexit berechnet und interpretiert werden.

Ergebnisse

Das Modell prognostiziert, dass die Wachstumsraten im Euroraum in den Jahren 2020 und 2021 um jeweils 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen werden als in der Basisprognose unterstellt (Tabelle S. 647). Diese Zahlen berücksichtigen sowohl den direkten Rück-

gang der Exporte der Euroländer in das Vereinigte Königreich, im Modell aufgefangen durch die bilateralen Exporte, als auch Effekte über Drittländer, modelliert durch die Exporte in den Rest der Welt exklusive der Exporte ins Vereinigte Königreich. Drittländereffekte ergeben sich, da diese Länder weniger auf die britischen Inseln exportieren und daher weniger von anderen Ländern importieren. Zudem beinhalten die Zahlen inländische Multiplikatoreffekte innerhalb der jeweiligen Euroraumländer, die sich aus gesunkener Produktion und niedrigeren Einkommen im Inland in Folge geringerer Exporte ins Vereinigte Königreich und in den Rest der Welt ergeben.

Die Abschlüsse auf die Wachstumsraten gegenüber der Basisprognose für den Euroraum verteilen sich über die Mitgliedsländer und Jahre hinweg relativ gleichmäßig. Allerdings zeigt sich, dass vor allem die industrie- und/oder exportorientierten Länder wie Deutschland, Italien und die Niederlande besonders betroffen sein dürften. Da für die deutsche Wirtschaft beides zutrifft, dürfte sie gemessen an den kumulierten Abschlüssen am meisten unter einem harten Brexit leiden – gefolgt von den Niederlanden und Italien (Tabelle). Gleichzeitig zeigen die Berechnungen aber auch, dass es nicht zu einem dramatischen Konjunkturreinbruch im Euroraum kommen dürfte. Angesichts der bereits lange andauernden politischen Hängepartie und der damit verbundenen ökonomischen Unsicherheit, die ebenfalls auf der Konjunktur lastet, dürfte daher ein harter Brexit am Ende seinen Schrecken verloren haben.

Tabelle

Auswirkung eines harten Brexits auf das Wirtschaftswachstum ausgewählter Euroländer

Abweichung zur Basisprognose in Prozentpunkten	BIP	
	2020	2021
Euroraum	-0,2	-0,2
ohne Deutschland	-0,1	-0,1
Deutschland	-0,4	-0,3
Frankreich	0,0	0,3
Italien	-0,3	-0,2
Spanien	0,0	-0,4
Niederlande	-0,3	-0,3

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

⁵ Vgl. Box A in Arno Hantzsche und Gary Young (2019): Prospects for the UK Economy. National Institute Economic Review.

und aus dem Auslandsgeschäft. Bei leicht gestiegenen Einzelhandelsumsätzen hat wohl der private Konsum das Wachstum noch gestützt, obwohl die Realeinkommen leicht rückläufig waren und die Beschäftigung etwas zurückgegangen ist. Vor dem Hintergrund einer rückläufigen Inflation hat die Zentralbank den Leitzins Ende Juli um 0,25 Prozentpunkte gesenkt.

Im Juli gab die Industrieproduktion geringfügig nach. Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe bleibt weiterhin unter der Expansionsschwelle. Die Auftragseingänge – auch aus dem Ausland – entwickeln sich schwach.

Aufgrund des niedrigeren Ölpreises sind zudem geringere Einnahmen aus Ölexporten zu erwarten. Nach einer Anlaufphase dürften die Investitionsvorhaben im Rahmen der „Nationalen Projekte“,¹⁰ die derzeit verhaltene Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf stärken. Im Prognosezeitraum dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wohl leicht zunehmen und knapp 2,0 Prozent erreichen.

10 Vgl. zu den „Nationalen Projekten“ Claus Michelsen et al. (2019): Weltwirtschaft und Euroraum: Schwacher Welthandel, aber binnenwirtschaftliche Kräfte weitgehend intakt. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar, abgerufen am 5. September 2019).

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Geraldine Dany-Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2019:

www.diw.de/diw_weekly



Deutsche Wirtschaft: Eine Rezession ist noch keine Krise

Von Claus Michelsen, Marius Clemens, Max Hanisch, Simon Junker, Konstantin Kholodilin und Thore Schlaak

ABSTRACT

Die Abkühlung der Weltkonjunktur und die Unsicherheiten durch den Brexit haben der exportorientierten deutschen Wirtschaft zugesetzt. Sie dürfte in diesem Jahr nur um 0,5 Prozent wachsen. Dass die deutsche Wirtschaft aber nicht in eine ernsthafte Krise rutschen dürfte, ist den kräftigen finanzpolitischen Impulsen und einer günstigen Arbeitsmarktentwicklung zu verdanken. Dadurch bleibt der private Konsum eine Stütze der Wirtschaft; hinzu kommt eine moderate Inflation, die auch in den kommenden beiden Jahren die Kaufkraft kaum dämpft. Diese Faktoren werden zusammen mit einer wieder stärkeren Auslandsnachfrage dafür sorgen, dass sich im kommenden und übernächsten Jahr die deutsche Wirtschaft wieder etwas erholt. Sie dürfte pro Jahr um 1,4 Prozent wachsen – vorausgesetzt, die erheblichen politischen Risiken materialisieren sich nicht. So würde ein harter Brexit das Wachstum in Deutschland allein im kommenden Jahr um 0,4 Prozentpunkte belasten.

Die deutsche Wirtschaft erlebt derzeit eine Schwächephase. Nach den exportgetriebenen Boomjahren 2016 und 2017 setzte bereits im vergangenen Jahr eine spürbare Abkühlung ein, die zunächst durch temporär wirksame Faktoren im Automobilsektor ausgelöst schien. Nun zeigt sich, dass die Industrie in größeren Problemen steckt: Die weltweite Investitionsgüternachfrage ist schwach und trifft die darauf spezialisierte deutsche Wirtschaft besonders hart (Kasten 1). Die Industrieproduktion ist seit einem Jahr rückläufig und ließ Deutschland im Sommerhalbjahr in eine Rezession abgleiten (Abbildung 1).

Trotz des kräftigen Jahresauftakts wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr nur um 0,5 Prozent¹ das Vorjahresergebnis übertreffen (Abbildung 2) und in etwa dem Produktionspotential entsprechen: Die Phase anhaltend gut ausgelasteter Kapazitäten endet damit (Abbildung 3). In den kommenden beiden Jahren dürfte die Wirtschaft in etwa normal ausgelastet sein. Die Unternehmen sind in der Breite weniger zuversichtlich eingestellt. Die Industrieflaute strahlt mittlerweile auch auf den Dienstleistungssektor aus – sie sorgt für eine geringere Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen und über den schwächeren Beschäftigungsaufbau belastet sie die konsumnahen Bereiche.

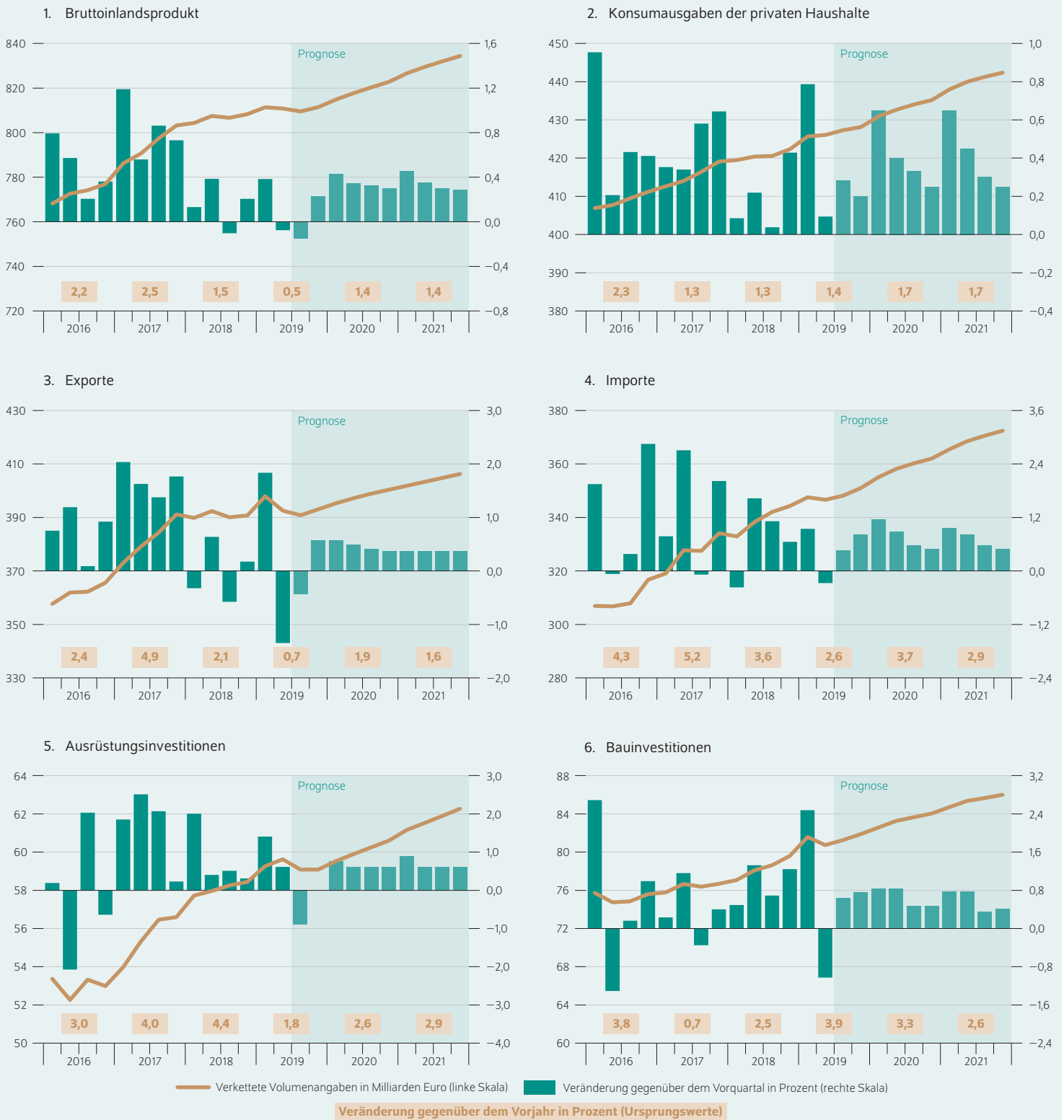
Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist vor allem der Abkühlung der Weltkonjunktur und einer durch den Brexit und die Handelsstreitigkeiten in die Höhe getriebenen Unsicherheit geschuldet. Im Prognosezeitraum dürfte die Nachfrage nach deutschen Exportgütern unterdurchschnittlich bleiben (Tabelle 1). Der Beschäftigungsaufbau wird sich nur in geringerem Tempo fortsetzen. Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Erwerbspersonen um gut 600 000 gewachsen ist, schwächt sich der Zuwachs in diesem Jahr auf knapp 400 000 ab; in den kommenden beiden Jahren wird er jeweils rund 200 000 Personen betragen. Nicht nur die schwächere wirtschaftliche Entwicklung führt zu geringeren Anstiegen, auch Knappheiten am Arbeitsmarkt stehen einem stärkeren Aufbau entgegen. Die Arbeitslosenquote

¹ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt für dieses Jahr zwischen null und 0,9 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 0,9 Prozent und 1,8 Prozent.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019. Prognose ab dem dritten Quartal 2019.

Kasten 1

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Das **Bruttoinlandsprodukt** dürfte im laufenden dritten Quartal erneut leicht zurückgehen: In der Industrie dürfte die Wertschöpfung erneut sinken, wenngleich nicht so deutlich wie im vorangegangenen Vierteljahr – darauf deuten (zu den hier verwendeten Methoden analoge) Modellschätzungen hin. Aber auch die Stimmung bei den Dienstleistern hat sich zuletzt etwas eingetrübt – ihr Wachstumsbeitrag dürfte geringer ausfallen als zuvor. Die Modellschätzer spannen allerdings ein Intervall um die Null auf; aufgrund der seit Längerem einbrechenden Auftragseingänge dürfte die negative Rate unterm Strich leicht negativ ausfallen.

Der **private Konsum** dürfte dagegen spürbar ausgeweitet werden: Die Teuerungsrate ist gering, und die Umsätze im Einzelhandel lagen zuletzt deutlich über dem Niveau des Vorquartals.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2017. DIW Wochenbericht Nr. 24, 467–490 (online verfügbar).

Die **Ausrüstungsinvestitionen** werden im dritten Quartal wohl deutlich sinken: So lagen die Umsätze inländischer Investitionsgüterhersteller zum Quartalsauftakt drei Prozent unter dem Niveau des Vorquartals. Und auch die Bestellungen in diesem Bereich aus dem zweiten Quartal – sie sind um fast fünf Prozent gesunken – deuten auf eine ausgeprägte Schwächephase hin; dies lag allerdings an den Einbrüchen von Februar und März – zuletzt haben sie sich wieder etwas stabilisiert.

Die **Bauinvestitionen** dürften weiter ordentlich zulegen. Die Auftragsbücher sind in allen Bausparten gut gefüllt, die Produktion hat nach dem Rücksetzer im Frühjahr zuletzt wieder angezogen. Die Auslastung der Betriebe ist in den letzten Monaten etwas gesunken, so dass auch wieder Platz für Produktionszuwächse besteht.

Die **Exporte** werden im dritten Quartal wohl nochmals sinken. Darauf deuten diverse Indikatoren aus dem In- und Ausland hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit 2009. Gleiches gilt für das ifo Weltwirtschaftsklima. Die globalen PMI Exportauftragseingänge und das CPB Welthandelsvolumen fallen seit 2018 nahezu ungebremst. Ebenso der Cass Freight Index, der das Volumen transportierter Güter misst und als verlässlicher Frühindikator für die globale Konjunktur gilt. Dem gegenüber stehen die Auftragseingänge aus dem Ausland, die sich über verschiedene Branchen hinweg zuletzt stabilisiert haben.

Die **Importe** haben im dritten Quartal kurzzeitig nachgelassen. Dieser Ausbruch nach unten scheint aber nicht Teil eines längerfristigen Trends zu sein. Die Zuwachsraten in den vier Quartalen davor waren allesamt positiv, und auch für den weiteren Verlauf des Jahres prognostiziert das DIW einen weiteren Anstieg. Antreiber ist – ähnlich wie andernorts – der private Konsum. Im Zuge sich etwas erholender Exporte wird dann auch die Importnachfrage nach Vorleistungsgütern wieder anziehen.

wird in diesem Jahr voraussichtlich bei fünf Prozent liegen und in den kommenden beiden Jahren auf 4,9 beziehungsweise 4,7 Prozent sinken. In diesem Umfeld werden die Löhne weiter kräftig steigen.

Alles in allem legen die Arbeitseinkommen merklich zu und stützen den privaten Verbrauch, der im Prognosezeitraum maßgeblich von einer Fülle finanzpolitischer Maßnahmen gestützt wird; bereits zum Jahresauftakt 2019 hatten der Abbau der kalten Progression und die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge die Nettoentgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angehoben und zu einem kräftigen Anstieg des privaten Konsums beigetragen. Weitere spürbare Maßnahmen kommen im Prognosezeitraum hinzu (Kasten 2); insbesondere der teilweise Abbau des Solidaritätszuschlags im Jahr 2021 wird die Einkommen erhöhen. Der

zu erwartende höhere Konsum wird merklich zur hiesigen Wirtschaftsleistung beitragen, wenngleich ein guter Teil wohl auch durch Importe gedeckt wird. Auch deswegen fallen die Zuwächse beim Bruttoinlandsprodukt in den kommenden beiden Jahren höher aus als in diesem Jahr; sie dürften mit jeweils 1,4 Prozent etwas niedriger als das Potentialwachstum liegen. Aufgrund der zusätzlichen Importe sinkt der Außenbeitrag deutlich, und der immer noch hohe Leistungsbilanzüberschuss schmilzt entsprechend ab: von 7,0 Prozent in diesem Jahr auf 6,3 Prozent im Jahr 2020; im Jahr 2021 dürfte er sogar mit dann 5,7 Prozent unter den Schwellenwert von sechs Prozent sinken (Tabelle 2).

Die privaten Investitionen in Ausrüstungen leiden weiterhin unter der hohen wirtschaftlichen Unsicherheit – und entwickeln sich nicht zuletzt angesichts einer nunmehr geringeren Auslastung der Kapazitäten zunächst verhalten. Zudem wird

Abbildung

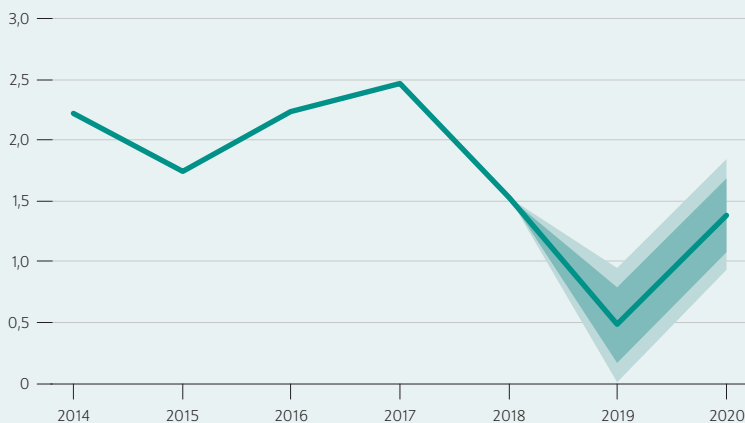
Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

Abbildung 2

Prognoseintervalle für die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts In Prozent



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Prognoseunsicherheit für das Jahr 2019 liegt im Bereich zwischen 0,9 und null Prozent.

Inflation: Moderate Preissteigerungen

Die Inflation in Deutschland bleibt moderat: Im August 2019 stiegen die Verbraucherpreise lediglich um 1,4 Prozent. Zuletzt wirkten die sinkenden Energiepreise dämpfend (Abbildung 4); im dritten Quartal dürfte der Preisauftrieb unterm Strich die Kaufkraft nur wenig belastet haben. Auch im weiteren Prognosezeitraum tragen die Energiepreise kaum zur Teuerung bei, denn annahmegemäß sinken die Ölpreise (Kasten 3). Demgegenüber steht ein leichter Anstieg der Kernrate, der Teuerung ohne Energie und Nahrungsmittel, im Prognosezeitraum. Sie dürfte von 1,4 Prozent in diesem Jahr über 1,7 Prozent im kommenden Jahr auf 1,8 Prozent im Jahr 2021 zulegen. Da die Löhne weiter spürbar steigen, dürften die Produzenten einen Teil der gestiegenen Kosten an die VerbraucherInnen weitergeben, zumal die kräftigen Konsumanstiege größere Spielräume hierfür eröffnen. Alles in allem dürfte die Inflation in diesem Jahr bei 1,4 Prozent liegen, in den kommenden beiden Jahren bei jeweils 1,6 Prozent. Damit liegt sie selbst in Deutschland unter dem EZB-Inflationsziel von nahe, aber unter zwei Prozent.

Produktion: Industrieflaute belastet

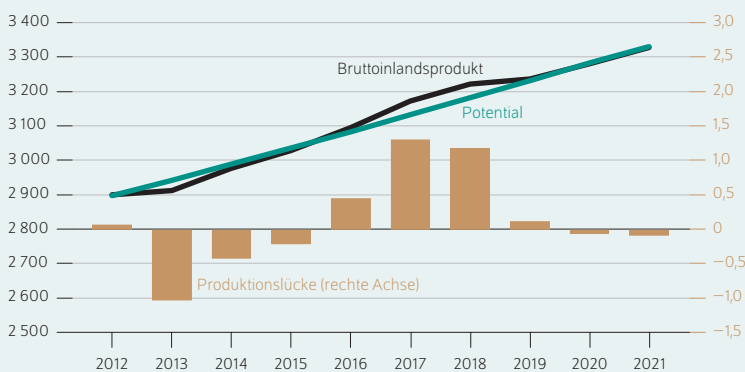
Die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe sinkt bereits seit Jahresbeginn 2018, seit gut einem Jahr sogar deutlich. Auch im laufenden Quartal zeichnet sich ein weiterer Rückgang ab (Tabelle 1). Mit einer – wenn auch verhaltenen – Belebung der weltwirtschaftlichen Nachfrage dürfte auch die industrielle Wertschöpfung ab dem Schlussquartal 2019 wieder etwas ausgeweitet werden. Die Dienstleistungsbereiche tragen dagegen weiter im Prognosezeitraum zum Wachstum bei. Die durch finanzpolitische Maßnahmen erzielten zusätzlichen Einkommen – insbesondere zum Jahresbeginn 2020 und 2021 – dürften vor allem die konsumnahen Dienstleistungsbereiche, teils auch das verarbeitende Gewerbe deutlich anschieben. Davon profitieren vor allem der Handel und das Gastgewerbe. Die Bauwirtschaft setzt indes den deutlichen Aufwärtstrend fort.

Arbeitsmarkt: Deutliche Abschwächung, jedoch keine Alarmsignale

Die Stagnation der Produktion schlug sich im zweiten Quartal 2019 auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. In den meisten Wirtschaftszweigen fiel der Beschäftigungsaufbau deutlich schwächer aus als in den Vorquartalen. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe war nur noch ein Plus von dreitausend Personen zu verzeichnen, aber auch die Neueinstellungen im Handel, Verkehr und Gastgewerbe fielen spürbar schwächer aus. Demgegenüber zeigte sich der Beschäftigungsaufbau im Sektor öffentliche Dienstleistung, Erziehung und Gesundheit robust – was nicht zuletzt einer Sonderkonjunktur etwa im Bereich des Sozialwesens geschuldet sein dürfte.³

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und Potential beziehungsweise Produktionslücke In Milliarden Euro beziehungsweise Prozent des Potentials



Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die deutsche Wirtschaft lastet die Kapazitäten derzeit gut aus.

die Investitionstätigkeit durch sinkende Unternehmensgewinne gedämpft. Bei leicht steigender Auslandsnachfrage und voraussichtlich sinkender Unsicherheit dürften sie im späteren Verlauf jedoch wieder etwas dynamischer ausfallen; hierzu tragen auch staatliche Maßnahmen bei.²

² Marius Clemens, Marius Goerge und Claus Michelsen (2019): Öffentliche Investitionen sind wichtige Voraussetzung für privatwirtschaftliche Aktivität. DIW Wochenbericht Nr. 31, 537–543 (online verfügbar, abgerufen am 06.09.2019). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt.

³ Karl Brenke, Thore Schlaak und Leopold Ringwald (2018): Sozialwesen: ein rasant wachsender Wirtschaftszweig. DIW Wochenbericht Nr. 16, 305–315 (online verfügbar).

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungs- und Entstehungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2019				2020				2021			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,1	0,3	0,2	0,7	0,4	0,3	0,3	0,7	0,5	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,8	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	-0,1	0,2	0,5	0,9	0,8	0,6	0,6	0,9	0,7	0,5	0,5
Bauten	2,5	-1,0	0,6	0,8	0,8	0,8	0,5	0,5	0,8	0,8	0,3	0,4
Ausrüstungen	1,4	0,6	-0,9	0,0	0,8	0,6	0,6	0,6	0,9	0,6	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	-0,6	1,0	0,9	0,8	1,1	0,9	0,8	0,8	1,1	0,8	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	-1,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	0,5	0,3	0,3	0,7	0,5	0,4	0,4	0,7	0,5	0,4	0,3
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,5	-0,4	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	-0,2	-0,2	-0,1	0,0
Export	1,8	-1,3	-0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Import	0,9	-0,3	0,5	0,8	1,2	0,9	0,6	0,5	1,0	0,8	0,6	0,5
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,1	-0,2	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,4	0,3	0,3
Bruttowertschöpfung	0,4	-0,3	-0,1	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,5	0,3	0,3	0,3
Verarbeitendes Gewerbe	-1,0	-1,4	-1,0	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	1,1	-0,5	0,5	0,8	0,8	0,8	0,5	0,5	0,7	0,7	0,4	0,4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	2,3	-0,6	0,5	0,2	0,7	0,5	0,4	0,4	1,0	0,6	0,4	0,4
Unternehmensdienstleister	0,7	0,0	-0,2	0,0	0,7	0,4	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Dienstleistungen, Erziehung, Gesundheit	-0,2	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1

1 Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019. Prognose ab dem dritten Quartal 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,2	2,5	1,5	0,5	1,4	1,4
Erwerbstätige im Inland (t 000 Personen)	43.655	44.248	44.854	45.244	45.428	45.635
Erwerbslose, ILO	1.775	1.621	1.469	1.359	1.313	1.206
Arbeitslose, BA	2.691	2.533	2.340	2.271	2.269	2.165
Erwerbslosenquote, ILO ²	4,1	3,8	3,4	3,1	3,0	2,7
Arbeitslosenquote, BA ²	6,1	5,7	5,2	5,0	4,9	4,7
Verbraucherpreise ³	0,5	1,5	1,8	1,4	1,6	1,6
Lohnstückkosten ⁴	1,2	1,2	2,5	3,5	1,7	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
in Milliarden Euro	37,1	40,3	62,4	47,9	33,3	9,6
in Prozent des BIP	1,2	1,2	1,9	1,4	0,9	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	8,5	8,1	7,3	7,0	6,3	5,7

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2019. Prognose ab 2019.

© DIW Berlin 2019

Auch im laufenden Quartal deuten die Indikatoren vorerst nicht auf einen stärkeren Anstieg der Beschäftigung hin. Im Wirtschaftszweig der Arbeitnehmerüberlassung – diese Branche wird aufgrund ihrer hohen Konjunkturreagibilität oftmals als Vorlaufindikator herangezogen – sinkt die

Beschäftigung. Auch die Kurzarbeit steigt zwar derzeit an, liegt aber immer noch nahe den historischen Tiefständen (Abbildung 5). Gleichzeitig ist jedoch auch kein drastischer Rückgang der Beschäftigung zu erwarten. Dafür spricht zum einen der leichte Anstieg der Erwerbstätigkeit im Juli. Zum

Kasten 2

Makroökonomische Effekte der finanzpolitischen Maßnahmen der großen Koalition

Der Sommer 2019 markiert die Halbzeit der Legislaturperiode. Zu diesem Zeitpunkt wurde eine Vielzahl der versprochenen Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag der großen Koalition bereits beschlossen oder wird aktuell umgesetzt.¹ Hier sollen die bisherigen und zukünftigen makroökonomischen Effekte dieser Maßnahmen quantifiziert werden.²

Dazu wurde im ersten Schritt der Mittelabfluss einzelner Maßnahmen auf Basis der Gesetze und Gesetzesentwürfe quantifiziert. Im zweiten Schritt werden die Maßnahmen dann einzelnen VGR-Komponenten (Steuern, Transfers, öffentliche Investitionen und Staatskonsum) zugeteilt (Tabelle 1).³ Die gestiegenen Transferzahlungen entsprechen einem zusätzlichen Impuls von kumuliert bis 2021 rund zehn Milliarden Euro. Größte Posten sind hier die Mütterrente mit 3,8 Milliarden Euro (Mitte 2019) sowie die zweimalige Kindergelderhöhung in Höhe von insgesamt gut vier Milliarden Euro (Mitte 2019 und Anfang 2021). Auch bei Steuern und Sozialbeiträgen hat die große Koalition in der ersten Hälfte ihrer Legislaturperiode die privaten Haushalte stark entlastet beziehungsweise Maßnahmen beschlossen, um es zu tun. Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung zu Beginn des Jahres 2019 sorgt zwar für eine deutliche Entlastung bei ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen in Höhe von knapp sieben Milliarden Euro, hat aber gleichzeitig – wenn auch in etwas geringerem Maße – die Arbeitgeber belastet. Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression zu Beginn der Jahre 2019 und 2020 in Höhe von insgesamt gut sieben Milliarden Euro, die geplante Abschaffung des Solidaritätszuschlags zum Beginn des Jahres 2021 für die meisten Haushalte sowie einige kleinere Maßnahmen dürften die privaten Haushalte

¹ Vgl. Robert Vehrkamp und Theres Matthieß (2019): Besser als ihr Ruf – Halbzeitbilanz der Großen Koalition zur Umsetzung des Koalitionsvertrages 2018. WZB und Bertelsmann Stiftung, Demokratie-Monitor (online verfügbar, abgerufen am 6. September 2019). Demnach wurden zum August 2019 über 60 Prozent der Versprechen aus dem Koalitionsvertrag bereits vollständig oder teilweise eingelöst. Zum Vergleich: Die vorherige große Koalition (2013–2017) hatte zu Beginn der zweiten Hälfte der Legislaturperiode lediglich 49 Prozent ihrer Versprechen umgesetzt.

² Siehe auch Ferdinand Fichtner et al. (2018): Politik schiebt florierende deutsche Konjunktur zusätzlich an: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Frühjahr 2018. DIW Wochenbericht Nr. 11 (online verfügbar, abgerufen am 6. September 2019) für die Berechnung des Effekts im Jahr 2019 und Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2018): Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2018 (online verfügbar) für die Berechnung der makroökonomischen Effekte mit Hilfe der Institutsmodelle. Die aktuelle Berechnung ergänzt diese früheren Schätzungen um aktualisierte Mittelabflusspläne aus den Gesetzen und Gesetzesentwürfen für die einzelnen Jahre und Halbjahre, aktualisierte Datenreihen und Annahmen aus der Prognose (Geldpolitik, Wechselkurs und weltwirtschaftliche Nachfrage).

³ Die Jahreswerte wurden zudem auf Quartale umgelegt. Bei klar definierten Zeitangaben, wie bspw. im Fall der Mütterrente zum 1. Juli 2019, wurden die Impulse in das jeweilige Quartal verbucht. Bei nicht definierten Zeitangaben wurden die Jahreswerte gleichmäßig über die Quartale verteilt.

anderen befindet sich der Jobindex (BAX) der Bundesagentur für Arbeit, der offene Stellen anzeigt, weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, wenn er auch aktuell rückläufig ist.

Insgesamt dürfte der Anstieg der Erwerbstätigen in diesem Quartal bei rund 37 000 Personen liegen. Im weiteren Prognoseverlauf wird der Beschäftigungsaufbau wieder – entsprechend dem dann anziehenden Produktionswachstum – leicht an Tempo gewinnen und dann bei etwa

Tabelle 1

Effekte finanzpolitischer Maßnahmen
In Milliarden Euro

Maßnahmen der großen Koalition	Volumen in Milliarden EUR		
	2019	2020	2021
Transfers	5,5	2,3	2,4
Mütterrente (1. Juli 2019)	3,8	0,0	0,0
Kindergelderhöhung	1,1	0,8	2,2
sonstige (Baukindergeld, Kinderzuschlag, BAFOEG, ...)	0,6	1,5	0,2
Steuern und Sozialbeiträge	5,7	4,6	10,9
Abschaffung des Soli	0,0	0,0	9,8
Abbau kalte Progression	3,0	4,2	0,6
Paritätische Finanzierung der SB			
Lohnsteuerabzug	6,9	0,0	0,0
Gewinnrückgang	–4,6	0,0	0,0
sonstige (Senkung ALV-Beitragsatz, Zusatzbeitrag GKV, ...)	0,4	0,4	0,5
Öfftl. Investitionen	1,6	2,1	2,1
Breitbandausbau + Digitalpakt Schule	0,4	1,0	1,2
Staatskonsum	2,2	0,9	1,1
Insgesamt	15,0	9,9	16,5
kumuliert	15,0	24,9	41,4

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

bis 2021 um insgesamt knapp 26 Milliarden Euro entlasten.⁴ Bei den öffentlichen Investitionen ist bis in das Jahr 2021 insgesamt mit einem zusätzlichen Impuls von 8,4 Milliarden Euro zu rechnen.⁵ Für sonstige Maßnahmen werden insgesamt 2,7 Milliarden Euro veranschlagt, hier werden Ausgaben unter anderem in Verteidigung und Sicherheit berücksichtigt.

Im dritten Schritt werden die Zeitpfade der einzelnen Komponenten im makroökonomischen Modell des DIW Berlin integriert.⁶ Das geschätzte Modell wird anschließend mit und ohne die

⁴ Die zusätzliche Steuerbelastung der Unternehmen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro im Zuge der paritätischen Finanzierung wird im Modell gesondert bei den unternehmerischen Gewinnen berücksichtigt.

⁵ Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung werden der Breitbandausbau, der Digitalpakt Schule und die KI-Strategie 2020 bis 2023 mit insgesamt 14 Milliarden Euro zusätzlich gefördert. Dazu kommen Investitionen in den Netzausbau der Deutschen Bahn in Höhe von rund 35 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre.

⁶ Hanne Albig et al. (2017): Wie steigende Einkommensungleichheit das Wirtschaftswachstum in Deutschland beeinflusst. DIW Wochenbericht Nr. 10, 159–168 (online verfügbar).

bei 50 000 Personen pro Quartal liegen (Abbildung 6). Die konjunkturellen Impulse durch die finanzpolitischen Maßnahmen (Kasten 2) dürften durch eine kurzfristige Ausweitung der Arbeitszeit, weniger durch Neueinstellungen, aufgefangen werden.

Erstmals seit Ende des Jahres 2013 stieg die Arbeitslosigkeit im zweiten Vierteljahr an, um 20 000 Personen. Ursächlich war dabei in erster Linie ein Sondereffekt: Eine Überprüfung

finanzpolitischen Maßnahmen simuliert. Die Differenzen beim Wachstum, die sich aus beiden Simulationen ergeben, werden in der Prognose auf die einzelnen volkswirtschaftlichen Aggregate umgelegt. Da die Maßnahmen größtenteils die Einkommen der privaten Haushalte anschieben, dürften sie insbesondere deren Konsum ankurbeln – und zwar jeweils zum (Halb-)jahresauftakt, wenn die Maßnahmen umgesetzt werden (Abbildung). Teils wird das zusätzliche Einkommen wohl auch gespart, groß dürfte dieser Effekt aber nicht sein – denn die Maßnahmen sind auf Dauer angelegt – sondern lediglich dazu dienen, die Einkommensspitzen über die Zeit zu strecken. Ein guter Teil des Mehrkonsums dürfte aber auch durch Importe abgedeckt werden. Zudem werden höhere Mittel wohl auch investiert werden – etwa in den Neubau. Eine langfristig höhere Konsumnachfrage wird schließlich auch in geringem Umfang Kapazitätsanpassungen in konsumnahen Bereichen anregen. Unter dem Strich münden die Finanzimpulse in jedem Jahr insbesondere in höherem Konsum, aufgrund ebenfalls ausgeweiteter Importe bleibt die Wirkung auf die heimische Produktion etwas geringer (Tabelle 2).

Insgesamt erhöhen die Maßnahmen der großen Koalition das BIP pro Jahr um durchschnittlich knapp 0,3 Prozentpunkte. Der über alle Maßnahmen und alle Jahre kumulierte Multiplikatoreffekt beträgt 1,2 Euro pro ausgegebenem Euro. Grundsätzlich wirken Veränderungen bei Transfers, Steuern, öffentlichen Investitionen und Staatskonsum unterschiedlich stark. So hat beispielsweise eine Erhöhung der sonstigen Maßnahmen etwas geringere Effekte als ein Anstieg der Investitionen.⁷ Die Wirkung von dauerhaften Ausgabenerhöhungen ist außerdem höher als die Wirkung temporärer Maßnahmen, denn die Menschen sind eher geneigt, ein dauerhaft zusätzliches Einkommen auszugeben als ein einmaliges „Geschenk“.⁸

⁷ Dies liegt daran, dass im Posten „sonstige Ausgaben“ Maßnahmen enthalten sind, die auch historisch niedrige Effekte hatten, zum Beispiel im Bereich Verteidigung. Siehe auch Alan J. Auerbach und Yuriy Gorodnichenko (2012): Measuring the Output Responses to Fiscal Policy. American Economic Journal: Economic Policy, Vol. 4, No 2.

⁸ Siehe Burkhard Heer und Alfred Mausner (2019): Public Economics – The Macroeconomic Perspective. Springer Verlag. Darüber hinaus fallen über den Projektionszeitraum weitere Sonderfaktoren an, die im Modell eher zu einer leichten Unterschätzung des Multiplikatoreffekts führen dürften. So wird davon ausgegangen, dass die niedrigen Zinsen bis 2021 anhalten, wodurch der Crowding-out-Effekt für zinsreagible Ausgaben (Investitionen, langfristige Staatskonsum) entfällt. Siehe Wataru Miyamoto, Thuy Lan Nguyen, and Dmitriy Sergeyev (2018): Government Spending Multipliers under the Zero Lower Bound: Evidence from Japan. American Economic Journal: Macroeconomics, 10 (3): 247–77. Der aktuelle konjunkturelle Zustand der Normalauslastung dürfte hingegen keinen gesonderten Einfluss haben. Siehe Alan J.

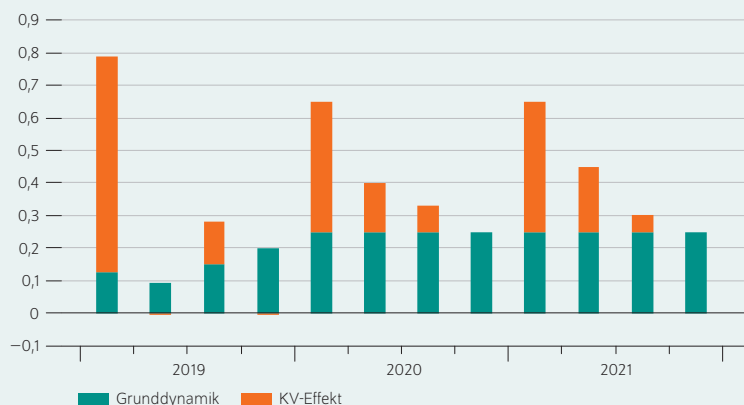
des Vermittlungsstatus‘ bei Hartz-IV-BezieherInnen ergab, dass die Zahl von Arbeitslosen bislang unterschätzt wurde. Notwendige Korrekturen der Statistik wurden im Mai durchgeführt und resultierten in einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um rund 60 000 Personen.

Im laufenden Quartal dürfte die Arbeitslosigkeit zwar weiterhin leicht zulegen, jedoch deutlich unter dem vom Sonder-effekt verzerrten Vorquartalswert liegen. Durchschnittlich

Abbildung

Effekt der Maßnahmen auf die Entwicklung des privaten Verbrauchs

Änderung gegenüber Vorquartal in Prozent (preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Die Maßnahmen schieben den Konsum merklich an.

Tabelle 2

Effekt der Maßnahmen auf die Verwendungsaggregate

In Milliarden Euro und Prozentpunkten

	Milliarden EUR			Prozentpunkte gegenüber Baseline		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Bruttoinlandsprodukt	9,8	8,5	8,6	0,3	0,2	0,3
Privater Verbrauch	12,3	10,7	11,6	0,8	0,7	1,0
Investitionen	2,8	3,1	3,5	0,5	0,5	0,6
Importe	7,0	8,3	11,4	0,6	0,7	0,8

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

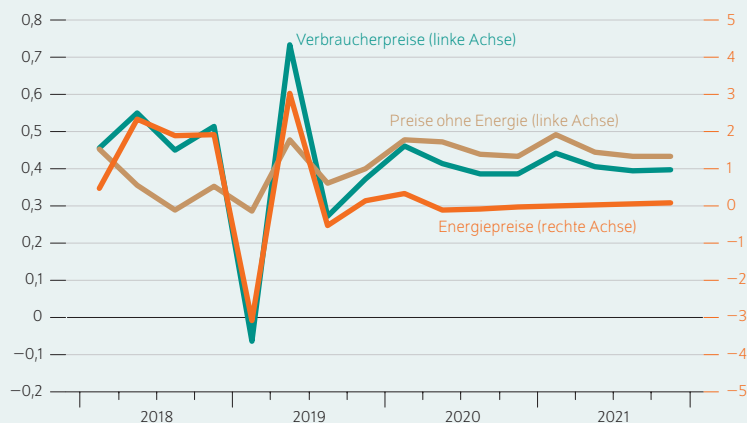
Auerbach & Yuriy Gorodnichenko (2012): Fiscal Multipliers in Recession and Expansion. NBER Chapters, in: Fiscal Policy after the Financial Crisis, 63–98.

dürfte im Juli und August die Zahl der Arbeitslosen um jeweils 2000 Personen zugelegt haben. Angestiegen ist vor allem die Zahl der Arbeitslosen mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I, während die Zahl der BezieherInnen von Hartz IV rückläufig war. Auch im kommenden Quartal dürfte die Arbeitslosigkeit weiter leicht zulegen, darauf deutet etwa die Arbeitslosigkeitskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarmeters hin. Erst danach dürfte sie wieder etwas zurückgehen, wenn mit einem höheren

Abbildung 4

Verbraucherpreise: Gesamt, Energie und Gesamt ohne Energie

Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal, in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Preise ohne Energie steigen allmählich.

Insgesamt sind in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich jeweils rund 2,3 Millionen Personen arbeitslos, im Jahr 2021 werden es voraussichtlich 2,1 Millionen Menschen sein (Tabelle 3). Dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,0 Prozent im laufenden, 4,9 Prozent im kommenden Jahr und 4,7 Prozent im Jahr 2021.⁴

Die Bruttolöhne dürften im laufenden Jahr um rund drei Prozent steigen und damit etwas weniger zulegen als im Vorjahr (Tabelle 4). Die Tariflöhne (einschließlich Sonderzahlungen)⁵ steigen mit 3,2 Prozent sogar etwas kräftiger. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt der Einführung des tariflichen Zusatzgelds in der metallverarbeitenden Industrie geschuldet. Im kommenden Jahr bleibt die Lohnentwicklung in etwa stabil: Zwar befinden sich ArbeitnehmerInnen bei nach wie vor knappem Arbeitsangebot und hoher Beschäftigung weiterhin in einer guten Verhandlungsposition, jedoch dürfte die schwächere konjunkturelle Entwicklung dämpfend wirken. Überdies werden die Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen darauf verweisen, dass die Umstellung bei der Finanzierung der Krankenversicherung zugunsten der abhängig Beschäftigten zu höheren Lohnkosten geführt hat.

In realer Rechnung – abzüglich der Inflationsrate – dürften die Zuwächse der Bruttomonatslöhne im laufenden Jahr bei rund 1,6 Prozent liegen und im Prognosezeitraum etwas nachgeben. Damit werden sie wohl – insbesondere im Jahr 2019 – deutlicher zulegen als die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2017	2018	2019	2020	2021
Erwerbstätige im Inland	44,25	44,85	45,24	45,43	45,63
Selbständige und mithelfende Familienangehörige sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4,31	4,22	4,17	4,13	4,10
BeamtenInnen, RichterInnen, Zeit- und BerufssoldatInnen	1,84	1,84	1,84	1,84	1,84
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,74	4,67	4,59	4,53	4,47
Sonstige	1,09	1,12	1,13	1,13	1,15
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,12	-0,14	-0,15	-0,15	-0,15
Erwerbstätige Inländer	44,13	44,71	45,09	45,28	45,48
Erwerbslose	1,62	1,47	1,36	1,31	1,21
Erwerbspersonen	45,75	46,18	46,45	46,59	46,69
Nachrichtlich:					
Arbeitslose	2,53	2,34	2,27	2,27	2,16
Arbeitslosenquote BA ¹ (Prozent)	5,7	5,2	5,0	4,9	4,7
Arbeitslosenquote SGB ² (Prozent)	7,3	6,6	6,3	6,3	6,0
Erwerbslosenquote VGR ³ (Prozent)	3,5	3,2	2,9	2,8	2,6
Erwerbslosenquote ILO-Statistik (Prozent)	3,8	3,4	3,1	3,0	2,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	41,5	41,7	42,3	42,5	42,7

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Produktionswachstum auch die Nachfrage nach Arbeit wieder leicht steigt. Insbesondere im Jahr 2021 dürfte die Arbeitslosigkeit wieder stärker sinken, da dann der Anstieg des Erwerbspersonenpotentials deutlich geringer ausfällt als der Zuwachs von Erwerbstätigen.

Konsum: Finanzpolitik stimuliert

Die derzeitige konjunkturelle Abschwächung trübt die Stimmung der VerbraucherInnen und dämpft vorübergehend deren Ausgaben. Nach wie vor profitieren die privaten Konsumausgaben aber weiter von der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt – wenngleich auch dies nicht mehr in dem Maße wie in den vergangenen Jahren. Unter dem Strich fällt das Plus bei der Lohnsumme mit 3,3 Prozent in den beiden kommenden Jahren – nicht mehr ganz so kräftig aus. Netto steigt die Lohnsumme in allen Jahren des Prognosezeitraums allerdings stärker als brutto, weil die finanzpolitischen Maßnahmen die Abgaben reduzieren: So hat zum Jahresauftakt 2019 die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassenbeiträge die Sozialbeiträge der ArbeitnehmerInnen spürbar gesenkt, hinzu kamen Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression. Auch für das kommende Jahr sind entsprechende Maßnahmen wie die teilweise Streichung des Solidaritätszuschlags geplant.

⁴ Das 68-Prozent-Konfidenzintervall, das sich aus den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ergibt, liegt dieses Jahr zwischen 4,9 Prozent und 5,0 Prozent; für das kommende Jahr liegt es zwischen 4,8 Prozent und 5,1 Prozent.

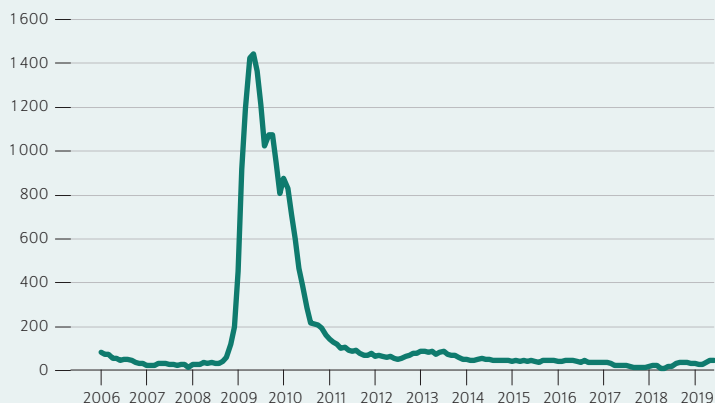
⁵ Für die Jahre 2020 und 2021 liegen bereits für rund 73 beziehungsweise 24 Prozent der Beschäftigten (in tarifgebundenen Unternehmen) gültige Tarifverträge vor. Auslaufende Tarifverträge werden im Normalfall nicht nahtlos verlängert. Deswegen liegt der Anteil der ArbeitnehmerInnen mit gültigen Tarifverträgen durchschnittlich bei 83 Prozent. Im zweiten Halbjahr des laufenden Jahres ist dieser Anteil mit 92 Prozent bereits jetzt außergewöhnlich hoch.

Abbildung 5

Kurzarbeit

In Tausend Personen, nur § 96 Rechtskreis SGB III

ab 2006



Quellen: Deutsche Bundesbank, Berechnungen des DIW Berlin.

ab 2013



© DIW Berlin 2019

Die Kurzarbeit stieg in den letzten Monaten zwar an, befindet sich aber weiterhin nahe ihrer historischen Tiefstände.

Aber auch steigende Sozialleistungen, etwa durch die Ausweitung der Mütterrente zur Mitte dieses Jahres, erhöhen die Einkommen. In der Summe steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,8 Prozent in diesem Jahr, um 3,6 Prozent im Jahr 2020 und um 3,3 Prozent im Jahr 2021. Ein guter Teil der Steuerentlastungen und der zusätzlichen Transferleistungen dürfte zwar gespart werden; ein großer Effekt auf die Sparquote dürfte sich aber nicht einstellen, da die Maßnahmen auf Dauer angelegt sind. Bei weiter verhaltener Teuerung von Waren und Dienstleistungen ergeben sich somit spürbare Realeinkommenszuwächse, die den privaten Konsum ankurbeln. In diesem Jahr dürfte er zwar nur um 1,4 Prozent steigen, was aber vor allem an vorübergehenden Ölpreisanstiegen lag, die die Kaufkraft im zweiten Quartal deutlich belastet haben. In den kommenden beiden Jahren fallen die Zuwächse beim privaten Verbrauch mit 1,7 Prozent überdurchschnittlich hoch aus.

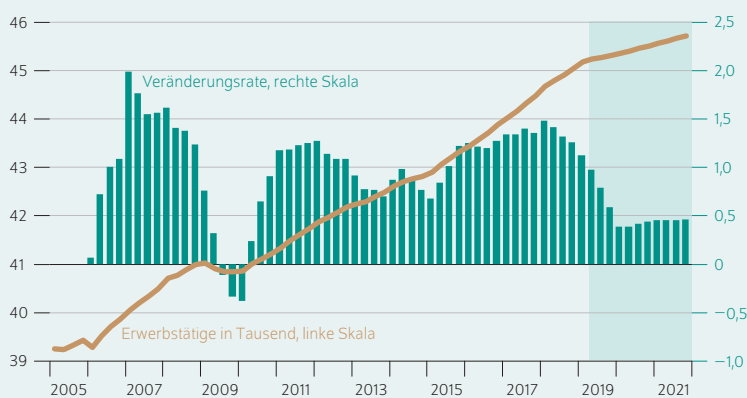
Ausrüstungsinvestitionen: Deutliche Schwächesignale

Die Investitionen der privaten Unternehmen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge entwickelten sich bis zum Frühjahr trotz der deutlichen konjunkturellen Abkühlung in der Industrie weiter robust. Im zweiten Quartal brachen sie aber erheblich ein. Nur dank eines kräftigen Investitionsschubs des Staats – eine Ausweitung von rund 45 Prozent gegenüber dem Vorquartal – stiegen die gesamten Ausrüstungsinvestitionen noch mit rund 0,6 Prozent weiter an. Die Nachfrageschwäche des Auslands und politische Unwägbarkeiten drücken auf die Zuversicht der Unternehmen hierzulande und damit auf deren Investitionsbereitschaft.

Abbildung 6

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

Trotz nachlassender Zuwächse ist die Erwerbstätigkeit weiterhin aufwärtsgerichtet.

Diese dürfte sich auf kurze Sicht – trotz der anhaltend günstigen externen Finanzierungsbedingungen – kaum merklich erholen. Derzeit sinken im Zuge der konjunkturellen Flaute bei nach wie vor kräftigen Lohnanstiegen die Gewinne, was die Innenfinanzierung der Unternehmen schwächt. Die Unternehmensstimmung und vor allem die Exporterwartungen trüben sich immer weiter ein. Auch die Bestellungen neuer Ausrüstungen aus dem Inland gehen im laufenden Jahr deutlich zurück. Dies ist auch auf die erheblich

Kasten 3

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die Geldpolitik der EZB bleibt expansiv ausgerichtet, die Kapitalmarktzinsen in Deutschland bleiben negativ. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; Stichtag ist der 23. August – für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,12 US-Dollar je Euro für dieses Jahr und von 1,11 für die beiden kommenden

Jahre. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen; im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise in Euro gerechnet gemäß dieser Annahme in diesem und im kommenden Jahr jeweils um etwa sieben Prozent niedriger, im Jahr 2021 um gut zwei Prozent. Die Tarifföhne auf Stundenbasis legen in den Jahren 2019 und 2020 jeweils um über drei Prozent zu; der Anstieg schwächt sich im Jahr 2021 etwas, auf dann 2,6 Prozent, ab.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2019	2020	2021
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,0
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,4	-0,4	-0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit zehnjähriger Restlaufzeit	0,4	0,1	0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit zehnjähriger Restlaufzeit	-0,3	-0,5	-0,3
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,12	1,11	1,11
Tarifliche Monatslöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	3,2	3,1	2,6
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	63,4	58,0	56,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	56,6	52,3	51,2

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Im Jahr 2019 ergibt sich ein fiskalischer Impuls von gut 24 Milliarden Euro, insbesondere durch die Umsetzung vieler im Koalitionsvertrag vereinbarter Maßnahmen. Im nächsten Jahr wird der Expansionsgrad dann etwas abnehmen, aber mit gut 16 Milliarden Euro noch hoch sein, die sich vor allem aus Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression, höheren Grund- und Kinderfreibeträgen, dem Alterseinkünftegesetz und wohl auch einer erhöhten Investitionstätigkeit zusammensetzen. Im Jahr 2021 ergibt sich insgesamt ein Impuls von 20 Milliarden Euro, der zur Hälfte allein schon auf die teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags zurückzuführen ist. Zudem wird auch das Kindergeld erneut angehoben. Der finanzpolitische Impuls liegt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr bei 0,7 Prozentpunkten. Für die Jahre 2020 und 2021 werden weitere expansive Impulse in Höhe von 0,5 Prozentpunkten des nominalen Bruttoinlandsprodukts erwartet.

gestiegene politische Unsicherheit zurückzuführen, die sich annahmegemäß erst allmählich reduziert. Hinzu kommt, dass die Auslastung der Produktionskapazitäten spürbar zurückgeht und nunmehr in etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Impulse sind in den kommenden Jahren hingegen von der Finanzpolitik zu erwarten, die in den Jahren 2020 und 2021 auch die private Investitionstätigkeit anschieben dürfte (Kasten 3).⁶

Bauinvestitionen: Weiterhin gute Geschäfte

Die Baukonjunktur in Deutschland floriert weiter. Vor allem für den Wohnungsbau ist im Prognosezeitraum weiterhin mit einem ungebrochenen Aufwärtstrend zu rechnen – im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau bleiben die Zuwächse etwas hinter denen der Vorjahre zurück.

Nach wie vor sind die Bedingungen für Wohnungsbauinvestitionen attraktiv: Die Haushalte profitieren weiter von der günstigen Einkommensentwicklung der vergangenen Jahre und dem hohen Beschäftigungsstand. Zudem gibt es neben dem Baukindergeld erhebliche weitere finanzpolitische Impulse, die nicht nur das Einkommen der privaten Haushalte, sondern auch direkt die Wohnungsbautätigkeit,

zumindest die Modernisierung, anregen dürften. Ohnehin günstig sind die Zinsen für Wohnungsbaukredite. Diese haben zu Jahresmitte ein neues Rekordtief erreicht, vereinzelt werden sogar Kredite mit negativen Zinsen angeboten. Ein großer Teil der zusätzlichen Nachfrage dürfte allerdings zu höheren Preisen führen und weniger in eine real steigende Nachfrage münden. Dies zeigen die Baugenehmigungen, nach denen der Neubauboom allmählich ein Ende finden wird. Während die Zahl genehmigter Wohnungen bereits seit Mitte des Jahres 2016 stagniert, steigen die veranschlagten Baukosten bei neu gestellten Genehmigungen kontinuierlich. In diesem Jahr werden die Wohnungsbauinvestitionen voraussichtlich um 4,0 Prozent zulegen. In den beiden kommenden Jahren um 4,0 beziehungsweise 3,1 Prozent (Tabelle 5).

Der Wirtschaftsbau dürfte unter der konjunkturellen Abkühlung leiden. Gerade die auf den Export spezialisierten Unternehmen dürften trotz niedriger Zinsen ihre Bauinvestitionen zurückstellen und die weitere konjunkturelle Entwicklung abwarten. Die Dienstleister mit ihren Büro- und Verwaltungsgebäuden hingegen dürften die Baukonjunktur anschieben, was sich in der steigenden Zahl von Neubaugenehmigungen zeigt. Der Trend der Neuaufrträge im gewerblichen Tiefbau zeigt ebenso klar aufwärts. Dies dürfte auch den zusätzlichen Mitteln für die Deutsche Bahn und dem

⁶ Clemens, Goerge und Michelsen (2019), a. a. O.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2018

	2019	2020	2021
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Alterseinkünftegesetz	–1,4	–2,8	–4,3
Erhöhung des Kindergelds 2019 und 2021	–1,1	–1,9	–3,8
sonstige steuerliche Maßnahmen ³	–1,6	–1,5	–1,5
Altkapitalerstattungen 2008 und 2009	0,1	0,0	0,0
Erhöhung des Grundfreibetrags 2019 und 2020	–1,2	–3,2	–3,5
Erhöhung der Kinderfreibeträge 2019 und 2020	0,0	–0,3	–0,7
Tarifverschiebung 2019 und 2020	–1,8	–3,9	–4,3
Steuerliche Förderung von F&E-Ausgaben			–1,1
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus			–0,1
Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet	–0,6	–0,8	–0,8
Kfz-Steuer: Abgaswerteneuberechnung	0,1	0,2	0,2
LKW-Maut (Ausweitung auf alle Bundesstraßen und Anhebung der Mauttarife zum 1. Januar 2019)	1,8	1,9	1,9
Rückführung Fluchthilfemaßnahmen	0,2	0,3	0,3
Teilweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags			–9,8
Steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus			–0,1
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte zum 1. Januar 2019	7,2	7,4	7,4
Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte im Jahr 2019	–5,9	–6,1	–6,1
Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs zum 1. Januar 2019	–0,2	–0,4	–0,4
Änderung der Bemessungsgrundlage von Selbstständigen in der gesetzlichen Krankenversicherung	–0,8	–0,8	–0,8
Senkung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages der GKV um 0,1 Prozentpunkt zum 1. Januar 2019	–0,9	–1,0	–1,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung		–0,3	0,0
Angehörigentlastungsgesetz	0,0	–0,3	0,1
Parität beim Zusatzbeitrag zur GKV: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst	–0,9	–0,9	–0,9
Beihilfen aufgrund von Ernteaussfällen von Bund und Ländern		0,2	0,2
Baukindergeld	–0,3	–0,7	–1,0
Starke-Familien-Gesetz	–0,2	–0,9	–0,8
Erhöhung des Kindergeldes um 10 Prozent/Monat ab dem 1. Juli 2019	–1,1	–1,9	–1,9
Erhöhung des Wohngeldes ab 1. Januar 2020	0,0	–0,2	–0,3
Aufstockung des BAFöG	–0,2	–0,6	–0,8
Aufstiegsfortbildung in der beruflichen Bildung	0,0	–0,1	–0,3
Teilhabechancengesetz	–0,6	–0,7	–0,8
Familiengeld in Bayern	–0,5	–0,5	–0,5
Verteidigung	–3,0	–3,7	–4,0
Mehrausgaben für Entwicklungshilfe	–1,0	–1,3	–1,4
Mehrpersoneleinnahme innere Sicherheit	–0,3	–0,6	–0,9
Gute-KiTa-Gesetz	–0,5	–1,0	–2,0
Regionale Strukturpolitik	–0,1	–0,3	–0,5
Zusätzliche investive Ausgaben ⁴	–1,8	–4,0	–6,1
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung ⁵	–0,8	–1,0	–1,0
Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der ALV	–0,1	0,0	0,0
Anpassung der Renten Ost	–0,4	–1,0	–1,3
Erhöhung der Zurechnungszeit der Erwerbsminderungsrente	–0,1	–0,3	–0,4
Mütterrente II	–3,8	–3,9	–3,9
Pflegepersonalstärkungsgesetz	–0,5	–1,4	–2,0
Parität beim Zusatzbeitrag GKV: Beiträge der Rentenversicherung zur Krankenversicherung der Rentner	–1,4	–1,4	–1,4
Insgesamt	–22,7	–38,7	–59,1
Insgesamt pro Jahr	–22,7	–15,9	–20,5
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	–0,7	–0,5	–0,6

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr

3 Steuerrechtsänderungen, u.a. Reform der Investmentbesteuerung, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassung, Neuregelung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Betriebsrentenstärkungsgesetz

4 Fonds für Breitbandausbau, Digitalpakt Schule, Kaufbonus E-Mobilität, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Kommunalinvestitionsförderungsfonds, KI-Strategie, Ausbau DB-Netz, Programm Innovation & Strukturwandel

5 Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung, Arzneimittel-Versorgungsstärkungsgesetz (AMVSG), Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung (GSAV), Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung, Termin- und Versorgungsgesetz

Quelle: Bundesregierung; DIW Herbstgrundlinien 2019.

Tabelle 4

Lohnentwicklung in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2017	2018	2019	2020	2021
Verdienst					
je ArbeitnehmerIn	2,6	3,2	3,0	2,8	2,7
je Stunde	2,6	3,0	3,1	2,2	2,6
Lohn drift					
Monat	-0,3	0,5	0,3	0,2	0,3
Stunde	-0,3	0,4	0,4	-0,4	0,2
Tariflohn (ohne Sonderzahlungen)					
je Monat	2,9	2,6	2,7	2,6	2,4
je Stunde	2,9	2,6	2,7	2,4	2,4
durchschnittliche Arbeitszeit	0,1	0,1	-0,1	0,6	0,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Tabelle 5

Reale Bauinvestitionen

Konstante Preise, Veränderung in Prozent

	2018	2017	2018	2019	2020	2021
	Anteile in Prozent	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr				
Wohnungsbau	61,0	0,6	3,0	4,0	4,0	3,1
Nichtwohnungsbau	39,0	0,9	1,7	3,6	2,2	1,9
Gewerblicher Bau	27,0	1,1	0,6	4,8	2,6	1,5
Öffentlicher Bau	12,01	0,6	4,3	0,7	1,4	2,6
Bauinvestitionen	100,0	0,7	2,5	3,9	3,3	2,6
Ausrüstungen		4,0	4,4	1,8	2,6	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Breitbandausbau geschuldet sein. Unter dem Strich dürfte der gewerbliche Nichtwohnungsbau aufgrund des starken Jahresbeginns 2019 um 4,8 Prozent, im nächsten Jahr um 2,6 Prozent und im Jahr 2021 um 1,5 Prozent expandieren.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen sind es die Kommunen, deren Investitionsbereitschaft und Möglichkeiten angesichts der Überschüsse in den Kassen immer weiter steigen. Darüber hinaus hat der Bund Gelder für die Sanierung der Schulinfrastruktur bereitgestellt. Die Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds sind unterdessen weitestgehend verplant und werden voraussichtlich in den kommenden beiden Jahren sukzessive abgerufen werden. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften in diesem Jahr um 0,7 Prozent zulegen, im kommenden um 1,4 Prozent und im Jahr 2021 um 2,6 Prozent.

Die Preisdynamik bleibt in allen Bereichen hoch, vor allem bei den mit öffentlichen Mitteln finanzierten Bauvorhaben. Dies spiegelt die hohe Auslastung, aber auch die gestiegenen Kosten des Faktors Arbeit wider. Die kräftigen Lohnabschlüsse übersteigen weiterhin die Produktivitätszuwächse. Für dieses Jahr kann mit Preissteigerungen um 4,5 Prozent

und für die kommenden beiden Jahre in der Größenordnung von gut 3,5 Prozent gerechnet werden.

Außenhandel: Export leidet unter globaler Nachfrageschwäche

Das erste Halbjahr verlief für die Exporte durchwachsen. Zwar konnten die Ausfuhren im ersten Quartal noch recht kräftig zulegen. Da sie aber im zweiten Halbjahr 2018 bereits geschwächt hatten, ist dieser Zuwachs eher als Aufholeffekt zu betrachten. Im zweiten Quartal 2019 schlug die Abkühlung des Welthandels wieder voll durch und bescherte den deutschen Exporten ein Minus von 1,3 Prozent. Sie sind damit kalender- und saisonbereinigt auf das Niveau des Vorjahresquartals zurückgefallen. Dass der deutsche Außenhandel so empfindlich auf die globale Nachfrageschwäche reagiert, liegt an der sich verändernden Zusammensetzung der Nachfrage: Im zweiten Quartal sank insbesondere die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern sowie von Maschinen und elektronischen Erzeugnissen – Gütergruppen, die traditionell einen großen Anteil an den deutschen Ausfuhren haben. Dagegen stieg die Nachfrage nach Konsumgütern, die einen zunehmenden Anteil am Welthandel, aber nur einen kleineren Teil des deutschen Exportgeschäfts ausmachen. Diese Entwicklung dürfte nicht zuletzt Folge des weiter eskalierenden Handelsstreits zwischen den USA und China und des bevorstehenden Brexits sein, die eine sich ohnehin vollziehende Abkühlung der Weltkonjunktur verstärken.

Zwar sind die direkten Auswirkungen dieser Konflikte bisher als eher gering einzustufen: Vom Handelsstreit ist Deutschland noch nicht direkt betroffen, und Vorzieheffekte angesichts des nahenden Brexits haben die deutschen Exporte im ersten Quartal sogar beleben können. Hingegen dürften die indirekten Effekte, in Form von gestiegener Unsicherheit und Investitionszurückhaltung, einen größeren Anteil an der derzeitigen Schwächephase haben. Allerdings sollten diese politischen Konflikte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Welthandel insgesamt und vielerorts die Industrieproduktion abschwächen, was die Exportnation Deutschland empfindlich zu spüren bekommt.

Diese Grunddynamik dürfte auch die Entwicklung im zweiten Halbjahr prägen. Zwar laufen die Verhandlungen zwischen der EU und den USA, um neue Zölle zu verhindern, aber der Ausgang ist völlig offen. Ein unregelmäßiger Brexit wird dagegen immer wahrscheinlicher (Kasten 5). Der Ausgang dieser Konflikte wird die Stimmung an wichtigen deutschen Absatzmärkten entscheidend beeinflussen. Mit wieder etwas steigender Auslandsnachfrage dürfte sich der deutsche Außenhandel im nächsten Jahr etwas erholen.⁷ Zwar ist nicht mit Wachstumsraten wie beispielsweise in den Jahren 2016/17 zu rechnen, aber eine Belebung nach dem insgesamt voraussichtlich schwachen Exportjahr 2019 ist für den weiteren Prognosezeitraum zumindest in Sicht.

⁷ Vgl. den ersten Bericht in dieser Ausgabe.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2011 bis 2021

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen		
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	2,3	-0,9	11,2
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	2,2	0,0	10,1
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	2,2	0,0	8,0
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	2,1	0,6	7,1
2015	45,0	23,0	16,5	44,0	1,4	2,1	0,9	6,1
2016	45,5	23,3	16,7	44,3	1,2	2,2	1,2	5,2
2017	45,7	23,6	16,9	44,4	1,1	2,2	1,2	4,5
2018	46,4	23,9	17,1	44,6	0,9	2,3	1,9	4,0
2019	46,6	23,9	17,4	45,2	0,8	2,4	1,4	3,6
2020	46,5	23,7	17,5	45,6	0,8	2,5	0,9	3,3
2021	46,2	23,3	17,6	45,9	0,7	2,6	0,3	3,1

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium der Finanzen; DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Auch die Importe haben nach einem ordentlichen Jahresauftakt im zweiten Quartal nachgelassen. Hier macht sich der hohe Importanteil an deutschen Exportgütern bemerkbar. Wie schon bei den Exporten hat indes die Einfuhr von Konsumgütern zugelegt. Das dürfte auch im weiteren Prognosezeitraum – nicht zuletzt wegen der stimulierenden Finanzpolitik – so bleiben (Kasten 2).

Der Ölpreis hatte – auch wegen der politischen Spannungen zwischen den USA und Iran – im April sein vorläufiges Jahreshoch erreicht. Die Importpreise sind daher im zweiten Quartal gestiegen. Bei unveränderten Exportpreisen hat sich daher eine Verschlechterung der Terms of Trade ergeben. Da die Ölpreise inzwischen langsam sinken und die Exportpreise sich weiterhin wenig bewegen, ist für das dritte Quartal aber wieder mit einer Verbesserung zu rechnen. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im Prognosezeitraum weiter sinken und unter die Fünf-Prozent-Marke fallen.

Öffentliche Finanzen: Hohe Überschüsse schmelzen bis 2021 deutlich ab

Im ersten Halbjahr 2019 erzielte der Staat einen Überschuss in Höhe von gut 45 Milliarden Euro. Dieser ist um rund sechs Milliarden Euro niedriger als im Vorjahreshalbjahr. Rund 40 Prozent, also 18 Milliarden Euro, gehen davon auf Überschüsse im Bundeshaushalt zurück.

Im Prognosezeitraum dürfte der Finanzierungssaldo des Gesamtstaates zwar weiterhin positiv bleiben, denn der Staat wird wohl trotz einer im Vergleich zum Jahr 2018 schwächeren wirtschaftlichen Grunddynamik sowie einer Reihe von durchgeführten und geplanten expansiv wirkenden Maßnahmen weiterhin Überschüsse generieren (Tabelle 6). Allerdings dürfte der aktuell hohe Überschuss bis zum Jahr 2021

deutlich abschmelzen. Dies gilt insbesondere für den Bundeshaushalt, dessen Einnahmen durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags um knapp zehn Milliarden Euro geringer ausfallen dürften.

Insgesamt folgen die Staatseinnahmen weitestgehend dem konjunkturellen Muster, welches trotz schwächerer Industrieproduktion weiterhin durch eine relativ robuste Arbeitsmarktentwicklung gekennzeichnet ist. Die Lohnsteuereinnahmen dürften deshalb in diesem Jahr weiterhin deutlich ansteigen. Erst im nächsten Jahr wird sich die Dynamik abschwächen, da die Maßnahmen des verabschiedeten Familienentlastungsgesetzes eine nochmalige Anhebung der Grund- und Kinderfreibeträge sowie eine weitere Verschiebung der Tarifeckwerte im Jahr 2020 vorsehen. Beides reduziert die Einnahmen insgesamt um rund 4,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2021 steigen die Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern zwar weiterhin, allerdings dürfte die Zuwachsrate infolge der Abschaffung des Solidaritätszuschlags deutlich geringer sein.

Die Unternehmenssteuern, insbesondere die Körperschafts- und Gewerbesteuern, werden wohl nach Verlusten in der ersten Jahreshälfte die Jahreseinnahmen dämpfen. Im nächsten Jahr werden sie dann wohl wieder leicht positiv zum öffentlichen Einnahmenezuwachs beitragen. Bei den Sozialbeiträgen wirkt die dynamische Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre bis zuletzt nach. Sie werden auch von verschiedenen – sich teilweise kompensierenden – Effekten beeinflusst: Im laufenden Jahr steht der Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung ein entsprechender Anstieg in der Pflegeversicherung gegenüber. Da der Personenkreis der Pflegeversicherten höher ist, folgen daraus Mehreinnahmen, die allerdings durch die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeglichen werden. Diese ist zwar für sich genommen aufkommensneutral, belastet aber

Kasten 4

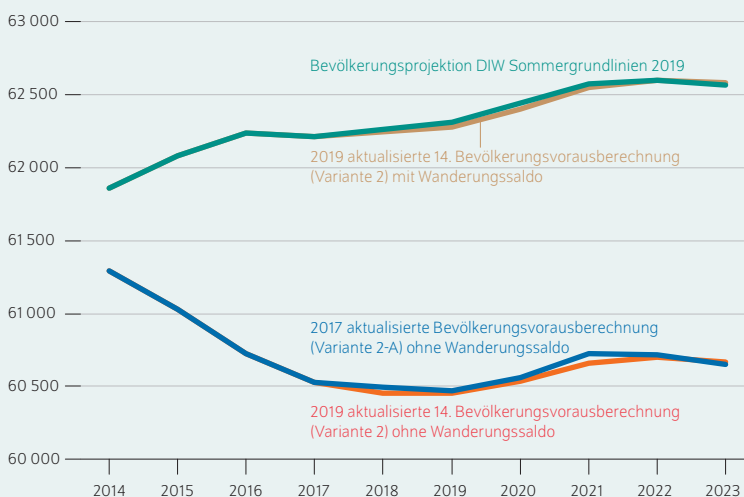
Produktionspotential

Die Berechnung des Produktionspotentials orientiert sich grundlegend an dem Verfahren, das von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.¹ Dieses basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapitalstock und der totalen Faktorproduktivität (TFP). Absehbare demografische Struktureffekte werden berücksichtigt, indem die Entwicklung der Partizipationsquote für unterschiedliche Alterskohorten getrennt nach Geschlecht und Herkunftsgruppen (Deutsche, EU, Nicht-EU) fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden.²

Abbildung

Bevölkerungsvorausberechnung in Deutschland

Bevölkerung in Tausend im Alter von 15 bis 74 Jahren



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Der Wanderungssaldo geht künftig etwas zurück.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Anders als in den Jahren zuvor wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter an die aktualisierte Bevölkerungsprojektion (Variante 2) des Statistischen Bundesamts angepasst (Abbildung). In den Jahren zuvor hat das DIW Berlin in den Grundlinien auf der Bevölkerungsprojektion ohne Wanderungssaldo aufgebaut und den Wanderungssaldo anhand aktueller Zahlen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fortgeschrieben. Die Nettozuwan-

derung wird damit ähnlich wie in den Sommergrundlinien von rund 360 000 Personen im Jahr 2020 auf 250 000 im Jahr 2024 sinken. Der tatsächliche Wanderungssaldo für das Jahr 2018 betrug rund 400 000 Personen. Mit gut 200 000 Personen kommt der Großteil des Wanderungsgewinnes weiterhin aus den übrigen EU-Ländern, rund 35 000 Personen weniger als im Jahr 2017.³ Die Nettozuwanderung aus Drittstaaten liegt ebenfalls bei rund 200 000 Personen und damit gut 20 000 Personen mehr als im Jahr 2017. Es wird angenommen, dass der gesamte Wanderungssaldo bis 2024 weiter zurückgeht.⁴ Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung bei den Zuwanderern war über die letzten Jahre konstant und wird demnach mit den aktuellen Werten fortgeschrieben.⁵ Insgesamt können die hohen positiven Wanderungssalden zwar den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung in der kurzen Frist bis 2021 gerade so kompensieren. In der Mittelfrist ab dem Jahr 2022 dürften Wanderungsgewinne allerdings nicht mehr ausreichen.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote wird getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Für Geflüchtete ergibt sie sich aus einem kalibrierten Suchmodell. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hilfe eines Alterskohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen separat nach Geschlecht und Herkunft fortgeschrieben. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung wird anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung berechnet. Sie steigt von über 74,5 Prozent im Jahr 2019 mit einer abnehmenden Zuwachsrate um ein Fünftel Prozentpunkte bis 2021 an. Zum Ende des Projektionszeitraumes geht sie dann zurück.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)

Die NAWRU im Projektionszeitraum ergibt sich als gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote, die über die Mittelfrist konstant ist. Die strukturelle Erwerbslosenquote liegt im Jahr 2019 bei 3,3 Prozent und geht bis 2024 auf 2,8 Prozent zurück. Ein Grund hierfür ist nicht nur, dass verglichen mit dem heutigen Stand immer mehr Geflüchtete eine Arbeitsstelle finden, sondern dass auch

³ Siehe Destatis (2019): Zuwanderung 2018: Deutschland wächst um 400 000 Menschen. Pressemitteilung Nr. 271 vom 16. Juli 2019 (online verfügbar).

⁴ Siehe zu potentiellen Ursachen Kasten Zuwanderung in Claus Michelsen et al. (2019): Deutsche Wirtschaft derzeit besser als ihr Ruf: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2019. DIW Wochenbericht Nr. 24, 424 (online verfügbar).

⁵ Rund 90 Prozent der EU-Zuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter. Bei der Nicht-Erwerbszuwanderung beträgt der Anteil 71 Prozent. Siehe Statistisches Bundesamt (2019): Fachserie 1, Reihe 2. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2018.

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. EU Commission, European Economy – Economic Papers 420 (online verfügbar).

² Siehe Ferdinand Fichtner et al. (2017): Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet: Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017. DIW Wochenbericht Nr. 36 (online verfügbar).

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2013–2018	2018–2024
Produktionspotential	1,6	1,4
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,6	0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,5
Totale Faktorproduktivität	0,6	0,6

Anmerkung: Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

immer mehr ältere Langzeitarbeitslose in Rente gehen und junge Arbeitssuchende aufgrund der aktuellen relativ günstigen Arbeitsmarktlage nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit fallen.

Kapitalstock

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand Nettoinvestitionszuwächsen fortgeschrieben. Zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird bis 2020 an den Wert aus der kurzen Frist angepasst und anschließend konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

die Rentenversicherung und den Staat als Arbeitgeber. Im kommenden Jahr verringert sich der Anstieg der Sozialbeiträge im Zuge der etwas moderateren Lohn- und Beschäftigungsdynamik. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen im Prognosezeitraum wohl jahresdurchschnittlich um 2,7 Prozent zunehmen.

Auf der Ausgabenseite werden die Arbeitnehmerentgelte des Staates aufgrund von Tariflohnsteigerungen und des Beschäftigungsaufbaus über den Prognosezeitraum, insbesondere in den Bereichen Pflege und innere Sicherheit, weiter deutlich expandieren. Generell wird die Neu- und Wiederbesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst durch das zunehmend knappe Arbeitsangebot aber schwieriger, so dass sich die Dynamik zum Ende des Prognosezeitraums abschwächen dürfte. Die sozialen Sachleistungen dürften im Zuge von Maßnahmen wie dem Pflegepersonalstärkungsgesetz und dem Terminservice- und Versorgungsgesetz weiter steigen. Auch bei den Vorleistungen ist infolge verschiedener beschlossener Maßnahmen, wie dem Digitalpakt Schule und dem Gute-Kita-Gesetz, ein deutlicher Anstieg der Ausgaben in diesem Jahr zu erwarten. In den nächsten

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2024 dürfte bei einem Drittel Prozentpunkt liegen. Bis 2021 sollte sie hauptsächlich durch den Anstieg der Partizipationsquote und die sinkende NAWRU getrieben werden, danach wird erwartet, dass sie vor allem durch eine sinkende Partizipationsquote beeinflusst wird. Die durchschnittliche trendmäßige Arbeitszeit steigt leicht über den Zeitraum. Außerdem wird auch der Zuwachs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Durchschnitt bis 2022 positive Wachstumsimpulse liefern, danach wird er auf das Arbeitsvolumen negativ wirken (Tabelle). Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2024 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von einem Fünftel Prozentpunkt leisten. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks ist mit 1,4 Prozentpunkten ungefähr gleich der Wachstumsrate des Produktionspotentials. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von rund zwei Drittel Prozentpunkten ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2024 um jahresdurchschnittlich 1,4 Prozent zunehmen wird. Allerdings verlangsamt sich das Tempo deutlich, mit dem das Potential in der kurzen Frist wächst, so dass es zum Ende des Mittelfristzeitraums demografisch bedingt bei leicht über einem Prozent liegt.

Jahren dürfte der zusätzliche Impuls geringer ausfallen, so dass sich die Dynamik leicht abschwächt.

Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr infolge von Leistungsausweitungen wie der Erweiterung der Mütterrente und der Erhöhung des Kindergelds deutlich ansteigen. Die Maßnahmen des Starke-Familien-Gesetz, darunter die Erhöhung des Kinderzuschlags und die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Teilhabe, sowie die BAföG-Reform, das Angehörigenentlastungs- und das Wohngeldstärkungsgesetz erhöhen die Ausgaben insbesondere im kommenden Jahr, wobei der Impuls in Summe deutlich geringer sein dürfte als im laufenden Jahr. Im Jahr 2021 dürften die Transferleistungen abermals durch eine Kindergelderhöhung, diesmal um 15 Euro pro Monat und Kind, ansteigen. Hingegen dürften die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitslosengeld II angesichts der etwas verbesserten Arbeitsmarktlage leicht zurückgehen.

Die Zinsausgaben dürften angesichts der jüngst verkündeten Fortführung des geldpolitischen Niedrigzinskurses weiter sinken, denn die Refinanzierung der Staatsschulden

Kasten 5

Folgen eines harten Brexit für die deutsche Konjunktur

Die künftigen wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union sind trotz einer Verschiebung des Brexit-Datums auf Ende Oktober weiterhin unklar. Der hier vorgestellten Prognose liegt im Basisszenario daher die technische Annahme unveränderter wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen bis zum Ende des

Prognosezeitraums zugrunde. Diese Annahme ist sowohl mit dem Szenario eines geregelten Austritts zum 31. Oktober, als auch mit dem Fall einer erneuten Verschiebung des Austrittstermins vereinbar. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit eines „harten Brexit“, also eines Austritts ohne Abkommen, unter der seit Juni 2019 neu aufgestellten britischen Regierung deutlich gestiegen. Im Folgenden wird daher untersucht, wie stark die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von einem harten Brexit betroffen wäre. Hierbei sind nur Effekte berücksichtigt, die sich ausgehend von einer Reduktion des bilateralen Warenhandels beider Länder ergeben.

Modell

Zur Quantifizierung der realwirtschaftlichen Effekte wird für Deutschland ein vektorautoregressives (VAR) Modell geschätzt. Die Variablen dieses Modells umfassen Eurostat-Daten zum realen Bruttoinlandsprodukt, zu Konsumentenpreisen und zur Arbeitslosenquote, Daten der EU-Kommission zum nominalen effektiven Wechselkurs des Euro gegenüber 42 Handelspartnern sowie einen Index der bilateralen realen Warenexporte nach Großbritannien und die Warenexporte in den Rest der Welt (Destatis).¹ Zudem enthält das Modell einen kurzfristigen Zinssatz, welcher bis Ende des Jahres 2008 dem Eonia-Zinssatz der Europäischen Zentralbank entspricht und ab Jahresbeginn 2009 dem Schattenzinssatz gemäß der Methodik von Xia und Wu (2017).² Für die Schätzung werden bis auf die Arbeitslosenquote und den Zinssatz alle Variablen durch den natürlichen Logarithmus linearisiert. Das Modell wird mit Daten für den Zeitraum vom ersten Quartal 1997 bis zum zweiten Quartal 2019 geschätzt und beinhaltet fünf verzögerte Werte der jeweiligen Variablen.

Zur Berechnung der Auswirkungen des Brexit wird eine bedingte Prognose erstellt. Hierzu werden hypothetische britische Importe aus einer Szenarienanalyse des National Institute of Economic and Social Research (NIESR) verwendet. Die in der Studie analysierten Szenarien entsprechen dem Fall eines geregelten Austritts mit einem Handelsabkommen (Szenario 1) und eines ungeordneten harten Brexit (Szenario 2). Die Szenarienanalyse des NIESR Instituts wurde auf Grundlage des NiGEM-Modells, kalibriert für die britische Volkswirtschaft, durchgeführt. Die Analyse ergibt, dass im Falle eines harten Brexit die britischen Gesamtimporte um 7,4 Prozent im kommenden und um 2,9 Prozent im Jahr 2021 im Vergleich zum Szenario 1 sinken. Hierbei wurde eine Reihe von kurzfristigen Notfallmaßnahmen sowie expansive Impulse der Geld- und Finanzpolitik im Vereinigten Königreich berücksichtigt³, die die Folgen eines harten Brexit abfedern sollen.

Abbildung 1

Abschläge deutscher Exporte ins Vereinigte Königreich im Falle eines harten Brexit

In Prozent, kumuliert



Quelle: NIESR und eigene Berechnungen

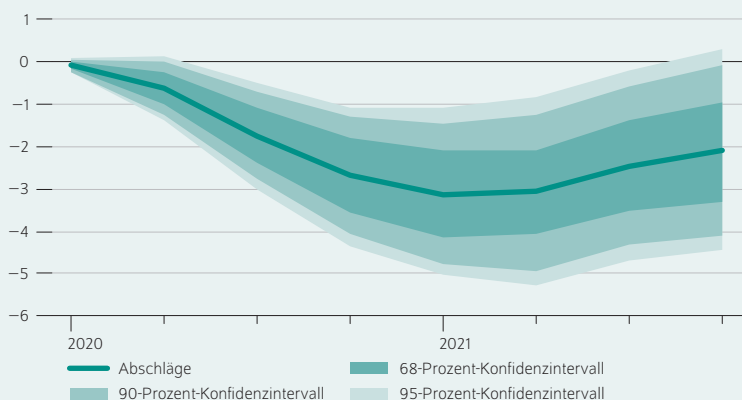
© DIW Berlin 2019

Bei einem harten Brexit verringern sich die deutschen Warenexporte nach Großbritannien kontinuierlich in den kommenden zwei Jahren.

Abbildung 2

Abschläge deutscher Exporte in den Rest der Welt im Falle eines harten Brexit

In Prozent, kumuliert



Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2019

Bei einem harten Brexit lasten auch Dittländereffekte auf der deutschen Konjunktur.

¹ Preisbereinigt werden die nominalen Warenexportreihen mit dem Warenexportdeflator. Eine Saisonbereinigung wird gemäß des X-11-ARIMA-Verfahrens durchgeführt.

² Vgl. Wu, Jing Cynthia, and Fan Dora Xia. „Time-varying lower bound of interest rates in Europe.“ *Chicago Booth Research Paper* 17-06 (2017)

³ Vgl. Box A. in Arno Hantzsche und Gary Young (2019): Prospects for the UK Economy. National Institute Economic Review.

Tabelle

Veränderungen der Wachstumsraten der Basisprognose im Falle eines harten Brexit

Prozentpunkte	2020					2021				
	10. Perzentil	16. Perzentil	Punktschätzer	84. Perzentil	90. Perzentil	10. Perzentil	16. Perzentil	Punktschätzer	84. Perzentil	90. Perzentil
BIP	-0,1	-0,2	-0,4	-0,6	-0,7	0,1	-0,1	-0,3	-0,6	-0,8
deutsche Exporte in den Rest der Welt	-0,5	-0,8	-1,3	-1,8	-2,1	-0,4	-0,9	-1,4	-2,0	-2,5

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2019.

© DIW Berlin 2019

Für die Quantifizierung der Auswirkungen des Brexit für Deutschland werden die jeweiligen, aus Szenario 1 und 2 resultierenden, britischen Importe indirekt in die Vorhersagegleichungen des VAR-Modells gespeist. Hierzu werden zunächst die bilateralen Warenexporte von Deutschland ins Vereinigte Königreich anhand der deutschen Exportelastizität der Importe des Vereinigten Königreichs gewichtet und danach mithilfe der von NIESR bereitgestellten Veränderungsrate der britischen Gesamtimporte des jeweiligen Szenarios für die Jahre 2020 und 2021 fortgeschrieben (Abbildung 1). Im Falle eines ungeordneten Brexit ergibt sich so für Deutschland ein Rückgang der Warenexporte um 7,5 Prozent im Jahr 2020 und um 2,9 Prozent in 2021. Mit den unterliegenden Zeitreihen auf Quartalsfrequenz werden dann zwei Prognosen für alle Modellvariablen bedingt auf die jeweilige bilaterale Exportreihe erstellt. Dieses Vorgehen unterliegt der Annahme, dass die Verläufe der britischen Importe mit Sicherheit bekannt sind. Die Differenz der zukünftigen Verläufe aller Variablen zwischen den beiden prognostizierten Szenarien kann entsprechend als Veränderung der Basisprognose für Deutschland im Falle eines harten Brexit interpretiert werden.

Harter Brexit würde Exporte und Produktion in Deutschland belasten

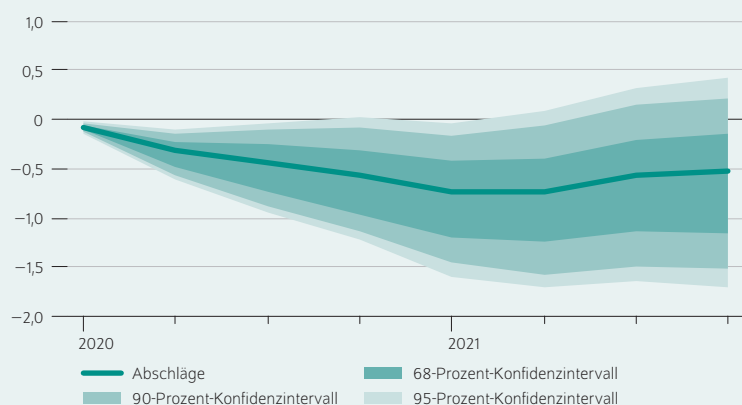
Das Modell prognostiziert, dass die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in den Jahren 2020 um 0,4 und im Jahr 2021 um 0,3 Prozentpunkte geringer ausfallen als in der Basisprognose unterstellt (Tabelle). Dabei wird ein ungeordneter Brexit die deutsche Wirtschaft wohl vor allem im kommenden Jahr belasten (Abbildung 2). So dürfte der negative Effekt ab der ersten Jahreshälfte 2021 allmählich abklingen. Auch die Konfidenzintervalle der Abschlüsse, welche die Prognoseunsicherheit abbilden, deuten darauf hin, dass ein großer Teil der Belastung des Wachstums wohl im Jahr 2020 stattfinden wird.⁴

Da das Modell die deutschen Warenexporte in den Rest der Welt (Gesamtexporte abzüglich derjenigen ins Vereinigte Königreich) beinhaltet, berücksichtigen die berechneten Wachstumsabschlüsse auch Effekte über Drittländer. Zudem bildet das Modell inländische

Multiplikator-Effekte ab, die sich aus gesunkener Produktion und Einkommen in Deutschland in Folge geringerer Exporte ins Vereinigte Königreich und in den Rest der Welt ergeben. Dabei geht aus den Modellprognosen hervor, dass im Falle eines harten Brexit die Zuwächse der deutschen Exporte in den Rest der Welt im kommenden Jahr um 1,3 und im Jahr 2021 um 0,8 Prozentpunkte geringer ausfallen dürften als in der Basisprognose unterstellt. Ähnlich wie beim Bruttoinlandsprodukt dürfte der Wachstumseffekt des ungeordneten Brexit wohl vor allem im nächsten Jahr auf den deutschen Exporte in den Rest der Welt lasten (Abbildung 3). Insgesamt zeigen die Berechnungen, dass ein ungeordneter Brexit zu kurzfristigen Wachstumseinbußen führen dürfte, die sich insbesondere in den ersten Quartalen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU niederschlagen dürfte. Im weiteren Verlauf ist mit schwächeren Wachstumseinbußen zu rechnen.

Abbildung 3

Abschlüsse auf das deutsche BIP im Falle eines harten Brexits In Prozentpunkten



© DIW Berlin 2019

Ein ungeordneter Brexit dürfte die deutsche Wirtschaft vor allem im kommenden Jahr belasten.

⁴ Die Prognoseunsicherheit wird anhand eines Bootstrap-Verfahrens der geschätzten VAR-Parameter berechnet.

Tabelle 7

Mittelfristprojektion: Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Milliarden Euro					
2013	2 811,4	1533,8	551,9	563,8	161,9
2018	3 344,4	1743,7	665,6	729,0	206,1
2024	3 958,9	2 061,3	842,3	910,0	145,3
Anteile am BIP					
2013	100	54,6	19,6	20,1	5,8
2018	100	52,1	19,9	21,8	6,2
2024	100	52	21 1/4	23	3 3/4
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2018/2013	3,5	2,6	3,8	5,3	–
2024/2018 ¹	2 3/4	2 3/4	4	3 3/4	–

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

erfolgt zu deutlich günstigeren Konditionen. Dieser Effekt wird in den nächsten Jahren kleiner, so dass sich der Rückgang der Zinsausgaben verlangsamt.

Die staatlichen Bruttoinvestitionen werden sich wohl infolge erhöhter öffentlicher Bautätigkeit dynamisch entwickeln. Diese wird insbesondere durch beschlossene Maßnahmen, wie dem Ausbau des Deutsche-Bahn-Netzes und des Breitbandnetzes sowie weiterer Investitionen in die kommunale Infrastruktur zusätzlich angeschoben.

Allerdings dürfte der finanzpolitische Spielraum für ein langfristig ausgerichtetes Investitionsprogramm zur Stärkung des Potentialwachstums zunehmend kleiner werden. Denn der nochmals nach oben revidierte Rekordüberschuss

von 62,5 Milliarden Euro aus dem Jahre 2018 schmilzt bis zum Jahr 2021 deutlich ab. In diesem und im nächsten Jahr wird er zwar wohl immer noch bei knapp 48 beziehungsweise gut 33 Milliarden Euro, beziehungsweise 1,4 und 0,9 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts des jeweiligen Jahres liegen. Allerdings dürfte der Finanzierungssaldo des Staates spätestens im Jahr 2021 – auch wegen der wegfallenden Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag – bei knapp zehn Milliarden Euro liegen. Bundesmittel dürften damit weitestgehend aufgebraucht worden sein. Nach Bereinigung um konjunkturelle und Einmaleffekte dürfte der strukturelle Finanzierungssaldo im Jahr 2019 wohl gut 45 Milliarden Euro (1,3 Prozent in Relation zum nominalen Produktionspotential) betragen und im Jahr 2020 auf 35 Milliarden Euro (ein Prozent in Relation zum nominalen Produktionspotential) sinken. Im Jahr 2021 sinkt der strukturelle Finanzierungssaldo nochmals auf dann elf Milliarden Euro. Der Bruttoschuldenstand des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte ohne zusätzliche Neuverschuldung bis 2021 auf 55 Prozent sinken und damit deutlich unterhalb des Maastricht-Referenzwertes liegen.

Mittelfristprojektion

Seit Jahren nimmt der Protektionismus weltweit zu und aktuell wird dieser Trend durch die von den USA ausgehenden Handelskonflikte sowie den Brexit verschärft. In die damit einhergehende Renationalisierung globaler Wertschöpfungsketten reiht sich die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft ein, die auf eine Stärkung des Konsums abzielt. Vielfach ist damit auch ein Verzicht auf die Vorteile globaler Arbeitsteilung verbunden, was in der mittleren Frist dazu führen wird, dass sich die Weltwirtschaft weniger dynamisch entwickelt. Da sich damit die Produktion vielerorts stärker auf den jeweils eigenen Markt konzentriert, werden vorübergehend zwar Anpassungsinvestitionen getätigt, alles in allem dürfte sich die globale Produktion aber zum Konsum hin verschieben. Dies schwächt den

Tabelle 8

Mittelfristprojektion: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde		
	in Millionen	in Millionen	in Stunden	in Milliarden Euro	in Euro	in Euro	in Milliarden Euro	2015 = 100
2013	42 350	37 855	1 396	2 913	68 793	49	2 811	96
2018	44 854	40 631	1 390	3 222	71 844	52	3 344	104
2024	45 316	41 189	1 409	3 452	76 179	54	3 959	115
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2018/2013	1,16	1,43	-0,09	2,03	0,87	0,96	3,53	1,47
2024/2018 ¹	1/4	1/4	1/4	11/4	1	3/4	2 3/4	1 3/4

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2019

Welthandel – sogar relativ zum ohnehin gedämpften globalen Expansionstempo – und dürfte das Wachstum exportorientierter Wirtschaften, die wie Deutschland auf Investitionsgüter spezialisiert sind, dämpfen.

Die Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen dürfte entsprechend im Trend deutlich an Schwung verlieren, der Außenbeitrag wird weiter abschnellen (Tabelle 7). Die Unternehmensinvestitionen dürften in dem Umfeld nur verhalten zulegen, nicht zuletzt, weil eine geringfügig restriktivere Ausrichtung der EZB unterstellt wird. Die Bauinvestitionen indes schwächen sich nur wenig ab, denn Immobilien bleiben als Anlageform attraktiv und anhaltend knapper Wohnraum in den Großstädten dürfte die Bauwirtschaft stützen.

Der private Verbrauch kann nicht an die kräftigen Raten aus den Vorjahren 2019 bis 2021 anknüpfen, schon allein, weil aufgrund der ab dem Jahr 2021 nahezu verausgabten Überschüsse weitere finanzpolitische Impulse ausbleiben dürften. Umkehren wird sich der Einkommenschub aus der kurzen Frist zwar nicht, bei der Ausweitung des Konsums tritt ab 2022 aber die wesentlich geringere Grunddynamik hervor, die lediglich in den Jahren 2019–21 überzeichnet wurde. Zusätzlich dämpft den Konsum die

Entwicklung am Arbeitsmarkt: Schon die Wachstumsverlangsamung dürfte mit einer schwächeren Nachfrage nach Arbeitskräften einhergehen, aber auch die Zahl der Erwerbspersonen verknappt sich demografisch bedingt zunehmend. Unterm Strich dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2022 in etwa stagnieren und anschließend etwas sinken (Tabelle 8).

Der zunehmende Fachkräftemangel wird die Löhne wohl kräftig – je Arbeitnehmer um knapp drei Prozent pro Jahr – steigen lassen. Dies wiederum dürfte die Erwerbsneigung fördern und die Beschäftigung in Vollzeit steigern; die Knappheit am Arbeitsmarkt – und damit einhergehend: die allmählich sinkende Beschäftigung – wird somit in der Summe durch eine höhere Arbeitszeit kompensiert, aber nur teilweise. Die Lohnsumme – und schließlich die verfügbaren Einkommen – schwächen sich daher mittelfristig etwas ab.

Alles in allem wird die Wirtschaftsleistung an Tempo verlieren – zum Ende des Projektionszeitraums wird die Rate nur noch knapp über ein Prozent betragen; damit entwickelt sich die deutsche Wirtschaft entsprechend des Produktionspotentials; die Produktionslücke bleibt im Verlauf der mittleren Frist geschlossen.

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Konstantin Kholodilin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | kkholodilin@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 37/2019:

www.diw.de/diw_weekly

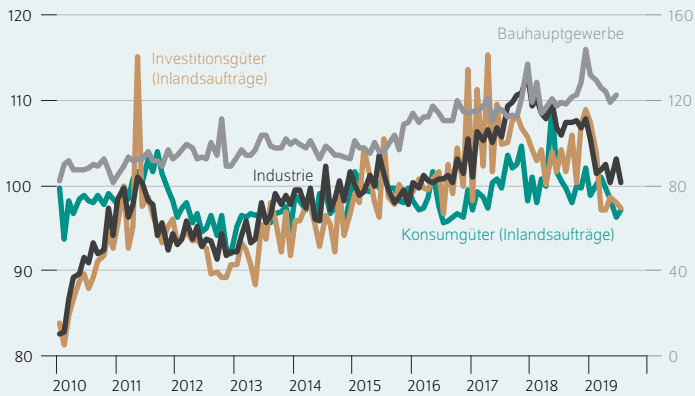


Abbildung 7

Konjunkturindikatoren für Deutschland

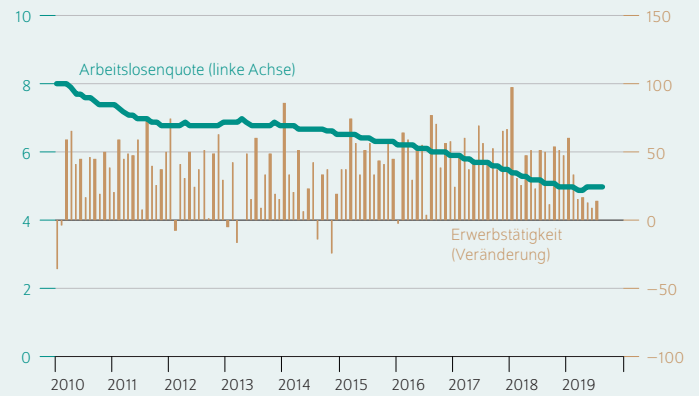
1. Auftragseingang

Kalender- und saisonbereinigte Werte



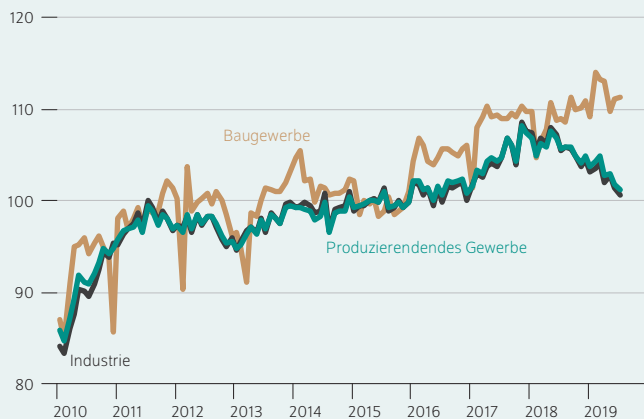
2. Arbeitsmarkt

In Prozent, Tausend



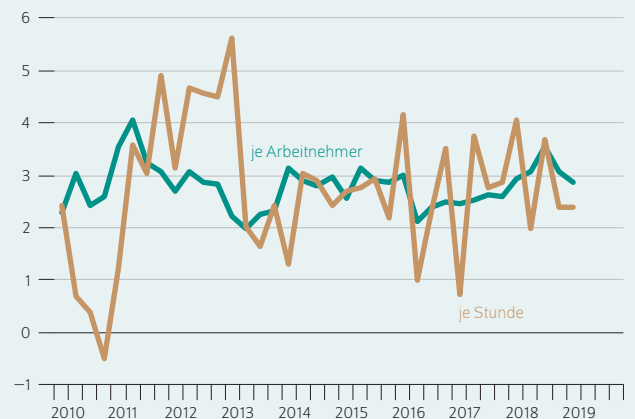
3. Produktionsindex

Kalender- und saisonbereinigte Werte



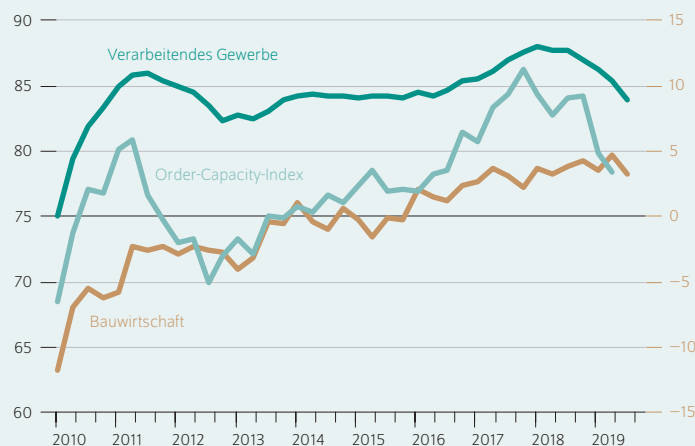
4. Löhne

Veränderung in Prozent



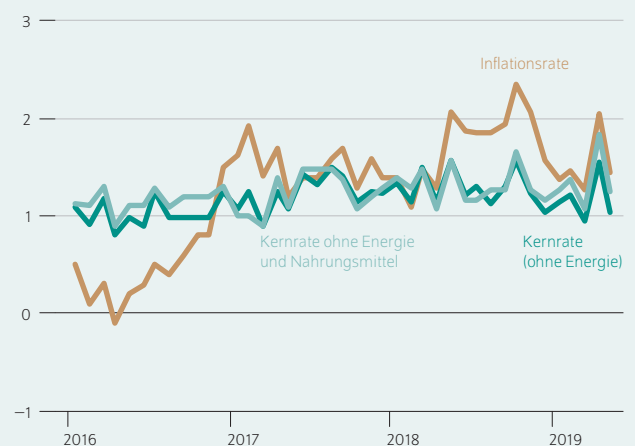
5. Kapazitätsauslastung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



6. Preisentwicklung

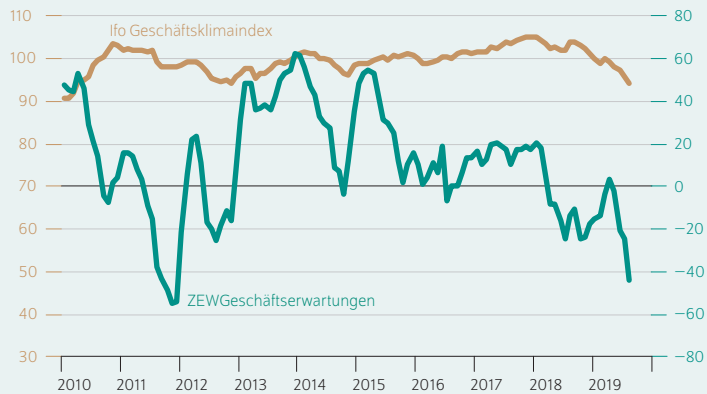
In Prozent, saisonbereinigte Werte



Quellen: (1, 3, 4, 6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank; (7) ifo Institut; ZEW; (8, 10, 12) Deutsche Bundesbank; (9) Eurostat; Baker/Bloom/Davis; (11) Statistisches Bundesamt.

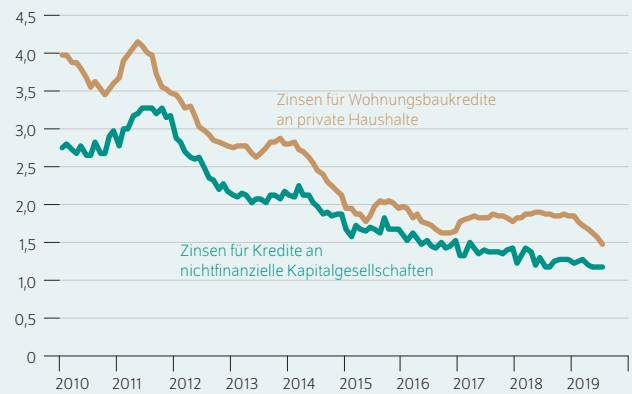
7. Unternehmensstimmung

Kalender- und saisonbereinigte Werte



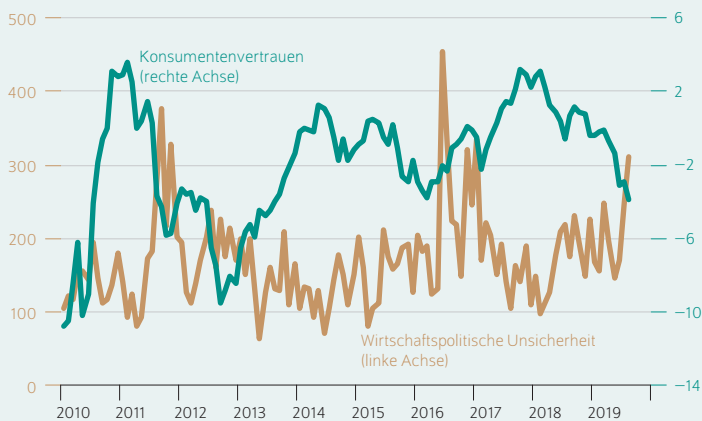
8. Zinsen

In Prozent



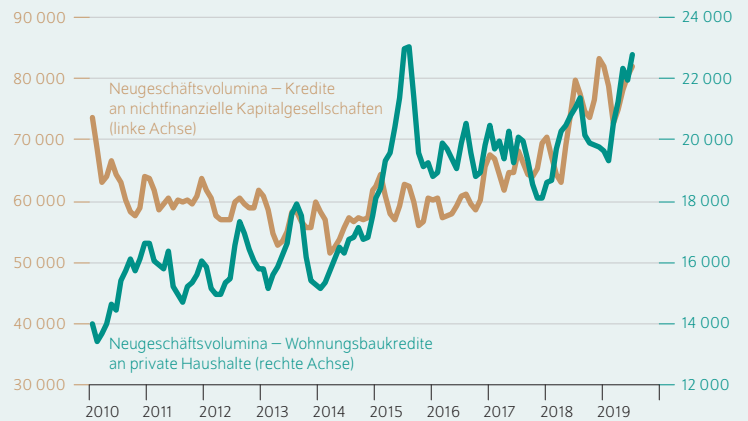
9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit

Salden positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100



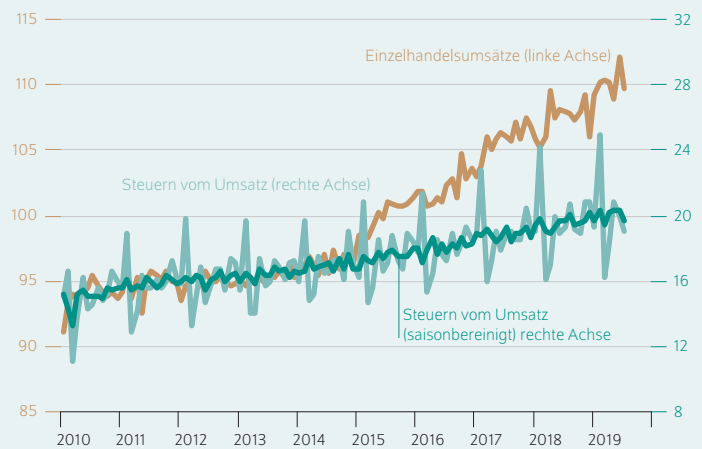
10. Kredite – Neugeschäftsvolumina

In Millionen Euro, gleitender Monatsdurchschnitt



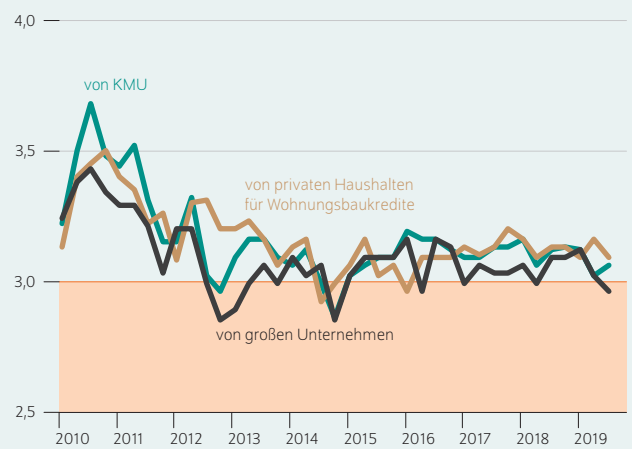
11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze

Index 2010=100, in Milliarden Euro



12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten

3 = konstant; >3: steigt; <3: sinkt



HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2019

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 089,2	2 089,8	342,3	657,1	–
4	– Abschreibungen	616,1	350,2	77,5	188,4	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 473,2	1 739,6	264,8	468,7	–191,1
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 847,2	1 336,9	269,1	241,2	14,4
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,1	14,3	0,3	9,5	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	28,9	27,0	0,2	1,7	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	630,8	415,5	–4,4	219,7	–205,4
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 848,0	–	–	1 848,0	13,5
11	– Geleistete Subventionen	31,0	–	31,0	–	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	364,3	–	364,3	–	7,1
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	648,0	598,2	29,1	20,6	199,9
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	746,7	366,5	21,1	359,1	101,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 910,9	1 83,7	320,9	2 406,2	–288,9
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	445,8	94,4	–	351,4	11,1
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	456,4	–	456,4	–	0,4
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	732,0	–	–	732,0	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	733,4	137,2	595,4	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	612,0	66,8	544,4	0,8	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	604,8	–	–	604,8	7,8
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	356,9	188,2	80,3	88,4	51,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	304,3	167,6	24,2	112,5	104,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 863,2	139,3	772,1	1 951,8	–241,2
25	– Konsumausgaben	2 484,7	–	693,4	1 791,4	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
27	= Sparen	378,5	78,8	78,8	220,9	–241,2
28	– Geleistete Vermögenstransfers	67,7	19,5	38,0	10,2	4,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	58,2	25,7	11,9	20,6	13,7
30	– Bruttoinvestitionen	753,3	436,1	83,8	233,4	–
31	+ Abschreibungen	616,1	350,2	77,5	188,4	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,6	–2,1	–1,4	1,0	2,6
33	= Finanzierungssaldo	234,3	1,1	47,9	185,3	–234,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 863,2	139,3	772,1	1 951,8	–241,2
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	443,3	–	443,3	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	443,3	–	–	443,3	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 863,2	139,3	328,8	2 395,1	–241,2
38	– Konsum ³	2 484,7	–	250,1	2 234,7	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,5	–	60,5	–
40	= Sparen	378,5	78,8	78,8	220,9	–241,2

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2020

Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 189,9	2 153,9	354,3	681,7	–
4	– Abschreibungen	632,5	356,9	79,4	196,3	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 557,4	1 797,0	274,9	485,4	–172,1
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 908,8	1 379,0	279,3	250,5	14,8
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,0	14,0	0,3	9,7	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	29,7	27,8	0,2	1,8	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	654,3	431,8	–4,5	227,1	–186,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 909,7	–	–	1 909,7	13,9
11	– Geleistete Subventionen	31,9	–	31,9	–	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	373,4	–	373,4	–	6,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	662,3	613,4	27,9	21,0	204,8
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	763,7	372,9	21,3	369,6	103,3
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 007,0	191,3	330,4	2 485,2	–273,2
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	455,7	96,9	–	358,9	11,2
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	466,5	–	466,5	–	0,4
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	760,4	–	–	760,4	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	761,8	142,8	618,2	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	634,8	68,5	565,5	0,8	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	627,5	–	–	627,5	7,9
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	365,8	191,0	84,1	90,7	58,1
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	317,6	173,7	25,0	118,9	106,2
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 963,7	151,4	790,5	2 021,7	–229,9
25	– Konsumausgaben	2 572,4	–	722,3	1 850,2	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,3	–	61,3	–
27	= Sparen	391,2	90,1	68,3	232,9	–229,9
28	– Geleistete Vermögenstransfers	70,6	20,9	39,2	10,5	4,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	60,5	26,8	12,1	21,6	14,7
30	– Bruttoinvestitionen	793,9	453,8	88,7	251,4	–
31	+ Abschreibungen	632,5	356,9	79,4	196,3	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,6	–2,1	–1,4	0,9	2,6
33	= Finanzierungssaldo	222,4	1,0	33,3	188,0	–222,4
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 963,7	151,4	790,5	2 021,7	–229,9
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	460,7	–	460,7	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	460,7	–	–	460,7	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 963,7	151,4	329,8	2 482,4	–229,9
38	– Konsum ³	2 572,4	–	261,5	2 310,9	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,3	–	61,3	–
40	= Sparen	391,2	90,1	68,3	232,9	–229,9

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2021
Milliarden Euro

	Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 286,9	2 213,5	367,2	706,3	–
4	– Abschreibungen	652,4	364,5	82,4	205,5	–
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 634,5	1 849,0	284,7	500,7	–154,9
6	– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 971,4	1 422,7	289,2	259,5	15,1
7	– Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,4	11,3	0,3	9,8	–
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	30,4	28,4	0,2	1,8	–
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeineinkommen	672,2	443,5	–4,6	233,3	–170,0
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 972,3	–	–	1 972,3	14,3
11	– Geleistete Subventionen	32,7	–	32,7	–	5,4
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	382,6	–	382,6	–	6,6
13	– Geleistete Vermögenseinkommen	678,2	629,9	26,8	21,5	209,9
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	782,7	384,2	21,4	377,1	105,4
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 098,8	197,7	339,9	2 561,2	–259,0
16	– Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	456,6	98,9	–	357,8	11,3
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	467,5	–	467,5	–	0,4
18	– Geleistete Sozialbeiträge ²	789,1	–	–	789,1	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge ²	790,6	148,6	641,1	0,8	3,0
20	– Geleistete monetäre Sozialleistungen	658,2	70,2	587,2	0,8	0,6
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	650,6	–	–	650,6	8,2
22	– Geleistete sonstige laufende Transfers	375,0	193,8	88,1	93,0	54,6
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	321,2	179,8	25,8	115,7	108,4
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 049,8	163,2	799,0	2 087,6	–210,0
25	– Konsumausgaben	2 661,1	–	751,6	1 909,5	–
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,2	–	62,2	–
27	= Sparen	388,7	101,0	47,4	240,3	–210,0
28	– Geleistete Vermögenstransfers	73,4	22,4	40,2	10,8	4,9
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	62,6	27,6	12,3	22,7	15,7
30	– Bruttoinvestitionen	831,1	470,3	93,8	267,1	–
31	+ Abschreibungen	652,4	364,5	82,4	205,5	–
32	– Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–2,6	–2,1	–1,4	0,9	2,6
33	= Finanzierungssaldo	201,8	2,5	9,6	189,7	–201,8
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 049,8	163,2	799,0	2 087,6	–210,0
35	– Geleistete soziale Sachtransfers	478,5	–	478,5	–	–
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	478,5	–	–	478,5	–
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 049,8	163,2	320,5	2 566,1	–210,0
38	– Konsum ³	2 661,1	–	273,1	2 388,0	–
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,2	–	62,2	–
40	= Sparen	388,7	101,0	47,4	240,3	–210,0

1 Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

2 Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

3 Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

© DIW Berlin 2019

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,4	0,9	0,4	0,5	1,1	0,7	0,4	0,4	0,5	0,5
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,2	−0,1	−1,0	−0,1	0,5	−0,8	−0,4	−1,7	0,0	−0,1
Arbeitstage	−0,3	0,0	1,5	0,1	−0,8	0,8	0,5	2,4	0,0	0,2
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	0,7	0,9	0,5	0,7	0,6	0,5	1,2	0,4	0,6
Produktivität¹	0,2	−0,2	0,5	0,9	−0,3	−0,1	0,3	0,7	1,0	0,8
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,4	1,4	0,4	0,5	0,8	1,9	1,5	1,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 409,3	2 484,7	2 572,4	2 661,1	1 212,7	1 272,0	1 255,0	1 317,4	1 297,4	1 363,8
Private Haushalte²	1 743,7	1 791,4	1 850,2	1 909,5	876,1	915,3	904,0	946,2	931,7	977,8
Staat	665,6	693,4	722,3	751,6	336,7	356,7	351,0	371,2	365,6	386,0
Anlageinvestitionen	707,7	749,1	789,7	828,3	359,1	390,0	375,6	414,1	395,0	433,4
Ausrüstungen	344,3	374,0	400,4	423,8	180,1	194,0	191,6	208,8	203,5	220,3
Bauten	235,3	241,5	248,8	257,1	115,7	125,8	117,4	131,5	121,5	135,7
Sonstige Anlageinvestitionen	128,1	133,5	140,5	147,4	63,3	70,2	66,7	73,8	70,0	77,4
Vorratsveränderung³	21,3	4,2	4,1	2,8	4,9	−0,7	5,1	−1,0	4,6	−1,8
Inländische Verwendung	3 138,3	3 238,0	3 366,3	3 492,3	1 576,7	1 661,3	1 635,8	1 730,5	1 696,9	1 795,3
Außenbeitrag	206,1	191,1	172,1	154,9	110,1	81,0	97,9	74,2	90,7	64,2
Exporte	1 585,8	1 606,3	1 641,3	1 676,0	807,0	799,2	813,2	828,1	831,0	845,1
Importe	1 379,7	1 415,2	1 469,2	1 521,2	696,9	718,3	715,3	753,8	740,3	780,9
Bruttoinlandsprodukt	3 344,4	3 429,1	3 538,4	3 647,1	1 686,8	1 742,3	1 733,7	1 804,7	1 787,6	1 859,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,9	3,1	3,5	3,4	3,0	3,3	3,5	3,6	3,4	3,5
Private Haushalte²	2,8	2,7	3,3	3,2	2,6	2,8	3,2	3,4	3,1	3,3
Staat	3,3	4,2	4,2	4,1	4,0	4,3	4,3	4,1	4,2	4,0
Anlageinvestitionen	6,3	5,8	5,4	4,9	6,4	5,4	4,6	6,2	5,2	4,6
Ausrüstungen	7,3	8,6	7,0	5,8	9,3	8,0	6,4	7,7	6,2	5,5
Bauten	4,9	2,6	3,0	3,3	3,0	2,3	1,5	4,5	3,5	3,2
Sonstige Anlageinvestitionen	5,9	4,2	5,2	4,9	4,5	3,9	5,3	5,1	5,0	4,9
Inländische Verwendung	4,1	3,2	4,0	3,7	3,4	2,9	3,7	4,2	3,7	3,7
Exporte	3,1	1,3	2,2	2,1	1,8	0,8	0,8	3,6	2,2	2,1
Importe	5,5	2,6	3,8	3,5	4,0	1,2	2,6	4,9	3,5	3,6
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,5	3,2	3,1	2,4	2,6	2,8	3,6	3,1	3,0
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	2 322,5	2 359,5	2 403,0	2 445,7	1 162,3	1 197,2	1 183,2	1 219,8	1 203,1	1 242,7
Private Haushalte²	1 681,7	1 705,4	1 735,0	1 763,9	838,2	867,3	852,0	883,0	865,0	899,0
Staat	640,8	654,0	668,0	681,7	324,1	329,9	331,2	336,9	338,1	343,7
Anlageinvestitionen	666,6	686,3	707,9	728,0	330,6	355,7	338,1	369,8	348,5	379,5
Ausrüstungen	312,2	324,2	334,9	343,6	157,5	166,7	161,5	173,4	166,2	177,4
Bauten	231,4	235,6	241,7	248,8	112,7	122,9	113,8	127,9	117,3	131,5
Sonstige Anlageinvestitionen	123,2	126,4	131,1	135,6	60,2	66,1	62,5	68,6	64,7	70,9
Inländische Verwendung	3 017,7	3 057,1	3 122,2	3 184,3	1 499,5	1 557,7	1 527,7	1 594,5	1 557,7	1 626,6
Exporte	1 557,2	1 568,2	1 598,6	1 624,7	788,6	779,6	793,5	805,1	807,2	817,5
Importe	1 353,6	1 389,1	1 440,6	1 482,4	683,0	706,1	703,3	737,3	723,3	759,1
Bruttoinlandsprodukt	3 222,5	3 237,7	3 282,7	3 330,2	1 605,4	1 632,3	1 618,8	1 663,9	1 642,7	1 687,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	1,3	1,6	1,8	1,8	1,4	1,8	1,8	1,9	1,7	1,9
Private Haushalte²	1,3	1,4	1,7	1,7	1,2	1,6	1,6	1,8	1,5	1,8
Staat	1,4	2,1	2,1	2,1	1,9	2,3	2,2	2,1	2,1	2,0
Anlageinvestitionen	3,5	3,0	3,1	2,9	3,3	2,6	2,3	3,9	3,1	2,6
Ausrüstungen	2,5	3,9	3,3	2,6	4,2	3,5	2,6	4,0	2,9	2,3
Bauten	4,4	1,8	2,6	2,9	2,1	1,6	1,0	4,1	3,1	2,8
Sonstige Anlageinvestitionen	4,3	2,6	3,7	3,5	2,9	2,3	3,7	3,7	3,5	3,4
Inländische Verwendung	2,1	1,3	2,1	2,0	1,5	1,1	1,9	2,4	2,0	2,0
Exporte	2,1	0,7	1,9	1,6	0,6	0,8	0,6	3,3	1,7	1,5
Importe	3,6	2,6	3,7	2,9	3,0	2,2	3,0	4,4	2,8	2,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,5	1,4	1,4	0,4	0,5	0,8	1,9	1,5	1,4

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,5	1,3	1,5	1,5	1,4	1,3	1,5	1,5	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,9	2,1	2,0	2,0	2,1	2,0	2,1	1,9	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	2,7	2,8	2,2	2,0	3,0	2,7	2,3	2,1	2,0	2,0
Ausrüstungen	4,7	4,6	3,6	3,2	4,9	4,3	3,7	3,5	3,3	3,1
Bauten	0,6	0,8	0,4	0,4	0,9	0,7	0,5	0,4	0,4	0,4
Exporte	0,9	0,6	0,2	0,5	1,1	0,0	0,1	0,3	0,4	0,5
Importe	1,8	0,0	0,1	0,6	0,9	−1,0	−0,3	0,5	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,1	1,8	1,6	2,0	2,1	1,9	1,6	1,6	1,6
5. Einkommensentstehung und –verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 338,7	2 406,2	2 485,2	2 561,2	1 188,1	1 218,1	1 229,7	1 255,5	1 265,8	1 295,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	310,4	327,3	338,2	349,0	157,8	169,5	164,1	174,1	168,9	180,1
Bruttolöhne und –gehälter	1 460,9	1 520,8	1 571,5	1 623,3	725,9	794,9	751,9	819,6	776,7	846,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	558,2	575,6	588,9	304,4	253,8	313,8	261,8	320,2	268,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	490,5	504,6	521,7	537,7	229,1	275,6	227,7	294,0	237,0	300,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 829,2	2 910,9	3 007,0	3 098,8	1 417,2	1 493,7	1 457,5	1 549,5	1 502,8	1 596,0
Abschreibungen	608,7	616,1	632,5	652,4	306,6	309,4	314,3	318,2	324,0	328,4
Bruttonationaleinkommen	3 437,9	3 526,9	3 639,5	3 751,3	1 723,9	1 803,1	1 771,8	1 867,7	1 826,8	1 924,5
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	2 503,1	2 577,6	2 665,5	2 748,9	1 249,5	1 328,1	1 285,9	1 379,5	1 326,5	1 422,4
Unternehmens– und Vermögenseinkommen	731,8	729,5	755,8	776,7	365,8	363,8	370,0	385,8	381,0	395,7
Arbeitnehmerentgelt	1 771,3	1 848,0	1 909,7	1 972,3	883,7	964,3	915,9	993,7	945,5	1 026,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	2,9	3,3	3,1	2,8	3,0	3,5	3,1	2,9	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	5,5	3,3	3,2	5,3	5,6	4,0	2,7	2,9	3,5
Bruttolöhne und –gehälter	4,8	4,1	3,3	3,3	4,3	3,9	3,6	3,1	3,3	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	−1,6	3,1	2,3	−1,9	−1,3	3,1	3,2	2,1	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	−1,2	2,9	3,4	3,1	2,9	2,8	−0,6	6,7	4,1	2,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,0	2,9	3,3	3,1	2,8	3,0	2,8	3,7	3,1	3,0
Abschreibungen	4,9	1,2	2,7	3,1	1,3	1,1	2,5	2,8	3,1	3,2
Bruttonationaleinkommen	3,3	2,6	3,2	3,1	2,5	2,6	2,8	3,6	3,1	3,0
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,0	3,0	3,4	3,1	2,8	3,1	2,9	3,9	3,2	3,1
Unternehmens– und Vermögenseinkommen	−0,5	−0,3	3,6	2,8	−1,0	0,4	1,2	6,1	3,0	2,6
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,3	3,3	3,3	4,5	4,2	3,6	3,0	3,2	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 427,3	1 489,5	1 542,5	1 597,6	716,6	773,0	743,3	799,2	769,6	828,0
Nettolöhne– und –gehälter	975,5	1 018,2	1 054,4	1 092,2	482,0	536,2	500,3	554,0	518,2	573,9
Monetäre Sozialleistungen	579,4	604,8	627,5	650,6	300,8	304,0	312,1	315,3	323,4	327,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	127,5	133,5	139,3	145,2	66,2	67,3	69,2	70,1	72,1	73,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	567,4	558,2	575,6	588,9	304,4	253,8	313,8	261,8	320,2	268,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	−96,3	−95,9	−96,4	−98,9	−49,5	−46,4	−49,4	−47,0	−50,7	−48,1
Verfügbares Einkommen	1 898,5	1 951,8	2 021,7	2 087,6	971,5	980,3	1 007,7	1 014,0	1 039,1	1 048,5
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,7	60,5	61,3	62,2	29,4	31,1	29,8	31,5	30,2	32,0
Konsumausgaben	1 743,7	1 791,4	1 850,2	1 909,5	876,1	915,3	904,0	946,2	931,7	977,8
Sparen	214,5	220,9	232,9	240,3	124,8	96,1	133,5	99,4	137,6	102,7
Sparquote in Prozent ⁷	11,0	11,0	11,2	11,2	12,5	9,5	12,9	9,5	12,9	9,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	3,9	4,4	3,6	3,6	4,5	4,2	3,7	3,4	3,5	3,6
Nettolöhne– und –gehälter	4,7	4,4	3,5	3,6	4,8	4,0	3,8	3,3	3,6	3,6
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,4	3,8	3,7	4,2	4,6	3,8	3,7	3,6	3,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	3,5	4,7	4,4	4,2	4,7	4,7	4,5	4,2	4,2	4,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	−1,6	3,1	2,3	−1,9	−1,3	3,1	3,2	2,1	2,6
Verfügbares Einkommen	3,5	2,8	3,6	3,3	2,7	2,9	3,7	3,4	3,1	3,4
Konsumausgaben	2,8	2,7	3,3	3,2	2,6	2,8	3,2	3,4	3,1	3,3
Sparen	8,6	3,0	5,4	3,2	3,2	2,8	7,0	3,4	3,1	3,3

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 bis 2021

	2018	2019	2020	2021	2019		2020		2021	
					1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	800,9	820,7	839,9	850,1	415,4	405,3	424,6	415,2	427,0	423,1
direkte Steuern	445,2	456,4	466,5	467,5	232,8	223,6	237,8	228,7	235,0	232,5
indirekte Steuern	355,7	364,3	373,4	382,6	182,6	181,7	186,9	186,5	192,0	190,5
Nettosozialbeiträge	572,5	595,4	618,2	641,1	289,2	306,1	303,0	315,2	312,5	328,6
Vermögenseinkommen	21,3	21,1	21,3	21,4	12,8	8,3	12,9	8,3	13,0	8,4
Laufende Übertragungen	24,8	24,2	25,0	25,8	10,6	13,7	10,9	14,1	11,2	14,6
Vermögenstransfers	13,1	11,9	12,1	12,3	5,4	6,6	5,4	6,7	5,5	6,8
Verkäufe	120,2	125,0	128,6	132,4	58,4	66,6	60,1	68,5	61,9	70,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1552,9	1598,4	1645,3	1683,3	791,8	806,6	817,1	828,2	831,2	852,1
Ausgaben										
Vorleistungen	169,4	178,4	187,2	195,6	82,0	96,4	86,3	101,0	90,5	105,1
Arbeitnehmerentgelte	259,3	269,1	279,3	289,2	128,7	140,4	133,8	145,5	138,6	150,6
Soziale Sachleistungen	285,9	297,6	309,3	321,3	147,7	150,0	153,5	155,8	159,4	161,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,7	29,1	27,9	26,8	14,5	14,7	14,2	13,6	13,7	13,0
Subventionen	29,6	31,0	31,9	32,7	14,9	16,1	15,4	16,5	15,7	16,9
Monetäre Sozialleistungen	520,2	544,4	565,5	587,2	270,9	273,5	281,5	284,0	292,0	295,1
Sonstige laufende Transfers	74,9	80,3	84,1	88,1	38,6	41,7	40,4	43,7	42,3	45,8
Bruttoinvestitionen	78,4	83,8	88,7	93,8	36,9	46,9	38,6	50,1	40,9	52,8
Vermögenstransfers	42,2	38,0	39,2	40,2	13,0	25,0	13,4	25,8	13,8	26,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	−1,3	−1,4	−1,4	−1,4	−0,7	−0,7	−0,7	−0,7	−0,7	−0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1490,5	1550,6	1611,9	1673,7	746,5	804,0	776,5	835,4	806,5	867,2
Finanzierungssaldo	62,4	47,9	33,3	9,6	45,3	2,6	40,5	−7,2	24,7	−15,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	4,5	2,5	2,3	1,2	2,8	2,2	2,2	2,5		
direkte Steuern	5,6	2,5	2,2	0,2	2,5	2,5	2,1	2,3		
indirekte Steuern	3,1	2,4	2,5	2,5	3,1	1,7	2,3	2,7		
Nettosozialbeiträge	4,2	4,0	3,8	3,7	4,4	3,6	4,8	3,0		
Vermögenseinkommen	13,1	−0,8	0,7	0,8	−1,4	0,0	0,6	0,8		
LaufendeÜbertragungen	13,2	−2,1	3,1	3,1	−8,5	3,5	3,0	3,2		
Vermögenstransfers	26,5	−9,0	1,6	1,9	−3,9	−12,8	1,3	1,8		
Verkäufe	5,0	4,0	2,9	3,0	5,1	3,1	3,0	2,8		
Sonstige Subventionen	−10,1	−9,5	0,0	0,0	−20,7	0,0	0,0	0,0		
Insgesamt	4,8	2,9	2,9	2,3	3,2	2,7	3,2	2,7		
Ausgaben										
Vorleistungen	4,0	5,3	5,0	4,5	5,9	4,7	5,3	4,7		
Arbeitnehmerentgelte	3,7	3,8	3,8	3,6	3,5	4,0	4,0	3,6		
Soziale Sachleistungen	2,7	4,1	3,9	3,9	4,0	4,2	3,9	3,9		
Vermögenseinkommen (Zinsen)	−7,4	−8,1	−4,4	−4,0	−10,8	−5,2	−1,7	−7,0		
Subventionen	6,0	4,8	2,8	2,5	7,0	2,8	3,2	2,5		
Monetäre Sozialleistungen	2,7	4,7	3,9	3,8	4,5	4,8	3,9	3,9		
Sonstige laufende Transfers ⁹	7,9	5,4	3,8	4,0	2,1	3,4	1,8	2,0		
Bruttoinvestitionen	9,0	6,9	5,8	5,8	10,6	4,2	4,7	6,7		
Vermögenstransfers ⁹	−1,7	−4,3	1,3	1,0	0,3	−14,7	3,4	3,3		
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,3	−0,1	0,0	0,0	−0,1	0,0	0,0	0,0		
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	16,8	0,0	0,0	0,0		
Insgesamt	3,4	4,0	4,0	3,8	4,3	3,7	4,0	3,9		

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

INTERVIEW



Dr. Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin.

„Die große Verunsicherung lastet auf Exportnachfrage und Konjunktur“

1. **Herr Michelsen, im Laufe dieses Jahres ist das Wirtschaftswachstum in Deutschland abgeflaut. Ist damit zu rechnen, dass das so weitergeht?** Wir erleben im Augenblick eine ausgeprägte Schwäche der deutschen Konjunktur. Das wird sich auch auf kurze Sicht kaum ändern. Das hängt auch damit zusammen, dass die Verunsicherung über bestimmte Entscheidungen groß ist. Das betrifft einerseits den Brexit und andererseits die internationalen Handelskonflikte. All das lastet auf der Konjunktur und der Exportnachfrage.
2. **Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie?** Wir rechnen in diesem Jahr mit einem Wachstum von noch gut 0,5 Prozent. Das ist deutlich weniger als wir noch im Sommer prognostiziert haben. Für die kommenden Jahre 2020 und 2021 erwarten wir jeweils ein Wachstum von 1,4 Prozent. Das entspricht ungefähr dem langjährigen Durchschnitt.
3. **Wo sehen Sie positive Impulse?** Die deutsche Finanzpolitik hat expansive Impulse gegeben. Der Konsum wird durch diese Anregung deutlich stärker ausfallen, als wir das bislang erwartet haben. Wir gehen davon aus, dass die Beschlüsse der Großen Koalition im kommenden Jahr ungefähr 0,3 Prozentpunkte Wachstum zusätzlich bringen und im Jahr darauf 0,4 Prozentpunkte. Vor allem die Abschaffung des Soli macht sich in höheren Konsumraten bemerkbar. Die US-Zentralbank hat zudem die Zinsen gesenkt und auch die EZB hat angekündigt, wieder expansivere Geldpolitik zu betreiben. Das dürfte die Konjunktur anregen und nicht zuletzt kommen wieder positivere Signale aus China.
4. **Wie ist die Entwicklung in Deutschland bei der Beschäftigung und den Löhnen?** In Deutschland ist der Arbeitsmarkt nach wie vor in guter Verfassung. Wir sehen zwar nicht mehr die starken Beschäftigungszuwächse wie in den Jahren zuvor, das ist aber in einer konjunkturellen Schwächephase relativ normal. Die Lohnzuwächse hingegen sind weiterhin kräftig. Wir erwarten im kommenden Jahr ein Lohnplus von real mehr als 1,5 Prozent. Das dürfte den

Haushalten deutlich mehr Geld in die Kassen spülen und entsprechend größeren Konsumspielraum geben.

5. **Wie sieht es bei den Verbraucherpreisen und der Inflation aus?** Die Inflation bleibt weiterhin moderat und wird in einer Größenordnung von ungefähr 1,6 Prozent liegen, also noch deutlich unter dem, was man sich als Zielmarke gesetzt hat. Die EZB wird also weiterhin expansive Geldpolitik betreiben müssen, damit sie ihr Stabilitätsziel erreichen kann.
6. **Inwieweit leidet der deutsche Außenhandel unter der schwierigen weltwirtschaftlichen Situation?** Es ist die Investitionsgüternachfrage, die momentan schwach ist, und darauf ist die deutsche Wirtschaft spezialisiert. Wenn also die Investitionskonjunktur weltweit ins Stocken gerät, dann sind wir davon besonders stark betroffen. Die Investitionen werden vor allen Dingen durch Unsicherheitsfaktoren gebremst. Weltweit sind die Unternehmen vorsichtig, disponieren eher zurückhaltend und bauen ihre Kapazitäten angesichts dieser unklaren Geschäftslage nicht weiter aus.
7. **Welches konjunkturelle Risiko geht vom bevorstehenden Brexit aus?** Der Brexit ist ein erhebliches konjunkturelles Risiko. Es kommt sehr darauf an, wie die zukünftigen Beziehungen ausgestaltet werden und wie letztlich der Brexit vollzogen wird. Wir haben gemeinsam mit dem NIESR-Institut aus London ein Szenario gerechnet, und erwarten, dass uns ein harter Brexit Wachstum in einer Größenordnung von mindestens 0,2 Prozentpunkten im kommenden Jahr kosten würde. Das ist spürbar, und das ist etwas, das für die deutsche Wirtschaft durchaus ein Abwärtsrisiko darstellt.

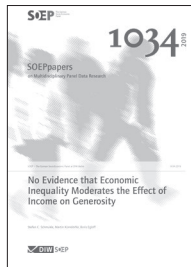
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1034

2019 | Stefan C. Schmukle, Martin Korndörfer, Boris Egloff



No Evidence that Economic Inequality Moderates the Effect of Income on Generosity

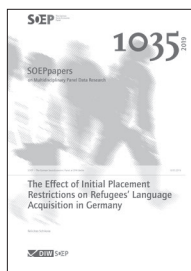
A landmark study published in PNAS (Côté S, House J, Willer R, 2015, 112:15838–15843, doi:10.1073/pnas.1511536112) showed that higher income individuals are less generous than poorer individuals only if they reside in a U.S. state with comparatively large economic inequality. This finding might serve to reconcile inconsistent findings on the effect of social class on generosity by highlighting the moderating role of economic inequality. On the basis of the importance of replicating a major finding before readily accepting it as evidence, we analyzed the effect of the interaction between income and inequality on generosity in three large representative data sets. We analyzed the donating behavior of 27,714 U.S. households (Study 1), the generosity of 1,334 German individuals in an economic game (Study 2), and volunteering to participate in charitable activities in 30,985 participants from 30 countries (Study 3). We found no evidence for the postulated moderation effect in any study. This result is especially remarkable because (a) our samples were very large, leading to high power to detect effects that exist, and (b) the cross-country analysis employed in Study 3 led to much greater variability in economic inequality. These findings indicate that the moderation effect might be rather specific and cannot be easily generalized. Consequently, economic inequality might not be a plausible explanation for the heterogeneous results on the effect of social class on prosociality.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1035

2019 | Felicitas Schikora



The Effect of Initial Placement Restrictions on Refugees' Language Acquisition in Germany

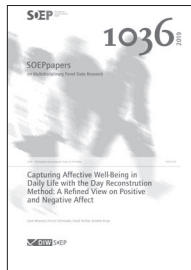
This paper analyzes the effect of a recently introduced policy reform on participation in integration courses and on certified language proficiency levels among refugees in Germany. The residence rule restricts initial residence for refugees with a permanent residence permit. Given that treatment intensity varies distinctly across states, I utilize this quasi-experiment and apply a difference-in-differences approach. Using an innovative data-set, the IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees, I find that stricter statutory provisions have a positive effect on the probability to complete a language course and on the level of certified language proficiency. The results indicate that this effect is driven partly by spatial mismatch.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1036

2019 | Dave Möwisch, Florian Schmiedek, David Richter, Annette Brose



Capturing Affective Well-Being in Daily Life with the Day Reconstruction Method: A Refined View on Positive and Negative Affect

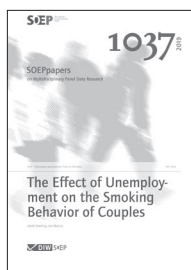
In the last years, there has been a shift from traditional measurements of affective well-being to approaches such as the day reconstruction method (DRM). While the traditional approaches often assess trait level differences in well-being, the DRM allows examining affective dynamics in everyday contexts. The latter may ultimately explain why some people feel more happy than others (e.g., because they experience more gratification during everyday experiences). Even though DRM research has increased in the last years, little is known about the structure of affective well-being in everyday life, and potential structural differences of affect at the within- and between-person level have rarely been considered. We thus thoroughly examined the structure of affective well-being in daily life, using data from a nationally representative sample ($N = 2401$) of the German Socioeconomic Panel Innovation Sample that were obtained with the DRM. Multilevel structural equation models revealed that (1) affective well-being in daily life cannot be reduced to the two global dimensions positive and negative affect (PA and NA) but that the structure of NA is more nuanced; (2) the emerging subfacets of NA have distinct associations with global indicators of well-being (e.g., life satisfaction); (3) there are structural differences of affective well-being at the within- and between-person level, and (4) the relationships between affect subfacets and activities such as "work" can be opposed at the within- and between-person level. These results show that a more differentiated view on the structure of affect contributes to a better understanding of affective well-being in everyday life.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1037

2019 | Jakob Everding, Jan Marcus



The Effect of Unemployment on the Smoking Behavior of Couples

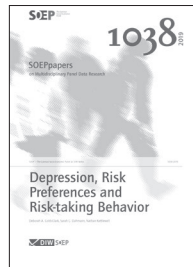
Although unemployment likely entails various externalities, research examining its spillover effects on spouses is scarce. This is the first paper to estimate effects of unemployment on the smoking behavior of both spouses. Using German Socio-Economic Panel data, we combine matching and difference-in-differences estimation, employing the post-double-selection method for control-variable selection via Lasso regressions. One spouse's unemployment increases both spouses' smoking probability and intensity. Smoking relapses and decreased smoking cessation drive the effects. Effects are stronger if the partner already smokes and if the male partner becomes unemployed. Of several mechanisms discussed, we identify smoking to cope with stress as relevant.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1038

2019 | Deborah A. Cobb-Clark, Sarah Dahmann, Nathan Kettlewell



Depression, Risk Preferences and Risk-Taking Behavior

Depression affects the way that people process information and make decisions, including those involving risk and uncertainty. Our objective is to analyze the way that depressive episodes shape risk preferences and risk-taking behaviors. We are the first to address this issue using large-scale, representative panel data that include both behavioral and stated risk preference measures and a theoretical framework that accounts for the multiple pathways through which depression affects risk-taking. We find no disparity in the behavioral risk preferences of the mentally well vs. depressed; yet depression is related to people's stated risk preferences and risk-taking behaviors in ways that are context-specific. Those

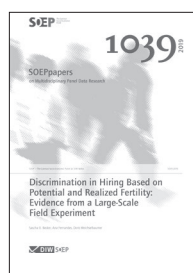
who are likely to be experiencing a depressive episode report less willingness to take risks in general, but more willingness to take health risks, for example. We investigate these patterns by developing a conceptual model — informed by the psychological literature — that links depression to risk-taking behavior through the key elements of a standard intertemporal choice problem (e.g., time preferences, expectations, budget constraints). This motivates a mediation analysis in which we show that differences in risk-taking behavior are largely explained by depression-related disparities in behavioral traits such as locus of control, optimism and trust. Overall, we find that there is no overarching tendency for those who are depressive to engage in either more or less risk-taking. Instead, the decision-making context matters in ways that largely align with our theoretical expectations.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 1039

2019 | Sascha O. Becker, Ana Fernandes, Doris Weichselbaumer



Discrimination in Hiring Based on Potential and Realized Fertility: Evidence from a Large-Scale Field Experiment

Due to conventional gender norms, women are more likely to be in charge of childcare than men. From an employer's perspective, in their fertile age they are also at "risk" of pregnancy. Both factors potentially affect hiring practices of firms. We conduct a large-scale correspondence test in Germany, Switzerland, and Austria, sending out approx. 9,000 job applications, varying job candidate's personal characteristics such as marital status and age of children. We find evidence that, for part-time jobs, married women with older kids, who likely finished their childbearing cycle and have more projectable childcare chores

than women with very young kids, are at a significant advantage vis-à-vis other groups of women. At the same time, married, but childless applicants, who have a higher likelihood to become pregnant, are at a disadvantage compared to single, but childless applicants to part-time jobs. Such effects are not present for full-time jobs, presumably, because by applying to these in contrast to part-time jobs, women signal that they have arranged for external childcare.

www.diw.de/publikationen/soeppapers





DOROTHEA SCHÄFER

Facebook-Währung Libra: Nur ein genialer Marketingtrick?

Prof. Dr. Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin Finanzmärkte am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Einen genialeren Marketingtrick hätte man sich kaum ausdenken können. Die „Facebook-Währung“ Libra ist in aller Munde. Die US-Notenbank Fed und US-Präsident Trump haben sich bereits geäußert, ebenso die Bundesbank, die Bank of England und nun auch die Europäische Zentralbank. Nur eine unabhängige Notenbank mit einem starken Mandat wie die EZB könne die institutionellen Rahmenbedingungen für eine verlässliche und allgemein akzeptierte Währung und das dafür nötige Vertrauen bieten, heißt es aus deren Kreisen. Während dem Facebook-Geld einerseits also Skepsis bis Ablehnung entgegenschlägt, gibt es andererseits auch positive Äußerungen. Manche träumen bei der Kombination von Libra und Facebook sogar vom Weltgeld.

Nach mehreren Datenskandalen kann sich Facebook mit der Libra-Initiative nun jedenfalls als soziales Unternehmen präsentieren, dem finanzielle Inklusion eine Herzensangelegenheit ist. Libra soll schnelle, billige Überweisungen in die entlegensten Winkel von Schwellen- und Entwicklungsländern, beispielsweise in Afrika, ermöglichen. Auch an der Sicherheit der hochsensiblen Finanztransaktionsdaten soll es nicht mangeln. Das ist verblüffend, denn bislang ist Facebook bekanntermaßen nicht durch einen besonders herausragenden Schutz vor Datenmissbrauch aufgefallen.

Die Kunstwährung Libra wäre Teil der Schattenwirtschaft und Facebook beziehungsweise das Libra-Konsortium wäre eine Art Schattenbank. Solange Libra kein gesetzliches Zahlungsmittel ist, muss auch niemand Libra gegen Güter und Dienstleistungen tauschen. Libra-Nutzerinnen und -Nutzer müssen daher auch mit dem Risiko leben, auf einen Vertragspartner zu stoßen, der bei Libra abwinkt. Die meisten Regierungen und Zentralbanken werden auch kaum bereit sein, eine Parallelwährung zu dulden, über die sie keine Kontrolle haben. Das Libra-Konsortium soll seinen Sitz in der Schweiz haben, die Zentrale von Facebook liegt in den USA. Facebook gehört auch zu jenen Internetriesen, die im Verdacht stehen, Gewinne in Niedrigsteuerrländer zu transferieren und sie so dauerhaft dem Zugriff der Steuerbehörden anderer Länder zu entziehen. Auch vor diesem

Hintergrund ist es illusorisch anzunehmen, die Zentralbanken könnten den Libra kontrollieren. Eine verpflichtende Banklizenz für das Libra-Konsortium würde daran nichts ändern.

Der Geltungsbereich des Libra ist die gesamte Welt. Damit ist eine einheitliche Regulierung von vornherein ausgeschlossen. Staatliche Regulierung ist allerdings auch nicht ratsam. Regulierung bedeutet staatliche Anerkennung und einen impliziten Zwang, das Kunstgeld in einer Krise zu retten. Der Verbraucherschutz aber sollte Nutzerinnen und Nutzer eindringlich vor den Wechselkursrisiken des Libra warnen. Finanzmarkt- und Bankenaufsicht sollten wachsam sein und, falls notwendig, einschreiten, um eine starke Vernetzung von Kunstgeld und herkömmlichen Finanzmärkten zu verhindern. Auch aus einem anderen Grund ist Wachsamkeit geboten. Emittenten von Kunstgeld, aber auch viele andere Fintechs, benötigen für ihre Geschäfte jene Infrastruktur, die herkömmliche Banken aufgebaut haben und unterhalten. Auch der Kauf von Libra ist ohne Bankkonto kaum möglich. Zur Deckung der Kosten der Infrastruktur benötigen Banken Erträge. Werden diese in großem Stil auf Internetfirmen umgeleitet, ist auch die von den Banken bereitgestellte Infrastruktur gefährdet.

Ob angesichts all dessen die Facebook-Währung – sollte sie überhaupt jemals das Licht der Welt erblicken – wirklich zum Weltgeld wird, ist mehr als offen. Vielleicht ist sie am Ende doch nur ein clever angewandter Marketingtrick im Sommerloch des Jahres 2019.